

## INHALT DES APRILHEFTES / 1932

### AUFSÄTZE:

Max Klesse: <i>Unsere Außenpolitik und die drei Fronten des Sozialismus</i> . . . .	193
Fritz Kreil: <i>Mitteuropäische Autarkie</i>	206
Paul Fr. Lüdorf: <i>Aktive deutsche Mitteleuropapolitik</i> . . . . .	214
Arpad Török: <i>Ungarn im Spiel französischer Donaupolitik</i> . . . . .	218
Ig. Schmerz: <i>Deutschlands Donauerbe</i> . .	224

### BERICHTE:

Albrecht Haushofer: <i>Berichterstattung aus der atlantischen Welt</i> . . . . .	231
--	-----

Karl Haushofer: <i>Bericht über den indopazifischen Raum</i> . . . . .	239
--	-----

SPÄNE . . . . .	246
-----------------	-----

### GRUNDFRAGEN:

Karl Haushofer: <i>Shanghai / Die wehrgeographische Problematik der Großstadt im Kriegsgetriebe</i> . . . . .	250
---	-----

### LITERATURBERICHT:

Albrecht Haushofer: <i>Literaturbericht aus der atlantischen Welt</i> . . . . .	255
---	-----

## MAX KLESSE:

### Unsere Außenpolitik und die drei Fronten des deutschen Sozialismus

*Wir geben als Einleitung zu unserer Betrachtung des mitteleuropäischen Raumes einem alten Mitarbeiter der „Sozialistischen Monatshefte“ das Wort. Seine Gesamtauffassung der deutschen Außenpolitik erscheint uns einer eingehenden Aussprache wert.*  
Die Schriftleitung.

#### Der Ausgangspunkt: Wo stehen wir?

Die liberal-optimistische Geschichtsdeutung von fortschreitender Entwicklung der Völker zu Wohlstand und Freiheit begann ihren Sinn für das deutsche Volk zu verlieren, als es nach beispiellosten Leistungen von der Material- und Zahlenübermacht der Weltkoalition unter der Führung der vereinigten Angelsachsen überwältigt wurde und ihm die Folgen dieses Zusammenbruchs in den letzten Jahren immer mehr zum Bewußtsein kamen. Die gewaltige Mission der kapitalistischen Epoche in der jüngsten Vergangenheit: die Erschließung ganzer Erdteile, die Entbindung von unerhörten Energien der Natur durch die Verwertung der Wissenschaft in der Technik, das Hineinreißen immer neuer Klassen und Völker in den modernen weltwirtschaftlichen Hexensabbat gegenseitiger Abhängigkeiten — vielfach unter Vernichtung jahrtausendealter Produktionsformen in aller Welt —, kurz: der Sinn der weltwirtschaftlichen Verflechtung aller Zonen und Völker wurde für das deutsche Volk in Frage gestellt, als es sich plötzlich aus seiner führenden Stellung im kapitalistischen Reigen ausgeschaltet sah; mehr noch: sich auf die Stufe der schwerverschuldeten agrarischen und halbkolonialen Rohstoffstaaten herabgedrückt wieder fand in einer finanziellen Abhängigkeit, die seiner ökonomischen Struktur und bisherigen Stellung als industrieller Gläubigernation geradezu ins Gesicht schlug!

Das ganze System weltwirtschaftlicher Verflechtungen stellte sich jetzt auf einmal als goldenes Netzwerk dar, dem eine verschuldete oder zu Tributen verdamnte Nation nicht entinnen kann, es sei denn durch Rückzug in die Autarkie, d. h. um den Preis größter Entbehrungen, ja des Hungers bei schlechten heimischen Ernten.

In einem heute noch chaotisch anmutenden Ringen mit sich selbst sucht unser Volk nach einer neuen Sinngebung für seinen nun viel härteren Daseinskampf, der uns bisher trotz gewaltiger Anstrengungen immer drückender in das Kettenwerk internationaler Verschuldungen fesselte.

Daß gleichzeitig mit dem liberalen Fortschrittsdogma von der Herrlichkeit der weltwirtschaftlichen Entwicklung auch der Glaube an die liberal-kapitalistische Wirtschaftsform im Inneren auf das tiefste erschüttert wurde, sei hier nicht weiter ausgeführt, da gerade die Leser der „Geopolitik“ über diese Frage unterrichtet sind. Auf die Rückwirkungen für die deutsche Außenpolitik wird weiter unten einzugehen sein.

### Zur Außenpolitik der Altsozialisten

Die Altsozialisten in Deutschland sahen sich am Kriegsende bei der Übernahme der Macht einer geradezu unlösbaren Aufgabe gegenüber: der Einführung des Sozialismus bei gleichzeitigem Wiederaufbau Deutschlands. Sie waren sich nur in dem einen Punkt völlig einig: daß ein isoliertes sozialistisches Deutschland lebensunfähig sei; denn bei seiner dichten Bevölkerung und seiner ungesunden Proportion zwischen Industrie- und Agrarwirtschaft hatte es einen ungeheuren Einfuhrbedarf an Nahrungsmitteln und Rohstoffen — eine Tatsache, die uns England mit der Kriegs- und Nachkriegsblockade nachdrücklich eingeprägt hatte. Und der zuerst völlige Ruin Rußlands durch Krieg und Revolution ließ den meisten Altsozialisten eine isolierte deutsch-russische Schicksalsgemeinschaft unmöglich erscheinen. Aber auch die nationale Frage des staatlichen Zusammenschlusses aller geschlossen siedelnden Deutschen fand in jenen Tagen der Verwirrung und des Zusammenbruchs keine Lösung. So wurde das neue Regime bald außenpolitisch und nationalpolitisch mit dem Fluche der Unfruchtbarkeit belastet, um so mehr, als auch die erhoffte Sozialisierung der Hauptproduktionszweige unterblieb. Die klare Beurteilung der Gesamtsituation sowie ein hohes Verantwortungsgefühl gegenüber dem Volk und dem vom Zerfall bedrohten Reich führte Ebert-Noske nicht bloß zu dem Bündnis mit Hindenburg-Gröner, sondern erlaubte ihnen auch nicht, irgendein Wagnis auf dem Gebiete der Wirtschaft einzugehen.

In der Agrarpolitik herrschte die Erkenntnis der Revisionisten vor, daß durch eine Sozialisierung in der Landwirtschaft keinerlei Ertragssteigerung zu erwarten sei. Dies lähmte die SPD. aber so völlig, daß die Schutzmaßnahmen für die unter unerhörtem Preis-, Wucherzins- und Steuerdruck leidende Landwirtschaft viel zu spät einsetzten; Erfolg: die ganze Landbevölkerung wurde geradezu von „Staats wegen revolutionsreif“ gemacht.



Ebensowenig wurde (wohl aus parteiängstlichen Beklemmungen) für die Durchsetzung der bäuerlichen Agrarverfassung in intensiver Ostsiedlung geleistet, obwohl die Erkenntnis auch im altsozialistischen Lager immer allgemeiner wurde, daß bei der zunehmenden Verschärfung der Konkurrenz auf den Weltmärkten der Binnenmarkt, d. h. vor allem eine kaufkräftige Agrarbevölkerung und ein gesundes Gleichgewicht zwischen Land- und Stadtbevölkerung für die Beschäftigung der Industriearbeiter von Jahr zu Jahr an Bedeutung gewann. Muß doch das städtische Proletariat die Extensivierung der Landwirtschaft, die Verarmung der Bauern und die Landflucht der Landarbeiter mit immer ausgedehnterer Arbeitslosigkeit bezahlen.

Ebenso unproduktiv im sozialistischen Sinne war die Haltung der gemäßigten Altsozialisten in der Frage der industriellen Produktion. Auch hier ist gegen die Erkenntnis nichts einzuwenden, daß für die Exportindustrie und den Exporthandel eines auf Ausfuhr angewiesenen Volkes die Vollsozialisierung gar nicht in Frage kommt, solange die wichtigsten Abnehmer kapitalistisch organisiert sind, solange daher für den Absatz auf dem Weltmarkt die Initiative des privaten Unternehmers und Kaufmannes unentbehrlich ist. Und es gilt vorläufig auch noch für die Zukunft, daß sowohl der planmäßige Ausbau der deutschen Agrarwirtschaft unter Ansetzung von Hunderttausenden lebensfähiger und konsumkräftiger deutscher Bauernfamilien als auch die sorgfältigste Pflege aller Exportmöglichkeiten uns allein instandsetzen können, den Bevölkerungsnachwuchs einigermaßen zu beschäftigen, unser Volk leidlich zu ernähren und zu bekleiden. Die Schrumpfung des Welthandels seit 1929 zeigt uns durch das Emporschnellen unserer Arbeitslosenziffern ganz besonders eindringlich, wie stark unser Exporthandel in der kapitalistischen Wirtschaft sein müßte, um für alle Arbeit und Brot zu schaffen.

Die überaus starken Jahrgänge zwischen 1900 und 1915 drängen von Jahr zu Jahr ungestümer auf den Jahrmarkt des Lebens und verlangen gebieterisch Arbeitsplätze und Bewegungsfreiheit in dem immer enger werdenden Heimatlande. Nur der harte Zwang, mit dem Bevölkerungswachstum auch den Export nach den kapitalistischen Ländern einigermaßen zu steigern, läßt es verstehen, daß auch im industriellen Sektor der Volkswirtschaft die „Sozialisierung nicht marschierte“, sondern zunächst unvernünftig auf der Stelle trat. Die entscheidende Rolle für die Wirtschaftspolitik der gemäßigten Altsozialisten und zugunsten der Erhaltung des kapitalistischen Systems in der Industrie spielte also — neben der Unfähigkeit der Arbeiterschaft für und der Feindseligkeit der Intelligenz gegen den Sozialismus — unsere übergroße Abhängigkeit vom Weltmarkt und von der Außenpolitik.

Es wurde schon eingangs erwähnt, daß die Tributlasten und die in engem Zusammenhang mit diesen aufgenommenen hohen kommerziellen Schulden den Export zum Ausgleich der passiven Zahlungsbilanz von Jahr zu Jahr wichtiger machen. Über die Notwendigkeit der Exportpolitik ist also auch heute gar nicht

zu diskutieren, solange die Weltwirtschaft zusammenhält und die kommerziellen Schulden bezahlt werden müssen.

Auf dieser Grundlage ergibt sich nicht nur eine zuverlässige Beurteilung der Innenpolitik der Altsozialisten, sondern ebenso das richtige Verständnis für den Grundzug ihrer Außenpolitik. Diese ist naturgemäß bisher, wie die ganze deutsche Politik, eng mit dem Reparationsproblem verknüpft. Der Grundgedanke der Altsozialisten ist der, in konsequenter Erfüllungspolitik den Tributgedanken durch die Tat ad absurdum zu führen; denn die Folgen der Tributlasten sind Drosselung der deutschen Einfuhr und Steigerung unserer Ausfuhr. Da aber gleichzeitig die USA. — bei denen über  $\frac{2}{3}$  unserer Reparationsleistungen endgültig landen — sich der Bezahlung durch Warenlieferung verschlossen, da andererseits durch diese Geldströme die USA. mit ihrem Kapitalexport auch ihren Warenexport entsprechend vermehren konnten, mußte die Folge eine Erschütterung von Angebot und Nachfrage auf dem Weltmarkt sein. Der seit 1929 einsetzende verheerende Preissturz, der zunehmende Weltbankrott hängen also mit den deutschen Tributzahlungen aufs engste zusammen. Insoweit durch diese Folgen die Welt- und Siegermächte langsam für die Liquidierung der Reparationen reif werden, bedeutet die Erfüllungspolitik der Altsozialisten einen gewissen Erfolg.

Woran liegt es nun, daß wir uns dieses Erfolges nicht erfreuen können, ja daß die Nachteile dieser Politik unser Volk aufs schwerste mit Verelendung bedrohen, daß unsere besten wirtschaftlichen Unternehmungen bereits unter der Kontrolle des auswärtigen Kapitals stehen und daß unsere Finanzpolitik in Reich, Ländern und Gemeinden dem Druck des internationalen Kapitals immer mehr ausgesetzt ist?

Der schwere und verhängnisvolle Fehler, vor dem der Verfasser schon früh und immer wieder gewarnt hat, lag in der wahllosen und leichtherzigen Hereinnahme von gewaltigen ausländischen Krediten und — in Wechselwirkung damit — in der bereits oben erwähnten Vernachlässigung des Binnenmarktes sowie der Industrie- und Agrarsiedlung im Osten. Gewiß wurde die deutsche Kaufkraft durch die Verschuldung ans Ausland vorübergehend gestärkt, aber in erster Linie doch nicht für Inlandprodukte, sondern für die Produkte des Geldgebers, ganz allgemein also für die Erzeugnisse des Weltmarktes. Nur eine kluge Beschränkung auf den lebensnotwendigen Kapitalbedarf, auf eine bescheidene Lagerfüllung und entsprechende Lebenshaltung, auf die Versorgung unserer Exportindustrie mit den notwendigen Rohstoffen und Krediten für die Kundschaft (m. E. also höchstens 8 bis 10 Milliarden in langfristiger Form und zu mäßigem Zinsfuß) hätte uns in die Lage versetzen können, ohne eigene Lebensgefahr dem Ablauf des Reparationsschauspiels zuzusehen und der entsetzlichen Vergeudung von Volkskraft und Volksvermögen durch steigende Arbeitslosigkeit zu entgehen.

Die klare Auffassung von den eigenen, europäischen und weltpolitischen Kräften



— am konsequentesten im altsozialistischen Lager von den Sozialistischen Monatsheften vertreten — äußerte sich in dem Bestreben, Frankreich als den Hauptleidtragenden unserer Gegner während des Krieges und nunmehr stärksten Machtfaktor auf dem Kontinent durch Sachlieferungen zufrieden- und sicherzustellen, um im geeigneten Moment mit ihm gemeinsam für den Reparationsendkampf gegen die amerikanischen Kriegswuchergewinnler vorzugehen. Die weiteren Ziele dieser Altsozialisten liefen darauf hinaus, eine kontinentaleuropäische Planwirtschaft unter Einbeziehung des französischen und belgischen Afrika — aber unter Ausschaltung Englands und des britischen Reiches — gemeinsam zu organisieren, um auf diesem Wege auch die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinsichtlich unserer zerstückelten Ostgrenze, des Anschlußverbotes und des Kolonialraubs gegenstandslos zu machen.

Doch unsere Verschuldungs- und die entsprechend weitherzige Finanzpolitik in Reich, Ländern und Kommunen, sowie in der Privatwirtschaft machte uns im entscheidenden Augenblick absolut kampfunfähig. Wir mußten die Verhandlungen über den Youngplan mit leeren Kassen führen und uns dem englischen Diktat fügen, beispielsweise dem Raub der Liquidationserlöse und dem Abbau der Sachlieferungen, die fast eine Milliarde erreicht hatten und die einzige Form darstellen, in der die deutschen und kontinentaleuropäischen Interessen einen Ausgleich finden gegenüber den Exportinteressen der englischen (und amerikanischen) Industrie.

Gewiß wurde dadurch die Erschütterung der auf Kredit, d. h. Vertrauen aufgebauten Weltwirtschaft beschleunigt und vertieft, aber infolge unserer übermäßigen Verschuldung und des großen Anteils der kurzfristigen Verpflichtungen flog der Pfeil auf uns zurück, ja traf uns geradezu lebensbedrohend. Die Furcht vor den Folgen der Verschuldung bestimmte zwangsläufig unsere Politik in den letzten Jahren. Die gewaltigen Kreditabzüge seit Mai, die uns an den Rand des Zusammenbruches führten, sind noch in frischer Erinnerung, aber auch die Stillhalteabkommen zehren gefährlich an den Gold- und Devisenbeständen der Reichsbank und deutschen Wirtschaft; denn sie bedeuten ja nicht ein Verbleiben der ausländischen Kredite in Deutschland, sondern verwandelten nur den wilden und plötzlichen Abruf in den nicht minder gefährlichen planmäßigen Rückzug des internationalen Kapitals.

Dieser Ablauf der Geschehnisse gegen unser Volk ist um so tragischer, als gerade die richtige Ausnutzung des Dawesplanes uns vor diesem katastrophalen Ausgang hätte bewahren können. Denn erst die Aufnahme gewaltiger Anleihen ermöglichte die Transferierung der Tributmilliarden. Bei weiser Kreditbeschränkung wäre nicht bloß eine geringere Summe ins Ausland transferiert worden; es wären auch noch aus den nicht transferierbaren Milliarden erhebliche langfristige Kredite für die so notwendige Ostsiedlung gewonnen worden.

Es liegt ein besonderes Verhängnis darin, daß wir es nicht zu verstehen scheinen, die Bestimmungen der Tributverträge zu unseren Gunsten voll auszunutzen!

Nun verlangt aber die Gerechtigkeit, die Altsozialisten nicht allein mit der leichtsinnigen Hereinnahme ausländischer Anleihen zu belasten; eine vielleicht noch größere Schuld tragen jene bürgerlichen „Staats- und Wirtschaftsführer“, die die Erfüllungspolitik der Altsozialisten und deren Verständigungsbereitschaft mit Frankreich paralyisierten, indem sie geradezu zu Wucherzinsen (zu 8% und mehr, während Nigeria nur 7% zahlte) die angelsächsischen Kredite annahmen, um sich die englisch-amerikanische Hilfe im politischen Kampf gegen Frankreich zu sichern. Es ist eine besondere Ironie, daß die Angelsachsen dabei vielfach billiges französisches Geld uns zum 2—3 fachen Zinssatz via London—New York zur Verfügung stellten und damit sich und uns doch letzten Endes von Frankreich abhängig machten. Daher im Augenblick der Gefahr der billige angelsächsische Rat an uns: „Ihr müßt euch zuerst mit Frankreich verständigen.“ Daher auch ihr Zurückweichen in fast jeder Frage vor Frankreich.

Die dadurch charakterisierte Finanz- und Außenpolitik des deutschen Bürgertums und der damit beschrittene Circulus vitiosus steht hier nicht zur Diskussion. Eine größere Bedeutung bekommt die proangelsächsische Orientierung erst dadurch, daß die zweite Form der deutschen sozialistischen Außenpolitik, die der Nationalsozialisten, ein deutsch-englisches Bündnis zum Kampf gegen Frankreich erstrebt. Doch davon später!

Die politischen Überlegungen der Altsozialisten entspringen also aus zwei Quellen: einmal aus der des Geistes mit der Zielsetzung, den Gott des Krieges zu überlisten, um durch Zusammenarbeit der Völker ein gewaltiges Wirtschaftsreich zu begründen und den Frieden auf dem Kontinent zu stabilisieren. Dieser Vorgang würde auf der staatlichen Ebene eine ähnliche Entwicklung einleiten, wie sie die Industrie durch die horizontale Konzentration im Innern und durch internationale Syndikate zur Ausschaltung des Wettbewerbs auf den Außenmärkten begonnen hat. Sie untergrub damit dem geborenen Unternehmer den für ihn notwendigen Boden zum Schaffen, verurteilte dadurch den produktiven Faktor im Kapitalismus, ja die Seele des ganzen Systems zum Absterben, um an seiner Stelle den unfruchtbaren Bürokraten die Herrschaft zu überlassen. Die zweite Erklärung für die Haltung der Altsozialisten liegt in dem Erschöpfungszustand, dem müden Blut der vom Kriege völlig ausgepumpten Generation. Der grundsätzliche Verzicht der meisten Altsozialisten auf den Krieg als letztes Mittel im Völkerleben entzieht ihnen in Zukunft immer mehr den Nachwuchs, verurteilt sie im Inneren schließlich zur Ohnmacht und in der Außenpolitik zu Mißerfolgen. Die kampfbereite Jugend wird das Recht auf den Krieg, das Naturrecht der Völker im Lebenskampf nicht preisgeben, solange die *beati possidentes* unter den Völkern und Klassen in ihrer Einsichtslosigkeit auf Überfluß und Bedrückung nicht verzichten. Und andererseits wird Frankreich erst dann zu einer Bereinigung aller Fragen bereit sein, wenn es



fühlt, daß alle Deutschen ohne Parteiunterschied bereit sind, mit allen Mitteln die nationalen Rechte auf territoriale Einheit und Freiheit zu erkämpfen.

Unüberwindliche sachliche Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich selbst bestünden an sich nicht; deshalb würde sich auch ein Weg zur Überwindung der beiderseitigen Ressentiments finden lassen, wenn Frankreich erkennt, daß gerade die zu seiner Sicherheit ersonnene neue Einkreisung einen neuen Krieg erst heraufbeschwört. Frankreich muß wissen, daß Österreich und Ostpreußen uns nicht bloß die Schmerzen von Amputationsnarben bereiten, wie ihm selbst früher das im deutschen Reichsverband blühende Elsaß-Lothringen, sondern daß sie uns brennen wie offene Wunden. Die der französischen Regierung von gewissen auswärtigen Kreisen zugemutete Restauration der Habsburger in Wien und Budapest würde — wie überhaupt die dauernde Aufrechterhaltung des Anschlußverbotes — eine unüberbrückbare Kluft zwischen Frankreich und Deutschland für alle Zeiten aufreißen; keine Dynastie wird von allen Deutschen leidenschaftlicher gehaßt als das Haus Habsburg. Die Haltung unserer Jugend zum Krieg entspringt keineswegs einer barbarischen Kriegslust, sondern dem Erlebnis, einer unterdrückten Nation anzugehören!

Damit gelangen wir zu den Wurzeln, aus denen die zweite Form der Außenpolitik des deutschen Sozialismus erwächst, d. h. die der jungen Sozialisten unter Adolf Hitler.

### Zur Außenpolitik des Nationalsozialismus

Nicht jener irrationale, bluthafte Überschwang, der für die ganze junge Bewegung charakteristisch ist, steht hier zur Diskussion, sondern jene lebendige Proteststimmung, die ihr Schwung verleiht und sie eines Tages bei endgültigem Mißerfolg der altsozialistischen Außenpolitik an die Spitze tragen kann. Die Jugend sehnt sich aus dem Arbeitslosenelend unserer Tage nach freiem Schaffen in Gemeinschaft mit den anderen freien Völkern, ungehemmt im Inneren vom erstarrten Kapitalismus, der seine Aufgabe, Arbeit und Brot zu schaffen, immer weniger erfüllt. Der sozialistische Aktivismus unserer Jugend aller Richtungen trägt den Bedenken der Altsozialisten weder in der Wirtschaft noch in der Außenpolitik Rechnung. Sie schätzt den „Unternehmergeist“ im Zeitalter der Kartelle und Trusts immer geringer ein; ihr ganzes Fühlen und Trachten gehört der Politik, dem Staat, durch den sie eine gerechtere Ordnung auch im Reiche der Wirtschaft begründen will.

Adolf Hitler vertritt gegenüber Frankreich eine Auffassung, die der Einstellung der gemäßigten Altsozialisten gerade entgegengesetzt ist: die der Unversöhnbarkeit der beiden Völker.

„England wünscht kein Deutschland als Weltmacht, Frankreich aber keine Macht, die Deutschland heißt: ein denn doch sehr wesentlicher Unterschied! Heute aber kämpfen wir

nicht für eine Weltmachtstellung, sondern haben zu ringen um den Bestand unseres Vaterlandes. um die Einheit unserer Nation und um das tägliche Brot für unsere Kinder“. („Mein Kampf“, S. 699.)

Gleichzeitig baut Hitler auf den bekannten italienisch-französischen Gegensatz und kommt zu der Schlußfolgerung (S. 700): „Bei nüchternster und kältester Überlegung sind es heute in erster Linie diese beiden Staaten England und Italien, deren natürlichste eigene Interessen den Existenzvoraussetzungen der deutschen Nation wenigstens im allerwesentlichsten nicht entgegenstehen, ja in einem bestimmten Maße sich mit ihnen identifizieren“. Und auf S. 705: „In Europa wird es für Deutschland in absehbarer Zukunft nur zwei Verbündete geben können: England und Italien.“

Jeder Deutsche, der die Stimmung der Angelsachsen gegenüber Frankreich und die der Franzosen gegenüber ihren englisch-amerikanischen Freunden kennt — für die die Liebenswürdigkeiten zwischen Borah und Laval durchaus charakteristisch waren —, wird Hitler zugeben müssen, daß seine Erwartungen einen realen Hintergrund haben. Es besteht kein Zweifel darüber, daß bei einem etwaigen deutsch-französischen Krieg die Sympathien der Angelsachsen auf Deutschlands Seite stehen würden. Aber eine Hoffnung Hitlers wird sich nicht erfüllen: England wird nicht uns zuliebe das Kriegsgeschäft wieder Amerika überlassen; es wird als Kriegslieferant gewaltig verdienen, um auf diese Weise die Mittel zur Reorganisation seiner überholten Industriewirtschaft zu gewinnen. Auch Hitlers Hoffnungen auf Italiens Teilnahme im Kriege auf unserer Seite dürften sich kaum erfüllen. Eingehender wurden gerade diese Fragen ausgeführt von Colin Ross: Krieg gegen Frankreich? in Heft 2/1932 dieser Zeitschrift.

Hitler weiß genau, daß England eine neue Weltmachtentwicklung Deutschlands nicht dulden wird und daß Deutschland selbst nach einem erfolgreichen Krieg gegen Frankreich neben den anderen Weltreichstaaten keine Weltmacht darstellen wird, „gleichgültig, ob es militärisch stark oder schwach dasteht“. Deswegen verwirft er auch völlig die Wiederherstellung der Grenzen von 1914 „als einen politischen Unsinn von Ausmaßen und Folgen, die ihn als Verbrechen erscheinen lassen“ (S. 736). Erstens weil die Machtmittel fehlen, um sie aus dem Dunst der Vereinsabende in die Wirklichkeit umzusetzen und zweitens, weil, wenn sie sich wirklich verwirklichen ließe, das Ergebnis doch wieder so erbärmlich wäre, daß es sich, wahrhafter Gott, nicht lohnen würde, dafür erneut das Blut unseres Volkes einzusetzen“ (S. 737/38).

Hitler sieht vielmehr in dem nahen Zusammenbruch des Bolschewismus einen Fingerzeig des Schicksals für unsere außenpolitischen Zielsetzungen: in Rußland und den Randstaaten für den deutschen Nachwuchs hinreichend Boden zu gewinnen und damit die Grundlage für eine neue Weltmachtstellung unseres Volkes, die England nicht entgegengesetzt ist, sondern gerade in Anlehnung an England erfochten werden könne. Dies ist nach der Beseitigung der französischen Hegemoniestellung der zweite Grundgedanke der Hitlerschen Außenpolitik.

Für den Erfolg dieser Gedanken sind drei Voraussetzungen dringend der Klärung bedürftig.



I. Die Aufhebung des deutsch-englischen Industriegegensatzes in einer höheren Ebene. Eine solche dürfte aber ohne Neugliederung der Wirtschaftsimperien kaum zu erreichen sein, und diese schließt England vom Kontinent aus, zwingt uns also zur Verständigung mit den anderen Festlandmächten, die über zwei Drittel unseres Exportes aufnehmen. Hitler dagegen denkt an eine rein nationale Lösung der Wirtschaftsfrage. Ihm scheint ein Zustand der Ausgeglichenheit zwischen Agrar- und Industriesektor innerhalb der nationalen Volkswirtschaft vorzuschweben, dem heute nur Frankreich nahekommt. Deutschland aber als die größte europäische Industrienation könnte Englands wegen höchstens auf die Überseemärkte verzichten, nicht aber auf den Kontinent. Aber gerade um dieses Absatzmarktes willen vertiefte sich der deutsch-englische Gegensatz schon einmal bis zum Kriegsgrund!

Der Prozeß der Ostsiedlung würde viele Jahrzehnte, vielleicht ein Jahrhundert in Anspruch nehmen, ehe jener Gleichgewichtszustand volkswirtschaftlich erreicht ist, den Hitler als Ausgangspunkt für die englisch-deutsche Zusammenarbeit im Osten nimmt und der für unsere Anlehnung an England tatsächlich unentbehrlich wäre.

II. Auf noch schwächeren Füßen als die These von der deutsch-englischen Interessensharmonie steht die Hauptvoraussetzung für den Erfolg der Ostsiedlung, nämlich der dazu notwendige starke Bevölkerungsauftrieb unseres Volkes in Gegenwart und Zukunft. Der Übergang zur kleinbürgerlichen Zwei- und Einkinderehe oder gar Kinderlosigkeit wird überzeugend illustriert durch den katastrophalen Geburtenrückgang von rund 2 Millionen Lebendgeborenen pro Jahr vor dem Kriege auf etwa 1,150 000 in den letzten Jahren. Deren Qualität wird überdies durch die hohe Geburtnlichkeit innerhalb des Lumpenproletariats und der schwachsinnigen Familien bei dem herrschenden „Laissez aller“ von Jahr zu Jahr schlechter. Gegenüber dem enormen Bevölkerungsauftrieb der östlichen Völker sind wir geradezu im Aussterben begriffen, hat doch die 30-Millionen-Bevölkerung des heutigen Polen fast ebensoviel Lebendgeburtens wie unser 65-Millionen-Volk, und die Völker der Sowjetunion gar eine 5 mal so hohe Geburtenzahl mit einem 7 mal so hohen Bevölkerungsüberschuß\*). Unser eigener Nachwuchs dürfte daher in den nächsten 20–30 Jahren eben noch hinreichen, die Bevölkerung im reichsdeutschen Osten und im zurückgewonnenen Korridor (nach gegenseitiger Evakuierung der Deutschen aus Polen und der Polen aus Deutschland) so aufzufüllen, daß eine slavische Unterwanderung nicht in Frage kommt.

III. Die letzte und nicht weniger wichtige Voraussetzung für einen Erfolg der Hitlerschen Ostpolitik aber wäre der von ihm angenommene baldige Zusammenbruch des Bolschewismus. Wer in klarer und kühler Betrachtung vom deutschen Standpunkt aus, aber ohne Wunschträume die Entwicklung in Rußland verfolgt, wird im Gegenteil zu der Überzeugung gelangen, daß der russische Bolschewismus allmählich seine Kinderkrankheiten zu überwinden beginnt, daß er langsam zu einer Gesellschafts- und Arbeitsverfassung gelangt, die der Unvollkommenheit und Ungleichheit der menschlichen Kreatur Rechnung trägt. Mit dieser Rückkehr zu den natürlichen Bedingungen der staatlichen und menschlichen Ordnung gewinnt aber dieses Regime an innerer Festigkeit, das in einer Beziehung an sich schon allen andern politischen Systemen der Welt weit überlegen ist: in der Regelung des Zusammenlebens vieler Völker und Völkerschaften in einem riesigen Raum, vielleicht auch noch durch die Fiktion der durch Einföhrung des Staatssozialismus beseitigten Ausbeutung des Einzelnen.

In der außenpolitischen These vom nahen Zusammenbruch des Bolschewismus kommt der Glaube an den noch gesunden Kern im liberalen Wirtschaftssystem zum Ausdruck, der Hitler zu der engen Tuchfühlung mit dem konservativen Liberalismus Hugenberg'scher Prägung führte. Dies Bündnis läßt befürchten, daß der Nationalsozialismus nicht jene starke Diktatur über die Wirtschaft einführen kann,

---

\*) Vgl. hierzu Beiheft 9 zur Zeitschrift für Geopolitik: Burgdörfer, Volk ohne Jugend, das im April erscheint, und Beiheft 5: Harmsen-von Loesch, Die deutsche Bevölkerungsfrage im europäischen Raum. Kt. M. 3.—.

die notwendig ist, um die zahlreichen Fürsten der wirtschaftlichen Kleinstaaten zu zwingen, den Lebensinteressen der Nation zu dienen. Auch das außenpolitische Ziel einer Vorherrschaft des Deutschtums über die kleinen Völker des Ostens zeigt, daß die Führer des Nationalsozialismus die Zeichen der Zeit nicht erkennen. Es muß in dieser Form, im Zeitalter des nationalen Erwachens und noch dazu in der Nähe der Sowjetunion ohne Erfüllung bleiben, ja zu einer Gegenbewegung gegen unser Volk führen. Auch der wirtschaftspolitische Rückzug in den geschlossenen Handelsstaat könnte nur ein kurz dauerndes Not- und Durchgangsstadium zur Mittel- und Osteuropäischen Orientierung sein. Der Zustand der Autarkie schließt so erhebliche Entbehrungen in sich, daß er neben der langsam aufholenden Sowjetunion nicht lange aufrechterhalten werden könnte. Zudem würden der Südosten und Balkan schon an Italien verlorengehen, während wir noch „gen Ostland reiten“. Dabei kann gerade — wie dies Heft es zeigt — Mitteleuropa bei sorgfältiger Berücksichtigung der Nationalitätenfrage und angesichts der zahlreichen deutschen Minderheiten als wirtschaftlicher Ergänzungsraum dank der Schlüsselstellung Wiens unserer Industrie als bevorzugter Kunde gewonnen werden, wenn wir uns entschließen, die Balkanagrарprodukte zu bevorzugen.

Zusammenfassend: Der Grundgedanke des Nationalsozialismus hinsichtlich der Wichtigkeit des Ostens für unser Volk verdient anerkannt zu werden. Unser Schicksal hängt nach dem Scheitern der westlichen Orientierung vor allem von unserer Einstellung zu den Völkern des Ostens und Südostens ab. Aber die bisherige Betrachtung und der Verlauf der jüngsten Geschichte zeigt, daß wir mit den Mitteln der Eroberung scheitern müssen, während ein Gewinnen der kleineren Völker mit zeitgemäßen Mitteln eine bevorzugte Stellung für unsere Wirtschaft und unser Volkstum begründen und unsere Sprache als die Kultur- und Verkehrssprache des Ostens und Südostens sicherstellen kann.

### Zur Außenpolitik des Kommunismus

Mit der Frage nach der Lebensfähigkeit des Bolschewismus berührten wir bereits die dritte Form der Außenpolitik des deutschen Sozialismus, die der deutschen Kommunisten. Den meisten Volksgenossen wird die Bezeichnung deutsche Außenpolitik der Kommunisten als Widerspruch zum nationalen Gedanken erscheinen, weil diese Klassenkämpfer ohne Maß das deutsche Volkstum von innen her zu bedrohen scheinen. Erst wenn man die heutigen Entwicklungstendenzen zu Ende denkt, kann man die kommunistische Außenpolitik auch als deutsche Außenpolitik positiv werten. Man muß davon ausgehen, daß sie ja erst Wirklichkeit wird, wenn die ersten beiden Stellungen des deutschen Volkes infolge zu starken Druckes von Westen nicht mehr zu halten sind, wenn also die Ostorientierung für uns unvermeidlich wird und gleichzeitig das kapitalistische System in Deutschland und seinen östlichen und südlichen Nachbarländern seine Aufgabe nicht mehr erfüllt. Dann



erhält der radikale Klassenkampfgedanke eine außenpolitische Wendung und wird dadurch national legitimiert.

Es leuchtet ein, daß der Klassenkampfgedanke, solange er rein innenpolitische Kampflösung ist, an Bedeutung immer mehr verlieren mußte, seitdem der Schwerpunkt der gesamten nationalen Politik in die Außenpolitik verlagert wurde, d. h. seit August 1914 (mit der kurzen Unterbrechung der Monate des Zusammenbruches). Man muß sich klar machen, daß die Massen der Arbeiter und Bauern nur dort die Klassenkampfparole der nationalen Selbstbehauptung instinktiv vorziehen, wo sie in ihrem Lande — wie im weiten Rußland — praktisch unangreifbar sind.

Nur unter diesen Umständen konnte es Lenin gelingen, trotz der Klassenkampfparole nationale Politik großen Stiles zu treiben, indem er die zahlreichen Völker des auseinanderbrechenden Reiches auf der Grundlage der nationalen Autonomie vereinigte und dadurch fester zusammenschmiedete, als es je Waffen und Machtgedanke allein vermöchten.

Diese Leistung Lenins dürfte in Zukunft auch für die Gestaltung Mitteleuropas eine Rolle spielen und bei schöpferischer Anwendung im rechten historischen Augenblick unserem Volke eine ähnliche führende Stellung schaffen, wie sie den Großrussen in der Sowjetunion zugefallen ist. Gerade auf diesem Gebiete liegt meines Erachtens die eventuelle künftige Bedeutung des nationalen Kommunismus (der jedem Volk und jeder Minderheit das Seine gibt) für den mitteleuropäischen Raum und unser 80-Millionen-Volk. Denn ein Zusammenbruch des kapitalistischen Systems in Deutschland und im übrigen Mitteleuropa droht zu gegenseitigen Kämpfen, ja zum Chaos zu führen, wenn nicht eine Neugestaltung des gesamten Raumes gelingt unter Zusammenfassung in einem Wirtschaftsbereich und unter gleichzeitiger Differenzierung auf nationalem bzw. kulturellem Gebiet. Mit der Anwendung des nationalen Autonomiegedankens ließe sich in einer Phase der Auflösung alter und der Bildung neuer Wirtschaftsformen das Staatsgefüge der deutigen Nationalitätenstaaten sprengen und ein großes Wirtschaftsreich unter deutscher Führung begründen: ein gleichwertiger Partner von gesunder Struktur zwischen Osteuropa und Westeuropa. In diesem Sinne also verdient der Leninsche Gedanke, d. h. seine sinnvolle Anwendung auf Mitteleuropa, auch vom Nichtkommunisten prinzipiell anerkannt zu werden.

Wie steht es nun mit dem zweiten Staatsgedanken des Kommunismus, der Klassenkampffidee? Wann kann, ja wann muß sie von uns als Waffe angewendet werden? Die Antwort lautet: dann, wenn sie innen- und wirtschaftspolitisch nicht mehr zerstörend wirken kann, d. h. wenn der Leerlauf des kapitalistischen Systems eine solche Verelendung auch der Mittelschichten herbeigeführt hat, daß seine radikale Beseitigung notwendig wird und dadurch der Kommunismus innen- und außenpolitisch der einzige Ausweg aus der Not zu werden verspricht. Auch außen-

politisch, da er durch Mobilisierung noch des letzten Volksgenossen die nationale Widerstandskraft gegen fremde Aussaugung und Erpressung aufs Höchstmaß bringt und andererseits durch Abschneiden jeder Rückzugsmöglichkeit die Bereitschaft zum Entbehren aufs Menschenmögliche steigert. Mit dieser Formulierung ist schon gesagt, daß die deutschen Kommunisten noch große Wandlungen durchmachen müßten, ehe ihre Bewegung als Hebel zur nationalen und sozialen Befreiung unseres Volkes dienen könnte. Nur eine heroische Einstellung gegenüber den Aufgaben unserer Zeit könnte sie befähigen, Bundesgenosse oder Vollender des Nationalsozialismus zu werden. Die wichtigste Voraussetzung aber zum Erfolge wäre die richtige Einschätzung des deutschen Volkscharakters.

### Schluß

Der Verfasser ist sich bewußt, daß die vorstehende schematische Betrachtung der drei außenpolitischen Stellungen des deutschen Sozialismus nur ein Hilfsmittel ist, um unsere Situation zu überblicken. Der geschichtliche Ablauf dürfte sich erheblich anders gestalten, als die heutigen Führer dieser Stellungen ihn erwarten.

Noch liegt das deutsche Volk trotz wachsender Nöte in unerschütterter Disziplin in seiner ersten Stellung, die zur Zeit noch von Brüning geleitet und gehalten wird; aber die Opfer und Verluste in dieser ersten Linie haben im letzten Jahre eine dauernde Steigerung erfahren. Sie werden doppelt schwer empfunden, seit wir auf die allerdings teuer bezahlten Nachschübe aus den angelsächsischen Ländern nicht mehr rechnen dürfen. Die darin zum Ausdruck kommende Stärke Frankreichs zwingt uns, mit doppelter Sorgfalt unsere Erfolgsaussichten in der zweiten Stellung zu prüfen, die nach Hitlers Erwartungen durch ein Bündnis mit England und Italien verstärkt werden könnte. Aber selbst bei günstigster Fügung würde die Hauptlast in einem Kriege mit Frankreich allein auf uns ruhen. Unsere Kraft reicht jedoch zu einem solchen Vorgehen ohne Rüstung und neue Taktik nicht aus. Deswegen dürfte den Führern der zweiten Stellung, wenn sie den Rückzug auf die kommunistische letzte Verteidigungslinie vermeiden wollen, in ihrer Außenpolitik nichts übrigbleiben, als ihre Truppen allmählich vorzuschieben, um die heutige erste Stellung nicht bloß zu halten, sondern so zu stärken, daß der jeweilige Reichskanzler mit besseren Erfolgen als bisher weiter operieren kann, mit dem Ziel, zunächst den Tribut- und Schuldendruck zu mildern, ihn schließlich zu beseitigen und später auch in zähem Ringen unsere berechtigten nationalen Forderungen nach Einheit und Schaffensraum durchzusetzen. Es liegt ein verhängnisvoller Irrtum in der Taktik der zweiten Stellung: bereits aus der zweiten Stellung heraus Operationen gegen den Gegner durchführen zu wollen, die diesem naturgemäß nicht erreichen können, aber die eigene erste Stellung dezimieren. Der Gegner nimmt die Operationen der zweiten Stellung bereits wahr und trifft in Ruhe alle Vorbereitungen zu ihrer Erledigung.



Man könnte einwenden, daß die geschäftige Tätigkeit in der dritten Linie die Abwehrkräfte in der ersten nicht weniger schwächt. Aber die einfache Überlegung, daß der Kommunismus in einer ganz anderen Ebene kämpft und der Gegner gerade deshalb diese Stellung noch gar nicht ernst nimmt, gegen sie mit dem üblichen Waffenhandwerk und allein überdies auch gar nichts ausrichten könnte, zeigt, daß er deswegen auch für die erste Stellung und deren Taktik weniger gefährlich ist.

Es ist die Kunst und Aufgabe einer guten Führung, alle Kampffähigen der Nation in die Stellung zu bringen, um die jeweilig gekämpft wird. Nur unter Aufbietung aller Kräfte für den Staat als die moralische und biologische Schutzwehr der Nation, werden wir die Zukunft meistern können, werden wir — wenn es notwendig ist — den Rückzug in die zweite, ja selbst dritte Stellung ohne lebensgefährlichen Umsturz durchführen können. Wenn das „demokratische“ Prinzip überhaupt einen Sinn und eine Aufgabe zu erfüllen hat, dann ist es eben diese, die Übertragung der Führung auf andere politische Gruppen in unserem Lebenskampf notwendig zu gestalten.

Die gleiche illusionsfreie Betrachtungsweise gilt für die weltpolitischen Tendenzen. Die naturwidrige Unterdrückung des deutschen Aufstiegs hat alle schwachen Punkte des kapitalistischen Systems gleichsam ins Rampenlicht der Weltpolitik gestellt. Alles kreist um die Einsichtslosigkeit der Besitzenden, die sich der Aufrichtung einer gerechteren Ordnung widersetzen und den darbenden Völkern aus übermütigem Raumegoismus den für alle reichlich vorhandenen Boden sperrten. Die Befreiung Deutschlands aus Tribut- und Schuldendruck allein könnte daher noch keine allgemeine Beruhigung bringen, solange wir wie andere kraftvolle Nationen in unserer Enge ersticken. Die Aufrechterhaltung des Status quo ist heute die größte Gefahr für den Frieden der Welt.

Nur eine organische Neugliederung in im wesentlichen autarke Wirtschaftsimperien unter Führung der raumstärksten Völker schafft ein organisches Kräftegleichgewicht zwischen dem Landblock und den beiden angelsächsischen Weltreichen als Seeblock. Erst nach Durchführung einer solchen Neugliederung bestünde Aussicht, unserem Planeten den „Großen Frieden“ zu bringen und den Weg zum Aufbau einer neuen Welt frei zu machen. Bis dahin aber bleiben alle Reden und Verhandlungen über Gerechtigkeit, Frieden und Abrüstung hohle Deklamationen.

Der Leser selbst mag beurteilen, ob Hoffnung besteht, mit friedlichen Mitteln zum Ziel zu kommen, wie es unser aller Wunsch ist, oder ob erst nach gewaltigen Umwälzungen und Krieg. Vor unserm Schicksal gibt es keine Flucht in feigen Optimismus, sondern nur zähes Ringen um eine Neuverteilung dieser Erde. Durch eine gerechte Ordnung im Inneren auch die letzten Hintersassen der Nation zu mobilisieren, ist die tiefste Aufgabe, die dem Sozialismus in der Gegenwart gestellt ist. Diejenige sozialistische Richtung, die hierfür das Größte zu leisten imstande ist, wird siegen.

**FRITZ KREIL:****Mitteleuropäische Autarkie****Weltwirtschaft oder Mitteleuropa?**

Wenn hier von der Abkehr Deutschlands vom Welthandel, insbesondere vom Überseehandel gesprochen wird, so ist damit nicht ein Ziel, sondern eine Tatsache gemeint. Wenn aus dieser Tatsache Schlüsse in der Richtung einer mitteleuropäischen Autarkiewirtschaft gezogen werden, so soll es sich hier nicht um politische Wunschträume handeln, die in einem wirklichkeitsfernen Raume schweben, sondern um Schlußfolgerungen, die unvermeidlich sind, wenn man den tatsächlich bestehenden Verhältnissen Rechnung trägt. Nicht die Frage, ob Freihandel oder Raumwirtschaft das Ideal ist, zu dem eine Entwicklung von Jahrhunderten die Menschen schließlich heraufführen soll, kann hier entschieden werden, sondern vielmehr die höchst reale Überlegung, wohin die wirtschaftlichen Wege unserer und der kommenden Generation führen, wie man vor allem die Versorgung Deutschlands und der mit Deutschland unlösbar verbundenen mitteleuropäischen Länder unter den heutigen Verhältnissen leiten und wie man im Interesse der deutschen Lebensmöglichkeit den Tatsachen Rechnung tragen kann, unter deren Wirkung wir heute stehen und die auf absehbare Zeit keine grundsätzliche Änderung erfahren werden.

Diese Tatsachen aber sehen so aus:

Die Weltwirtschaftskrise wird nicht nur durch einen Rückgang der internationalen Gütererzeugung um mehr als ein Drittel, sondern vor allem durch einen vollständigen Zusammenbruch des Welthandels gekennzeichnet.

Bereits im Jahre 1930 zeigt sich eine wertmäßige Verringerung des Welthandelsvolumens um 20% gegenüber 1929. Die erste Hälfte des Jahres 1931 brachte eine weitere Einschrumpfung um 28% gegenüber dem ersten Halbjahr 1930. Berücksichtigt man, daß erst das zweite Halbjahr die Zuspitzung der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders in Mitteleuropa brachte, die unerhörten Devisenschwierigkeiten und Einfuhrverbote mit ihren Abdrösselungen des deutschen Exportes, so ergibt sich, daß auch diese Schrumpfungsziffern jetzt bei weitem überholt sind. Gegenüber 1929 dürften die endgültigen Angaben für das Welthandelsvolumen von 1931 eine Schrumpfung um mindestens 50%, also auf knapp die Hälfte des Umfanges aufweisen, der noch vor zwei Jahren zu verzeichnen war.

Daß auch hiermit der Tiefpunkt der rückgängigen Entwicklung des Welthandels noch nicht erreicht sein dürfte, braucht in diesen Blättern nicht näher dargelegt zu werden. Unnötig, auf die zwangsläufigen Folgen näher einzugehen, die die Auflösung der internationalen Kapitalverflechtung und des zwischenstaatlichen Schuldensystems für den Welthandel der Jahre 1932 und 1933 haben muß. Bisher hinter einem Schleier von Auslandsanleihen, Reparationsplänen usw. verborgen, ist diese



Auflösung nunmehr auch dem unkundigen Auge deutlich geworden. Wir wollen nur noch kurz auf die weltwirtschaftlichen, insbesondere die überseeischen Absatzmöglichkeiten eingehen, die sich für die deutsche Ausfuhr in den außermittleuropäischen Kundenländern zukünftig ergeben.

Die überseeischen Rohstoffländer haben ihre wirtschaftliche Struktur nach dem Kriege und besonders im dritten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts vollständig verändert. Während der Krieg bereits aus den Vereinigten Staaten ein Industrieland erster Ordnung gemacht hat, ist die Industrialisierung Südamerikas, Ostasiens, des pazifischen Raumes (und schließlich auch Rußlands) erst später in Gang gekommen, aber mit einer unverkennbar deutlichen Tendenz; es ist schlechterdings unmöglich, diese weltwirtschaftlichen Absatzmärkte heute noch mit den Maßen zu messen, an die der deutsche Export, insbesondere der deutsche Ausfuhrhandel der großen Häfen unserer Nordküste aus der Vorkriegszeit her gewöhnt war. Seit etwa 1924 erfolgte, ermöglicht durch einen Regen, nein, eine Sintflut enormer, in diesem Ausmaß gar nicht verwertbarer amerikanischer und englischer Kredite, eine beispiellose Hinaufwirbelung der Rohstoffpreise. Auf einem heute geradezu unsinnig anmutenden Preisniveau für die von diesen Rohstoff- und Agrarländern hauptsächlich exportierten Waren wurde eine Industrialisierung begonnen, die sich später zwar — wenigstens in vielen Fällen — als Kapitalfehlleitung erwies, die aber diese Länder von der ausländischen Industrieimport immer unabhängiger machte. Man glaubte, in die wirtschaftliche Entwicklung der Vereinigten Staaten während des Weltkrieges hineinzuwachsen. Man vergaß aber, daß diese Entwicklung auf geborgter Kapitalbasis mit der Gunst der schlechthin einmaligen Weltkriegsverhältnisse, unter denen die USA. ihren Weg vom Rohstoff- zum Industrieland genommen hatten, nicht verglichen werden konnte. Der furchtbare Zusammenbruch der künstlich übersteigerten Rohstoffpreise hinterließ in Südamerika und Ostasien ein wirtschaftliches Trümmerfeld, eine nach menschlichem Ermessen auf Generationen hinaus nicht aufzubringende Schuldenlast, einen Zusammenbruch der Agrarwirtschaft und — einen für die eigene Versorgung mit Fertigfabrikaten — vielleicht! — allenfalls ausreichenden industriellen Produktionsapparat. Den Weg zum wirtschaftlichen Wiederaufbau sucht man in diesen Ländern immer deutlicher in einer Selbstversorgung, um sich auf diese Weise möglichst von den unzähligen Schwankungen der Kaffee- und Getreidebörsen unabhängig zu machen, die ausschließlich im Sinne der großen Geldgeber, insbesondere also der amerikanischen Großfinanz erfolgten. Ob und wann die hier eingeschlagenen Wege zum Ziele führen, ob und wie die sich hieraus notwendig ergebenden Spannungen mit den großen Geldgebern dieser Überseeländer liquidiert werden können, mag hier unerörtert bleiben. Wichtiger für uns ist die Tatsache, daß die ehemaligen Rohstoffländer, für die Chile ein besonders typisches Beispiel ist, ihren früheren Charakter völlig verloren haben. Ihre industrielle Expansion auf der einen, der durch den katastrophalen Sturz der Rohstoffpreise be-

dinge Rückgang ihrer Kaufkraft auf der anderen Seite bewirkt, daß ihre frühere Stellung als wichtige Kundenländer der deutschen Ausfuhrindustrien endgültig aufgegeben worden ist.

Obwohl die Schrumpfung des Welthandels im Jahre 1930 gegenüber 1929 höchstens als Vorspiel der viel größeren Verkümmernng des Welthandels im Jahre 1931 und der nächsten Periode angesehen werden kann, mögen hier einige Zahlen folgen; es geht aus ihnen hervor, wie schon in diesem einen Jahr der Weltwirtschaftskrise — wo die Preisrückgänge der Rohstoffmärkte, die Auflösungserscheinungen der Überseeländer geradezu bescheiden gegenüber der Entwicklung schon des Jahres 1931 erscheinen — die deutsche Ausfuhr nach einigen dieser überseeischen Rohstoffländer eingeschrumpft ist:

Wert der deutschen Ausfuhr

	(in Mill. Mark)		
nach	1929	1930	1931
Ägypten . . . . .	82,9	65,1	43,4
Argentinien . . . . .	371,3	287,4	174,0
Australien . . . . .	84,5	48,3	21,5
Brasilien . . . . .	210,2	120,7	66,7
China . . . . .	185,1	149,8	140,7
Columbien . . . . .	60,8	27,0	17,7
Guatemala . . . . .	12,9	5,4	4,0
Japan . . . . .	244,8	192,9	144,2
Niederländ.-Indien . . . . .	187,5	131,8	79,6

Während sich die gesamte Ausfuhr Deutschlands im Jahre 1930, das erst den Anfang der vollen Auswirkung der Wirtschaftskrise im Welthandel aufzeigt, von 13,48 auf 12,03 Milliarden Mark vermindert hat (Grund für den verhältnismäßig nicht sehr großen Rückgang ist die relativ geringe Verminderung von Deutschlands Europaexport), während also der Gesamtrückgang der Ausfuhr etwa 10 bis 11% betrug, ergaben sich beim Export nach diesen überseeischen Kundenländern wertmäßige Ausfuhrrückgänge bis zu annähernd 50% und darüber (z. B. Brasilien, Columbien, Australien usw.).

Diese Rückgänge beschränkten sich aber keineswegs auf die ausgesprochenen Rohstoffländer. Sie treten, wenn auch in nicht ganz diesem Maße, so doch außerordentlich scharf und weit über den prozentualen Gesamtrückgang des deutschen Exportes hinaus auch bei anderen wichtigen überseeischen Kundenländern zutage. Erwähnt sei nur der deutsche Export nach den Vereinigten Staaten, der 1930 erst teilweise unter der Wirkung des neuen amerikanischen Hochschutzzolltarifes stand, immerhin aber bereits in diesem Jahre auf einen Wert von 685,2 Mill. Mark gegen 991,1 Mill. Mark im Jahre 1929 zurückging. Die vollen Auswirkungen der USA.-Schutzzölle und die ersten Folgen der neuen englischen Einfuhrdrosselungen zeigt aber erst die deutsche Außenhandelsbilanz für 1931 mit einem Exportwert von nur noch 487,5 Mill. Mark; man kann sich hiernach, wenn man weltwirtschaftlichen Optimismus überhaupt durch Argumente erschüttern kann, ein ungefähres Bild davon machen, in welcher Richtung der deutsche Außenhandel sich im Jahre 1932 „entwickeln“ muß, wenn der vollständige Bankrott der überseeischen Rohstoffländer, die amerikanische und die englische Schutzzollpolitik, das voll-



ständige Aufhören der Rembourskredite usw. zu hundertprozentiger Wirkung gekommen sein werden. Die Stränge der deutschen Wirtschaft, insbesondere unserer Industrieproduktion, zu dem außereuropäischen und britischen Weltmarkt sind zerrissen, und zwar nicht etwa wegen einer mangelnden Konkurrenz oder Arbeitsfähigkeit der deutschen Produktion, sondern schlechterdings, weil die früher vorhandenen Voraussetzungen für den Absatz der deutschen Industriefabrikate in der Weltwirtschaft nicht mehr bestehen, weil die überseeischen Industrieländer und Großbritannien diesen deutschen Export nicht mehr aufnehmen wollen noch können. Immer deutlicher macht sich in allen Teilen des Erdballes das Bestreben geltend, die schon morsch gewordenen Bindungen zur Weltwirtschaft zu lösen und an ihre Stelle einen wirtschaftlichen Güteraustausch in neuen großen Räumen zu setzen; Räumen, die einen den vorhandenen Produktionskräften entsprechenden inneren Ausgleich auf dem Wege der Arbeitsteilung gestatten. So entsteht eine die beiden amerikanischen Kontinente umfassende amerikanische Großraumwirtschaft, so entsteht ein russisch-asiatischer Wirtschaftsraum, für dessen industrielle Versorgung Rußland und Japan früher oder später einen Ausgleich finden müssen und werden; so entsteht ein in sich mehr oder minder ebenfalls autarker Wirtschaftsraum des britischen Imperiums, und so entsteht auch eine mitteleuropäische Großraumwirtschaft in einem, in sich nach seinen Produktionskräften ausgeglichenen, von Köln bis Konstantinopel reichenden mitteleuropäischen Wirtschaftsraum.

Wenn man die Ausgleichsmöglichkeiten dieser neuen Großraumwirtschaft überprüft, deren Organisation die wichtigste Aufgabe der deutschen Wirtschaft in unserer und der kommenden Generation bildet, wird man sich davor hüten müssen, den Boden der Tatsachen zu verlassen und in das Reich politischer Wunschträume abzugleiten. Man wird zunächst einmal darüber Klarheit schaffen müssen, was mitteleuropäische Autarkie bedeutet und was sie niemals sein kann. In diesen Blättern wurde bereits früher mit Recht betont, daß der auf dem Boden der natürlichen, d. h. der gegebenen geopolitischen Tatsachen stehende Gedanke einer mitteleuropäischen Autarkie niemals das Rezept finden soll und wird, wie man etwa in Mitteleuropa Baumwolle pflanzt. Zwischen den wenigen großen Wirtschaftsräumen, in die sich die Welt heute, einerlei ob mit oder gegen unsern Willen, aufteilt, kann niemals jeder Güterverkehr vollständig aufhören. Die natürlichen Grundlagen aller Wirtschaft in den einzelnen Teilen des Erdballes sind viel zu verschieden, als daß solche hundertprozentige Autarkiewünsche, die noch dazu vielfach auf winzig kleine Räume beschränkt werden, je Aussicht auf Erfüllung hätten. Was aber möglich ist und immer notwendiger wird, ist eine autarke, zur Deckung der jeweils ununterdrückbaren Lebensbedürfnisse ausreichende Raumwirtschaft. Für den mitteleuropäischen Wirtschaftsraum bedarf es zunächst der illusionsfreien Prüfung der Daseinsgrundlagen, und zwar der Lebensmittelversorgung auf der einen, der Auf-

rechterhaltung und Weiterentwicklung eines naturnahen und bodenständigen Bauernstandes auf der anderen Seite.

### Kann Mitteleuropa leben?

Im wirtschaftlichen Aufbau und besonders in der Lebensmittelversorgung des mitteleuropäischen Raumes sind durch den Krieg grundlegende Veränderungen vorgegangen. Diese Veränderungen beziehen sich in gleicher Weise auf alle drei Teilgebiete des Raumes, also sowohl auf Deutschland, die Staaten des ehemaligen Österreich-Ungarn wie auch auf den Balkan. Während die deutsche Landwirtschaft vor dem Kriege in der Lage war, rund 90% des deutschen Getreidebedarfes zu decken (der allerdings auch damals schon erfolgenden Weizeneinfuhr stand Roggenausfuhr gegenüber), besteht heute ein beträchtlicher Einfuhrbedarf, der vorwiegend von den Überseeländern gedeckt wird, also von denjenigen Staaten, die als Kunden der deutschen Fertigwarenindustrie, wie wir oben schon zeigten, immer weniger in Betracht kommen.

Von 2,1 Mill. t Weizen, die Deutschland im Jahre 1929 einfuhrte, stammten 967 000 t aus Argentinien, 753 000 t aus Kanada und 232 000 t aus den Vereinigten Staaten, während die Weizeneinfuhr aus Ungarn nur 29 800 und diejenige aus Rumänien sogar nur 11 000 t betrug. Selbst von der im Verhältnis zum Weizen geringen Roggeneinfuhr von insgesamt 144 000 t stammten 70 000 t aus Kanada und 12 700 t aus USA. Lediglich in der Gerste war ein mitteleuropäisches Land, nämlich Rumänien, mit rund einem Drittel an der überwiegend übrigens auch hier aus Übersee stammenden Gesamteinfuhr beteiligt. Bei Mais kamen von einer Gesamteinfuhr mit rund 669 000 t mehr als 418 000 aus Argentinien, und selbst beim Hafer, wo die Ausfuhr die Einfuhr bei weitem überwiegt, stellte ein Überseeland, Argentinien, 83 500 t von der gesamten Einfuhr, die in diesem Jahre knapp 111 000 t ausmachten.

Im Jahre 1930 zeigte sich allerdings fast überall insofern eine gewisse Verschiebung, als die überseeischen Getreideeinfuhrziffern niedriger waren. Der Grund hierfür liegt aber keineswegs in einer Verlagerung der deutschen Getreidebezüge von den Überseeländern nach Mitteleuropa, sondern überwiegend in einer starken Verminderung der ausländischen Getreideeinfuhr überhaupt, die wieder aufs engste mit den agrarpolitischen Maßnahmen in Deutschland und der zunehmenden Selbstversorgung durch die eigene Landwirtschaft zusammenhängt\*). Diese Entwicklung dürfte auf einigen Gebieten, so besonders wohl beim Weizen, noch eine Fortsetzung finden. Immerhin sind die Möglichkeiten einer restlosen Selbstversorgung Deutschlands auf dem Gebiete der Getreidewirtschaft eng begrenzt. Gewisse Zuschüsse werden immer wieder erforderlich sein, und die Frage, woher diese Mengen zu beziehen sind und ob eine Verlagerung dieser Einfuhr aus Übersee nach den mitteleuropäischen Ländern möglich und notwendig ist, wird neben der Frage nach Erhöhung und Verbesserung der eigenen landwirtschaftlichen Produktion, der verstärkten Siedlungstätigkeit in Deutschland usw. immer mehr zur Kardinalfrage unserer Lebensmittelversorgung überhaupt.

\*) Vgl. Zeitschrift f. Geopolitik, IX, Heft 2, S. 116.



Die Notwendigkeit dieser Verlagerung ergibt sich übrigens, selbst wenn man rein weltwirtschaftliche Maßstäbe anlegen würde, schon zwingend aus folgender Tatsache: eine solche Verlagerung müßte in hohem Maße dazu beitragen, die Aufnahmefähigkeit Mitteleuropas zu erhöhen, also derjenigen Staaten, die ihre Industriefabrikate ganz überwiegend, vielfach sogar bis auf geradezu minimale Restbeträge aus Deutschland beziehen, müßte mithin deutschen Menschen in der Industrie Brot beschaffen.

Ob und wie weit unter weitgehendem Verzicht auf überseeische Getreide- und Lebensmittelbezüge eine Selbstversorgung Mitteleuropas möglich ist, sei zunächst an der Hand vergleichender Angaben für Produktion und Verbrauch Mitteleuropas an Getreide erörtert. Wenn man zunächst vom Weizen absieht, für den besondere Bedingungen gelten, auf die später noch eingegangen werden soll, zeigen Getreideerzeugung und Getreideverbrauch des die 8 Länder Deutschland, Österreich, Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien umfassenden mitteleuropäischen Raumes ein deutliches Gleichgewicht.

Beim Roggen stand einer Gesamtproduktion von 18,23 Mill. t ein Verbrauch von 17,8 Mill. t im Jahre 1929 gegenüber. Im gleichen Jahre betrug die mitteleuropäische Gerstenerzeugung 9,13, der Verbrauch rund 10 Mill. t. Die Haferernte stellte sich auf 11,12, der Verbrauch auf 12,9 Mill. t, während einer Maiserzeugung von 6,16 ein Maisverbrauch von etwa 6,9 Mill. t gegenüberstand. Es ergibt sich somit ein mitteleuropäischer Zuschußbedarf für Weizen, Gerste, Hafer und Mais. Vom Weizen abgesehen, übersteigt hier der Verbrauch fast nirgends den Gesamtertrag der mitteleuropäischen Ernte um viel mehr als 10%. Auf der anderen Seite überwiegt die Roggenerzeugung den mitteleuropäischen Verbrauch um etwa 430 000 t, also um eine Menge, die diesen Verbrauch noch nicht einmal um 5% übertrifft.

Aus diesen Ziffern ergibt sich grundsätzlich die Möglichkeit einer Selbstversorgung Mitteleuropas auf dem Gebiete der Getreideversorgung bei entsprechender planmäßiger Arbeitsteilung und der Ausschaltung der überseeischen Getreidebezüge, und zwar bereits bei dem heutigen Stande der mitteleuropäischen Agrarwirtschaft. Eine Ausnahme macht lediglich der Weizen, für den noch immer beträchtliche Zuschüsse notwendig wären. Die starken Erhöhungen des Weizenzuschußbedarfes gegenüber der Vorkriegszeit sind vor allem auf die in der ganzen Welt zu verzeichnende Geschmackswandlung zurückzuführen. Es scheint verfehlt, diese Tatsache einfach unberücksichtigt zu lassen und ihr das Argument entgegenzustellen, eine Rückwandlung des Geschmackes innerhalb Mitteleuropas zum Roggen sei unerläßlich. Ganz abgesehen davon, daß solche Rückwandlungen keineswegs so einfach erfolgen können, wie man dies vielfach glaubt, besteht dazu auch keine Notwendigkeit im Sinne eines Programmes mitteleuropäischer Selbstversorgung. Der Übergang der mitteleuropäischen Landwirtschaft zum Weizen ist auf der ganzen Linie im Gange. Geht man davon aus, daß die Getreideernten Vorkriegsdeutschlands und des Gebietes der alten österreich-ungarischen Monarchie ungefähr den Erntemengen der heutigen mitteleuropäischen Staaten ohne Polen entsprechen — eine Voraussetzung, deren Fehlerquellen nur verhältnismäßig gering sein dürften —, so

hat sich die Weizenproduktion Mitteleuropas bereits von 11¼ Mill. im Jahre 1912 auf 150 Mill. dz im Jahre 1930 erhöht, während die Erntesteigerungen für andere Getreidearten viel geringer waren und für Gerste sogar ein beträchtlicher Rückgang erfolgte. Dieser mengenmäßigen Steigerung durch Umstellung von Roggen- auf Weizenbau, Intensivierung der landwirtschaftlichen Arbeitsmethoden usw. entspricht eine noch außerordentlich zu erhöhende Verbesserung der Qualitäten; sie dürfte stark dazu beitragen, den mitteleuropäischen Weizenzuschußbedarf zu vermindern. Gerade die Qualitätsverbesserung ist für die einzige Getreidesorte, in der Mitteleuropa bisher in größerem Maße auf die überseeische Einfuhr angewiesen war, von nicht zu unterschätzender Bedeutung; denn gerade beim Weizen wird der Mehlertrag in besonders hohem Maße durch die Kornqualität und der Brotertrag wieder durch die Mehlmqualität bestimmt. Auf den wertvollsten mitteleuropäischen Weizenböden, so besonders in Ungarn, ist man schon heute so weit, kleberhaltige Hartweizen zu erzeugen, deren Qualität durchaus und anerkannt den am Weltmarkt führenden kanadischen Sorten entspricht; da auch in anderen mitteleuropäischen Ländern, insbesondere in Rumänien zu einer Rationalisierung des Weizenbaues hervorragend geeignete Böden zur Verfügung stehen, dürfte immer mehr bei einer planmäßigen, auf mitteleuropäische Selbstversorgung eingestellten, durch Staatsmonopole und gegenseitige Kontingentsgewährung unterstützten neuen Raumwirtschaft auch die Abhängigkeit Mitteleuropas vom überseeischen Weizen, wie von nahezu allen anderen Getreidesorten beseitigt werden können.

In ähnlicher Weise liegen die Möglichkeiten auch auf dem weltwirtschaftlich außerordentlich kompliziertem Gebiete der Zuckerversorgung, wo bekanntlich die Zuckerrübe seit Jahrzehnten in einem gefährlichen Konkurrenzkampf mit dem tropischen Zuckerrohr steht. Auch hier soll auf die Schwierigkeiten des Problems im einzelnen nicht eingegangen werden. Unter dem Gesichtswinkel mitteleuropäischer Selbstversorgung, bzw. eines Verbrauches der in Mitteleuropa tatsächlich erzeugten Zuckermengen mögen aber folgende Angaben Aufschluß geben. Die europäische Zuckerproduktion betrug 1929/30 insgesamt 9,5 Mill. t, von denen ziemlich genau die Hälfte auf Mitteleuropa entfielen. Im Jahre 1927/28 wurde demgegenüber der Verbrauch Mitteleuropas auf 4,9 Mill. t errechnet, also auf etwa 52% des gesamteuropäischen, der damals 9,6 Mill. t betrug. Bei ständig steigendem Verbrauch dürfte der Absatz der im Laufe der letzten Jahre allerdings übermäßig gesteigerten mitteleuropäischen Zuckerproduktion durchaus möglich sein. Es würden sich allerdings Umstellungen in der internationalen Zuckerwirtschaft ergeben, deren Schwierigkeit unter den heutigen Verhältnissen keineswegs unterschätzt werden soll. Wesentlich bleibt aber die Feststellung, daß Erzeugung und Verbrauch auch auf diesem wichtigen Gebiete der mitteleuropäischen Lebensmittelversorgung in Gleichklang gebracht werden können.

In der Vieh- und Fleischversorgung Mitteleuropas wird der Grundsatz



der Arbeitsteilung besonders stark zur Durchführung gelangen müssen, wenn die anderweitige, insbesondere die Versorgung mit überseeischem Gefrierfleisch einer mitteleuropäischen Autarkie Platz machen soll. Die Möglichkeit hierzu ist nicht in Abrede zu stellen, zumal sich der mitteleuropäische Markt nach den Zeiten stark verminderten Fleischverbrauches und der hierdurch bedingten Rückgänge im Rindviehbestand wieder sehr stark aufgefüllt hat, soweit dies aus den Ergebnissen der letzten Viehzählungen festzustellen ist. Schon unter den heutigen Verhältnissen sind die mitteleuropäischen Überschußländer Polen, Rumänien, Jugoslawien und Ungarn voll in der Lage, den deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Einfuhrbedarf zu decken und hiermit die in sehr hohem Maße von amerikanischen Krediten abhängende argentinische Gefrierfleißeinfuhr voll zu ersetzen. Im weiteren Gang der Entwicklung hätte der Arbeitsteilung auf dem Gebiete der mitteleuropäischen Brotgetreideversorgung eine Arbeitsteilung auch in der Futtermittelwirtschaft zu entsprechen. Gerade sie könnte besonders zu einer Wiedererstarkung der Bauernwirtschaft Mitteleuropas beitragen und damit eines der wichtigsten Ziele erreichen helfen, das sich mitteleuropäische Lebensmittelauf autarkie überhaupt stecken kann: Die Wiedererstarkung eines lebensstüchtigen und lebenskräftigen Bauernstandes im mitteleuropäischen Raum.

\*

Diese Ausführungen können und sollen keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Sie ließen sich durch Behandlung von Einzelfragen der Agrarwirtschaft, insbesondere aber von wichtigen mitteleuropäischen Rohstoffen (Kohle und Eisen) und schließlich der industriellen Absatzmöglichkeiten erweitern und vertiefen. Die Schicksalsfrage Deutschlands und der Völker des mitteleuropäischen Raumes wird immer enger mit der anderen Frage verbunden: Ob und bis zu welchem Grade ist Mitteleuropa in der Lage, sich auf sich selbst zu stellen, sich damit der unzähligen Ketten zu entledigen, die es bisher an Entscheidungen außerhalb seines Machtbereiches und vielfach in schroffem Widerspruch zu seinen Lebensinteressen banden? Unabhängig von den Problemen der internationalen Kapitalwirtschaft und der hiermit aufs engste zusammenhängenden Reparationsfragen läßt sich das wichtige Problem, ob Mitteleuropa als autarker Wirtschaftsraum leben kann, bejahen. Dieses „Ja“ darf nicht zu eng und nicht zu weit aufgefaßt werden. Nicht zu weit, weil Leben und Daseinsfristung allein nicht das Schicksal von Menschen und Völkern erfüllen können; aber auch nicht zu eng, denn diese Bejahung mitteleuropäischer Autarkie auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung besagt nicht weniger, als daß die Völker des mitteleuropäischen Raumes, wenn die Weltwirtschaft und mißbräuchliche Ausnutzung des Übergewichtes internationaler Gläubigermacht sie dazu zwingt, in der Lage sind, sich diesem Zwang zu entziehen und ihr Schicksal auf die eigene Kraft ihrer Menschen und ihres Bodens zu stellen.

**PAUL FR. LÜDORF:****Aktive deutsche Mitteleuropapolitik!**

Wenn wir die Frage untersuchen wollen, unter welchen Voraussetzungen eine deutsche Politik in Südosteuropa erfolgreich sein könnte, müssen wir zwar die Fehler der bisherigen verfehlten Aktionen berühren, wir müssen aber auch, da es sich doch im Grunde um einen Kampf mit Frankreich handelt, vorstoßen bis zu den letzten Vorbedingungen einer erfolgreichen Außenpolitik überhaupt.

Nach Kjellén ist die Nation eine Persönlichkeit im klassischen Sinne. Sie kann als gereift gelten, wenn sie sich ihrer Eigenart in allen Volksschichten bewußt geworden ist. Außenpolitik wird damit zum natürlichen Geltungsbedürfnis einer gereiften Persönlichkeit, ist der nach außen bekundete Lebenswille einer Nation.

Die Gründe für das Scheitern der deutschen Aktionen liegen in der Nichtbeachtung des fundamentalen Grundsatzes, daß Wirtschaftslösungen, so erwünscht sie auch sein mögen, stets nur das Endergebnis einer politischen Entwicklung sein können. Außenpolitik ist und bleibt ein Kampf, gleichviel mit welchen Mitteln. Unsere Außenpolitik wird seit 13 Jahren gelähmt durch die suggestive Vorstellung: „Da wir machtlos sind, können wir nicht kämpfen!“ Wenn das die Logik der hohen Politik wäre, müßte die Weltgeschichte in ihren Uranfängen erstarrt sein. Man beging bei uns eben den Fehler, die Wehrlosmachung Deutschlands gleichzusetzen mit dem Begriffe „machtlos“. Am Anfang jeder geschichtlichen Gestaltung dagegen steht der Wille. Der Wille zur Macht, zur Freiheit, oder in Worten unserer Zeit, zur Selbstbestimmung, das ist das treibende Element. Geopolitische Faktoren können diesen Willen fördernd oder hemmend beeinflussen; als geschichtlicher Impuls bleibt er stets das Primäre. Einem Feigling nützt weder Waffe noch Festung; niemand möchte sein Schicksal mit ihm verbinden.

Für Frankreich war der Krieg im November 1918 nicht beendet. Der Versailler Vertrag ist kein Friedensvertrag im bekannten Sinne. Er ist ein durch Erpressung verbriefter, dauernder Eingriff in die Lebenssubstanz des Gegners. Mit dem ganzen Anhängsel seiner Ausführungsbestimmungen bildet er die Fortsetzung des Krieges zur Erreichung der im Vertragstext noch nicht festgelegten Kriegsziele. Es mußte daher der Zwangsläufigkeit der so eingestellten französischen Politik entsprechen, dem deutschen Gegner auch im Osten keine Luft zu lassen. Dazu diente zunächst der polnische Vasall und im weiteren Verlauf das von Frankreich finanzierte Gebilde der Kleinen Entente. Der große Geldbedarf der neuen und noch völlig unausgereiften Staaten Südosteuropas erleichterte es Frankreich, seinen Einfluß mit Hilfe politischer Anleihen festzuketten. Ganz Mitteleuropa, von den Ardennen bis zum Schwarzen Meere, ist heute mehr oder weniger durch Frankreich fremdbestimmt, gleichgültig, ob es sich um Sieger oder Besiegte des Weltkrieges handelt.



Aber trotz der zahllosen Fesseln wuchs der deutsche Warenexport nach dem Südosten. Immer mehr gewann in den Nachfolgestaaten der alten Donaumonarchie die Einsicht Raum, daß eine Überwindung der Schwierigkeiten nur durch wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den agrarischen Südoststaaten zu erhoffen sei. Was liegt näher, als daß Deutschland sein Brotgetreide anstatt aus Argentinien, aus Jugoslawien, Rumänien und Ungarn bezieht und sich damit selbst den Absatzmarkt für seine industriellen Fertigerzeugnisse stärkt? Mühelos ergeben sich neue Verbindungen dank der Tatsache, daß Alt-Österreich der deutschen Sprache Verbreitung bis zur Adria und zum Schwarzen Meere gesichert hatte.

Nichts hätte den französischen Hegemoniegedanken schwerer treffen können, als wenn diese Entwicklung auf ihrem Wege weitergeschritten wäre. Als sich daher Deutschland entschloß, selbst die Initiative zur Schaffung neuer Wirtschaftslösungen in Mitteleuropa zu ergreifen, stieß man auf ein unerbittliches französisches Veto. Das machte sich in der Frage der deutsch-rumänischen Präferenzzölle bemerkbar, vor allem aber und in brutaler, zerstörender Weise bei dem Plane einer deutsch-österreichischen Zollunion.

Seither hat Frankreich ununterbrochen weitere Positionen im Südosten besetzt und dabei vor allem Ungarn und Österreich in seine Einflußsphäre bezogen. So hofft man der deutschen Politik endgültig das letzte Sprungbrett nach Südosten zu entziehen. Die neue Form heißt „wirtschaftlicher Zusammenschluß der Donaufürstentümer“ oder in der nächsten Etappe bereits „Donauföderation“. Welche Rolle dem in französischem Fahrwasser segelnden König Otto von Ungarn dabei zugedacht ist, dürfte aus der Tagespresse bekannt sein.

In Frankreich und Deutschland stehen sich nicht nur zwei Nationen unter dem Gesetz der Nachbarfeindschaft gegenüber. Sie gehören, staatenbiologisch gesehen, zwei außerordentlich weit distanzierenden Generationen an. Seit vielen Jahrhunderten erfreut sich Frankreich der biogeographischen Einheit, die dem erwachsenen Gesamtdeutschtum erst als Ziel aufzudämmern beginnt. Noch ist die deutsche Jeanne d'Arc nicht erschienen. Das unorganische, hypertrophische Machtstreben Frankreichs in unseren Tagen aber ist zwar Ausdruck einer geschlossenen, politischen Haltung; aber es ist nicht Ausdruck der Kraft, sondern — biologisch gesprochen — Furcht, und zwar Furcht vor dem Alter. Gelingt es einer zukünftigen deutschen Mitteleuropapolitik, Frankreich nach Bismarcks Vorbild zu isolieren, so sinkt es von selbst in die naturgegebenen Grenzen seines Wirkungsfeldes zurück. Vorbedingungen hierzu sind in der Gesamtlage Mitteleuropas, sind in einer gewissen Frankreich-Müdigkeit der Südoststaaten bereits gegeben; es gilt für Deutschland, nicht gegen, nicht ohne, sondern mit diesen Strömungen zu gehen.

In welchem Ausmaße Frankreich in Südosteuropa bereits an Anziehungskraft verloren hat, ließ sich auf Grund der Reaktion beobachten, die dem Märzaufruf Tardieus zur Errichtung einer wirtschaftlichen Entente der Donauländer folgte.

Während wir diese Zeilen niederschreiben, ist die Diskussion hierüber nach keiner Richtung hin abgeschlossen. Die beteiligten Länder haben inzwischen einsehen gelernt, daß Frankreich als wirtschaftlicher Organisator versagt hat. Es kann in Wirklichkeit dem Südosten nichts geben. Anleihen politischen Charakters sind immer Schulden. Ihr Zinsendienst ist nicht die letzte Ursache dafür, daß z. B. der rumänische Beamte 4—5 Monate lang kein Gehalt bekommt. Sie haben weiterhin dazu beigetragen, daß gerade in den südöstlichen Agrarländern die Steuerschraube längst überspannt ist, wo der Staat sich scheut, beim Bauern wegen rückständiger Steuern zu exekutieren. Gerade unter dem Druck der gegenwärtigen Krise hat man einsehen gelernt, daß politische Anleihen kein Heilmittel, sondern ein aufgezwungenes Narkotikum darstellen. Was diese Länder dringender als alles andere brauchen, ist ein ungestörter Absatz ihrer Agrarerzeugnisse. Und gerade darum erwachte sofort das Mißtrauen gegen den französischen Plan, als er in seiner ersten Formulierung Deutschland ganz unzweideutig ausschloß. Die spätere — und auch zu späte — Korrektur des französischen Standpunktes dürfte vornehmlich in der Haltung der südöstlichen Agrarstaaten ihre Ursache haben. Die unzweideutige Absicht Frankreichs, Deutschland einen Riegel nach Südosten vorzuschieben, war durch den Kampf um die deutsch-österreichische Zollunion und die darauffolgenden Aktionen in noch zu frischer Erinnerung, als daß man den französischen Vorschlag ernst genommen hätte. Und mit der Betonung, politische Fragen unangetastet lassen zu wollen, geht das französische Projekt gerade an dem Kernpunkt vorbei. Das Wirtschaftselend Südosteuropas ist eine direkte Folge der sinnlosen politischen Zwangslösungen!

Wer sich heute mit dem mitteleuropäischen Problem befaßt, kann nicht umhin, aus seinen Betrachtungen einen Staat herauszugreifen, dessen Mißverstehen die größte innere Schwierigkeit der alten Donaumonarchie bildete: Ungarn.

Ungarn versinnbildlicht eine Kraft, die das heutige Gleichgewicht im Donauraum als höchst labil erscheinen läßt. Territorial ungleich schlimmer zugerichtet als Deutschland, waffenlos, von übermächtigen Nachbarn eingeschlossen, bildet Ungarn heute bereits wieder einen starken Pol im Leben des Donauraumes. Es fühlt sich berufen und berechtigt, hier eine führende Rolle zu spielen. Auf seinem Wege zur Selbstbestimmung ist es Deutschland insofern sehr weit voraus, als es den Willen hierzu in allen Volksschichten verkörpert. In allen Kreisen weiß man, was der Vertrag von Trianon bedeutet, während man im Reich und vor allem in der Jugenderziehung den Versailler Vertrag mit magischer Vorsicht umgeht.

Es erscheint uns wesentlich, daß sich verantwortliche Kreise der deutschen Außenpolitik mit der Dynamik des ungarischen Nationalbewußtseins eingehend vertraut machen, damit nicht die deutsche Politik eines Tages an Konfliktsmomenten der alten Donaumonarchie scheitert. Ungarn ist politisch genug ausgereift, um nur ein Ziel zu sehen: die Selbstbestimmung des ungarischen Donau-



beckens. Diesem Ziele wird alles untergeordnet, so wie es eine zielbewußte Politik verlangt. Für uns aber besteht die Gefahr, in der gleichen fehlerhaften Einstellung, wie wir sie zur alten Monarchie hatten: auch im heutigen Ungarn einen Teil jenes pseudodeutschen „Österreich-Ungarn“ zu sehen. Um zu seinem Ziele zu gelangen, wird Ungarn jede Hand ergreifen, die sich ihm bietet, auch die deutsche, wenn eben Deutschland einen geschlossenen Willen verkörpert. Genau so wird aber Ungarn auch eines Tages zur Wiedereinsetzung des Hauses Habsburg schreiten, sobald dies in seine politische Linie paßt. Ein ungarischer König ist eine innere ungarische Angelegenheit, die uns nichts angeht. Ungarn selbst muß die Verantwortung dafür überlassen bleiben, ob ein Habsburger ausschließlich ungarischen Interessen dienen würde.

Sobald sich aber ein Habsburger anschickt, über Ungarns Staatsgrenzen hinaus in die Belange deutschen Volkstums einzugreifen, muß es bereits allen Deutschen eingehämmert worden sein, daß das Haus Habsburg unzählige Male in der Geschichte deutsches Volkstum verraten hat. Habsburg und Deutschland vertragen sich wie Feuer und Wasser. Und die großen Vorkämpfer der Geschichte für ein selbstbestimmtes Mitteleuropa sind alle direkt oder indirekt an Habsburg und seiner spanischen Seele gescheitert.

Wieder einmal schaut ganz Mittel- und Südosteuropa auf Deutschland, nicht zuletzt die zahlreichen Siedlungen reindeutschen Volkstums zwischen Ungarn und Bessarabien, für welche Deutschland die Verpflichtung hat, ein kulturpolitischer Schwerpunkt zu werden, damit dieses Auslandsdeutschtum zur wertvollen Stütze einer gemeinsamen Politik Mitteleuropas werden kann.

Aber die Erkenntnis wünschenswerter Gestaltungen allein schafft noch keine weltgeschichtlichen Lösungen. Wer die Zweckmäßigkeit eines mitteleuropäischen Wirtschaftsraumes erkannt hat, trage sein Teil dazu bei, daß nicht wieder der zweite Schritt vor dem ersten geschehe. Europa, soweit es sich nicht mit der französischen Hörigkeit abfinden will, wartet auf eine neue deutsche Idee, die, wie alle großen Bewegungen in der Geschichte, weit über die engen Grenzen der Nation hinaus ganze Völker mitreißen kann. Zur Tat gehört eine starke Persönlichkeit, nicht ein Konglomerat, das mühevoll zwischen Notverordnungen und knappen Parlamentsmajoritäten balanciert. Erfolg in der Politik ist eine Frage des Charakters! Zu nüchternen Erwägungen allein braucht man weder Willens- noch Charakterstärke. Eine aus der Not geborene, starke, neue deutsche Idee wird auch draußen die Herzen mitreißen. Gerade heute, wo Frankreich sich erneut anschickt, das Mitteleuropaproblem ähnlich dem Paneuropagedanken für seine Zwecke umzudeuten, geht eine neue Erwartung von Südosten nach Deutschland. Dringender denn je hofft man dort, daß Deutschland Österreichs Donauerbe nicht nur antrete, sondern es zu neuen Formen umgestalte.

*(Abgeschlossen am 11. März 1932 in Novi Sad [Jugoslawien])*

**ARPAD TÖRÖK:****Ungarn im Spiel französischer Donaupolitik****Ungarn unter französischem Griff**

Das Ziel der franco-tschechischen Donaupolitik stand von jeher fest: den Anschluß zu verhindern und Deutschland an einem wirtschaftlichen und späteren politischen Vordringen im Donaubecken aufzuhalten. Auf der anderen Seite das revisionsbedürftige und tief verbitterte Ungarn zu neutralisieren. Bisher kämpften beide Verbündete, Frankreich und die Tschechoslowakei, in einem Kleinkrieg um dieses Ziel. Österreich wurde mit Anleiheinjektionen am Leben erhalten, es sollte lernen, daß sein Schicksal in erster Linie in den Händen Frankreichs liegt. Und als sich dieses wirtschaftskranke Land von seinen Ärzten lossagen wollte, als es in einem kühnen Augenblick zu dem deutsch-österreichischen Zollunionsplan griff, ließ das französische Machtsystem die schwersten Kaliber auffahren; der Plan wurde niedergekämpft. Und nun sind auch die Injektionen spärlicher geworden, bis sie schließlich ganz aussetzten. All das in der Hoffnung, Österreich für die französischen Pläne empfänglicher zu machen.

Der Kleinkrieg, den man Ungarn gegenüber führte, bestand in einem Denunzieren der ungarischen inner- und militärpolitischen Zustände. Benesch hoffte, daß durch ein Regimewechsel die irredentistische und revisionistische Propaganda nachlassen würde, daß Ungarn vom Standpunkt der kleinen Entente neutralisiert werden könnte. Gegen alle Erwartungen nun ist Ungarn im vergangenen Sommer finanziell derart notleidend geworden, daß es auf französische Kapitalhilfe angewiesen ist; so wurde es plötzlich für einen scharfen Zugriff der französischen Donaupolitik reif. Fast über Nacht bekamen Frankreich und Benesch das Heft in die Hand. Sie konnten jetzt in großem Bogen ausholen und die Durchführung ihres alten Planes in Angriff nehmen. Kurz zusammengefaßt, besteht dieser Plan in der Eingliederung Österreichs und Ungarns in das französische Machtsystem zumindest als passive Faktoren. Das kann naturgemäß nur auf Umwegen erfolgen: durch die — mit dem Odium politischer Unterwerfung weniger belastete — wirtschaftliche Zusammenfassung aller Donaustaaten.

Mit dem Wechsel der Regierung im Sommer 1931 rückte in Ungarn die sogenannte französische Orientierung ein. Graf Julius Karolyi galt stets als ein Mann, der nicht nur selbst französische Sympathien hegt, sondern sich auch in französischen Kreisen einer gewissen Beliebtheit erfreut. Mit der Ministerpräsidentschaft Karolyis sind die latent vorhandenen französischen Sympathien in Ungarn lauter geworden. Vor allem waren es die Legitimisten, die ihrer hellen Freude über den Kurswechsel Ausdruck verliehen. Ihre Rechnung war ziemlich einfach: zur Zeit des deutsch-österreichischen Zollunionsplanes hat Frankreich mit



einer Wiedereinsetzung der Habsburger zu liebäugeln begonnen. Es hat u. a. auch dieses Eisen ins Feuer gesteckt, um Österreich durch eine Beglückung mit Habsburg gegebenenfalls vom Anschluß zurückzuhalten. Da die Legitimisten in Ungarn ohnedies großen Einfluß haben, wäre natürlich Ungarn zum Hauptquartier französisch-habsburgischer Strategie geworden. Nun stimmte aber die legitimistische Rechnung doch nicht ganz. Der Zollunionsplan war bereits durchgefallen, und Frankreich hatte es nicht mehr so dringend, einen gewagten Sprung zu machen, wie es die Habsburg-restauration ist — wobei auch die Kleine Entente ein Wörtchen mitzureden hätte.

Aber auch andere Kreise Ungarns stimmten in den Freudenchor über die französische Orientierung ein. Das waren chronische Deutschenhasser, Konjunkturritter und Ideologen, die ihre Zeit für gekommen erachteten. Manche unter ihnen waren naiv genug, zu hoffen, daß man für die französische Orientierung nicht nur wirtschaftliche Hilfe erhalten werde, sondern auch politische Konzessionen auf Kosten der Nachfolgestaaten. Diese Hoffnung gründete sich auf den Umstand, daß sich Ungarn zur Zeit des deutsch-österreichischen Zollunionsplanes neutral verhalten hat, was Frankreich damals schon mit einem öffentlichen Dank quittierte. Nun wäre es an der Zeit, meinten sie, daß sich Frankreich dafür erkenntlich zeige, um so mehr, als die damalige Neutralität offener Franzosenfreundschaft gewichen sei.

Eine solche Einstellung des ganzen Problems mußte den, der die ungarische Neutralität ebenso wie die wahren Motive und Zielsetzungen der französischen Politik kennt, etwas verwundern. Gewiß verhielt sich das offizielle Ungarn während des Zollunionskampfes neutral. Dies war aber nur zu selbstverständlich, handelte es sich doch bloß um einen Plan — um eine Absicht, die noch keineswegs im Stadium der Verwirklichung stand. Erst die vollendete Zollunion hätte Ungarn zu einer Stellungnahme veranlassen können. Nebenbei bemerkt, wäre es höchst töricht gewesen, wenn ein so kleines Land zu dieser Frage offiziell Stellung genommen hätte, wo sie doch einen so gewaltigen Sturm im Lager der Großmächte hervorgerufen hat. Wenn man sich in Ungarn diese Neutralität besonders hoch anrechnet, so heißt das, aus der Not eine Tugend zu machen. Frankreich konnte doch nur dann ein Interesse an Ungarn haben, wenn es bereit war, sich mit der Kleinen Entente auszugleichen. Auf der deutsch-französischen diplomatischen Front zählte Ungarn nicht viel. Einmal, weil es bisher wenig Neigung zeigte, mit Deutschland außenpolitisch zusammenzugehen, zum anderen, weil es ein viel zu schwaches außenpolitisches Gewicht besitzt und dazu noch in eine andere geopolitische Sphäre hineinragt: nie kann es die Westfront nennenswert beeinflussen. Mit einem Wort, der Wert Ungarns in den Augen Frankreichs richtet sich nicht nach den Diensten, die Ungarn der französischen Politik gegenüber Deutschland leisten kann, sondern danach, wieweit es eine Entlastung der politischen Lage der Kleinen Entente bewirkt. Also entgegengesetzt dem Gebiet, wo sie von gewissen ungarischen Politikern gesucht wird. Anstatt Ungarn in dem

Kampf gegen Deutschland zu verwenden und dafür eventuell politisch zu entlohnen, kann Frankreich es doch nur im Interesse seiner Verbündeten einsetzen, also unmittelbar im Interesse jener Staaten, auf deren Kosten diese ungarischen Politiker einen Gewinn einheimssen möchten.

Die Freude hat nicht lange gedauert; Ungarn mußte bald erkennen, daß die französische Orientierung nicht so billig zu haben ist wie seinerzeit die italienische. Frankreich und Benesch setzten alsbald mit ihrer Propaganda für eine Donaukonföderation ein. In Ungarn wußte man sogleich, worum es sich dreht. Eine Verbindung mit der Tschechoslowakei, Rumänien und Südslawien bedeutet auch dann, wenn es sich um einen reinen Wirtschaftsband handeln sollte, eine politische Konzession seitens Ungarns. Selbst wenn nichts Politisches ausgemacht wird, bedeutet der Bund mindestens eine Verwässerung der ungarischen Revisionsforderungen, auf die heute das ganze Land schwört. Das Endergebnis wäre also, daß nicht Ungarn für seine politischen Dienste von Frankreich entlohnt wird, sondern daß es selbst politische Konzessionen machen müßte. Letzten Endes ist die französische Orientierung eine Orientierung nach Prag. Damit setzte der eigentliche Kampf um die außenpolitische Richtung Ungarns ein.

Ehe noch die französische Orientierung kam, als der deutsch-österreichische Zollunionsplan aber bereits durchgefallen war, haben legitimistische Kreise eine starke Agitation im Interesse einer österreichisch-ungarischen Zollunion entfaltet. Je mehr der Gedanke eines Wirtschaftsbundes der Donaustaaten in den Vordergrund rückte, um so stärker entfaltete sich diese Agitation, die auch der Regierung nicht unsympathisch war. Man hoffte damit zwei Fliegen zu treffen: dem Ring der Kleinen Entente zu entrinnen, die Wirtschaftslage ohne unangenehmes Kompromiß retten zu können; gleichzeitig aber wollte man damit auch französische Politik machen, mußte es doch im Interesse auch Frankreichs liegen, Österreich durch Änderung seiner staatsrechtlichen Lage dem Anschluß zu entziehen. Nun ist aber auch dieser Rettungsanker abgerissen. Vor allem wollte Österreich selbst von einem solchen Bund nichts wissen, u. a. aus innerpolitischen Gründen. Auch Benesch war gegen eine solche Einzellösung, und Frankreich gar hat auf diese neuerliche Bekundung ungarischer Franzosenfreundlichkeit überhaupt nicht reagiert.

### Ausweichversuche

Damit war man in Ungarn brutal vor die Wahl gestellt, entweder französische Orientierung, d. h. den Ausgleich mit der Kleinen Entente, zu suchen oder sich dem eigenen Schicksal zu überlassen, die Rettung aus der Wirtschaftsnot mit eigenen Kräften zu versuchen bzw. auf ein Wunder zu warten. Diese bittere Erkenntnis hat die öffentliche Meinung des Landes in zwei Lager gespalten. In dem einen Lager stehen diejenigen, die einen Ausgleich mit den Nachbarn anstreben. Hierher gehören vor allem Gustav Gratz, Elemér Hantos und



Stephan Friedrich. Sie haben über das Problem in Prag — allerdings inoffiziell — Besprechungen gepflogen. Was sie damit in Ungarn selbst erreichten, war vorderhand nur soviel, daß man die volle Schwere der Lage zu erkennen begann. Die Vortragsreise Hantos' hat man noch ohne größeren Widerspruch hingenommen. Hantos ist kein aktiver Politiker, hingegen ein alter Mitteleuropakämpfer, der sich damit zufrieden gibt, wenn er auch nur einen Teil seines Planes verwirklichen kann. Bei Gratz horchte man aber bereits auf. Gratz — ein vorzüglicher Diplomat, kein Phantasiereiter — hätte als Anhänger der Regierung seine Schritte nicht unternommen, wenn er damit nur im luftleeren Raum wirken konnte. Die Reise Gratz' nach Prag und Belgrad verlieh der Sache auch vom ungarischen Standpunkt aus vollen politischen Ernst. Das Unternehmen Stephan Friedrichs endlich ist mehr von symptomatischer als grundsätzlicher Bedeutung. Es ist ein Zeichen dafür, daß für Ausgleichspolitiker eine Konjunktur im Entstehen begriffen ist. Gleichzeitig hat man auch auf der anderen Seite, bei jenen, die sich Prag nicht nähern wollen, schärfere Töne angeschlagen. Bethlen selbst hat sich an die Spitze derjenigen gestellt, die ohne politische Konzessionen nicht geneigt sind, in einen Donaubund einzutreten. Er erklärte klipp und klar: Wenn Benesch ein so großes Interesse an wirtschaftlichem Zusammengehen mit Ungarn hat, so muß er sich dazu entschließen, zuerst die politischen Fragen zu bereinigen. Um seinem Entschluß einen gewissen Nachdruck zu verleihen, ging Bethlen alsbald nach Rom, um die Meinung Mussolinis zu erfahren und eventuell auch Unterstützung zu erhalten. Er kam zwar mit keinem allzu hoch zu bewertenden Ergebnis nach Hause, doch immerhin mit dem Entschluß, sich der franco-tschechischen Politik nicht ohne weiteres zu unterwerfen. Bethlen rechnet damit, daß Italien und Deutschland den ungarischen Getreideüberschuß zu Überweltmarktpreisen übernehmen werden, wodurch Ungarn in die Lage käme, die schwere Krise zu überdauern, ohne den Weg nach Prag unternehmen zu müssen. Da Bethlen noch ininner der mächtigste Mann in Ungarn ist, dürfte der Vorschlag Tardieus nicht ohne Widerstand angenommen werden.

Der weitere Aspekt der Angelegenheit hängt von zwei Umständen ab, und zwar vom Stande der Wirtschaftsnot und von der Stellungnahme Österreichs. Bis zum Frühjahr ist mit weiteren Schwierigkeiten zu rechnen. Der Bethlensche Gedanke dürfte schwer zu verwirklichen sein. Es wird für Italien und Deutschland nicht leicht sein, einen höheren Preis für ungarisches Getreide zu zahlen, da es dazu einer eigenen Organisation bedarf. Dazu kommt aber, daß Ungarn kaum über nennenswerte Getreideüberschüsse verfügt; ja, man befürchtet sogar, daß es gegen Ende der Saison gezwungen sein könnte, Weizen einzuführen. Das ungarische Wirtschaftsproblem besteht lange nicht mehr bloß in einer Frage der Getreideverwertung. Infolge allseitiger Absperrung und empfindlichen Kapitalmangels leidet das Land förmlich an einer wirtschaftlichen Auszehrung. Österreich hat

dem Plan Benesch's bisher ebenfalls harten Widerstand geleistet; trotzdem ist es der französischen Diplomatie gelungen, die stärksten Gegner (Schober!) aus dem Kabinett zu drängen. Der Widerstand der neuen Regierung Buresch dürfte wesentlich geringer sein. Die Regierungserklärung lautet nicht mehr auf ein unbedingtes Nein! Man will bloß vermeiden, politische Bindungen einzugehen. Österreichs Entscheidung wird nicht ohne wesentlichen Einfluß auf Ungarn bleiben. Zu all dem kommt noch die Gestaltung der innerpolitischen Lage in Ungarn. Es ist ganz unberechenbar, ob und wie lange sich die gegenwärtige Regierung noch halten kann. Mit Ausnahme vielleicht einer Bethlen-Gömbös-Diktatur wird jeder Regimewechsel eine Annäherung an den französischen Plan bringen. Nun ist ein Regimewechsel um so wahrscheinlicher, je mehr die Not ansteigt. Die Bauern, auch die Kernmagyaren, fühlen in erster Linie die wirtschaftliche Not, für die politische Seite des Problems haben sie wenig Verständnis. Wenn sie erst einmal davon überzeugt sind, daß der französische Plan eine positive Rettung bringen kann, dann werden sie alle politischen Bedenken über den Haufen werfen.

#### Der Wirtschaftsbund der Donaustaaten

Was den Plan selbst betrifft, so hat sich bis zur Veröffentlichung des Tardieu'schen Vorschlages keine eindeutige Auffassung herauskristallisiert. Jeder Politiker entwarf einen eigenen Plan, gemäß seiner Weltanschauung, seinen politischen Sympathien und Antipathien, den Interessen seines Landes oder seiner Partei. Da das Problem politisch außerordentlich schwer belastet ist, erscheint eine Lösung — wenn sie unpolitisch überhaupt denkbar ist — im Sinne der Gustav Gratz'schen Konzeption noch am ehesten möglich. Gratz verwahrt sich dagegen, daß man seinen Plan eine Donaukonföderation nennt. Er wünscht bloß ein Präferenzsystem innerhalb der Donaustaaten. Dies würde auch handelspolitisch keine größeren Schwierigkeiten bereiten. Den wesentlichen Teil ihres Handelsverkehrs wickeln die Donaustaaten unter sich ab, so daß für sie aus der Kündigung der Handelsverträge mit den meistbegünstigten Staaten keine größeren Nachteile erwachsen würden. Gratz meint, daß dieser Plan politisch noch am tragbarsten ist. Weder hätte Ungarn auf die Revision des Trianonvertrages zu verzichten, noch wäre dadurch einem späteren Anschluß der Riegel vorgeschoben. Dabei handelt es sich bei dem Ganzen nicht um eine international neue Form. Auf dem gleichen System beruht der Handelsverkehr der skandinavischen, baltischen und iberischen Staaten, die in ihre übrigen Handelsverträge eine Klausel aufnehmen, wonach die Präferenzzölle den meistbegünstigten Staaten nicht zustehen.

Nun ist aber der Gratzsche Gedanke, der auch von Tardieu übernommen wurde, doch nur als ein Minimalprogramm aufzufassen, welches den Vorteil leichter Verwirklichung hat; Benesch geht darüber hinaus und spricht von einer planwirtschaftlichen Ausgestaltung des Donaubeckens. Vor allem ist aber die Frage noch nicht



endgültig geklärt, wer alles dem Bunde angehören soll. Vor der Veröffentlichung des französischen Planes wurde von einem Dreibund, Österreich—Ungarn—Tschechoslowakei, gesprochen, der industrieaktiv und agrarpassiv wäre. Durch den Beitritt Rumäniens würde sich der Bund mehr dem Gleichgewichtszustand nähern. Mit Südslawien würde bereits ein agraraktiver Bund entstehen, der den Kampf um den Absatz des agrarischen Überschusses weiterzuführen hätte. Vorderhand erscheint der Beitritt Südslawiens noch problematisch, das seine führende Stellung am Balkan nur schwer aufopfern dürfte. Rumänien hat sich für den Bund schon erklärt.

Es ist grundsätzlich klar, daß jede engere wirtschaftliche Zusammenarbeit von Staaten ihnen nur Vorteile bringen kann. Unstreitbar wäre auch der geplante Donaubund geeignet, solche Zwecke zu fördern. Trotzdem ist Mißtrauen am Platz. Vor allem fällt es auf, daß die Kleine Entente schon in den letzten Jahren wiederholt den Versuch machte, auch eine Wirtschaftsentente zu bilden, was aber durchaus mißlungen ist. Wenn dadurch auch das Prinzip weitgehender Autarkie nicht hätte verwirklicht werden können, so hätte sich immerhin ein großer Wirtschaftskörper gebildet, der nicht nur den Vorteil eines eigenen Schwergewichtes, sondern auch den des politischen Zusammenhaltes gehabt hätte. Das Mißlingen erklärt sich durch den Widerstand der einzelnen Wirtschaftsgruppen insbesondere in der Tschechoslowakei, den man deshalb nicht brechen konnte, weil dieser Plan kaum politische Vorteile mit sich gebracht hätte, die man nicht durch die politische Kleine Entente ohnedies hätte verwirklichen können.

Benesch hat Europa bereits theoretisch in Wirtschaftsgebiete eingeteilt und dabei Deutschland merkwürdigerweise als ein Wirtschaftsgebiet für sich belassen. Der rumänische Außenminister Ghica hat sich anlässlich seiner Prager Reise begeistert mit dem Donaubundplan befaßt und dabei ziemlich aggressiv die Eingliederung Österreichs gefordert. Der Beitritt Österreichs scheint demnach wichtiger zu sein als die wirtschaftliche Seite des Problems. Gewisse tschechische Blätter machen kein Hehl daraus, daß man nicht nur die augenblicklichen wirtschaftlichen Vorteile des Planes betrachten müsse, sondern auch die späterhin realisierbaren politischen. Aus alledem ist ersichtlich, daß das Problem in den Augen Frankreichs und der Tschechoslowakei in erster Linie ein politisches ist. Gewiß wird von allen Seiten erklärt, daß man einen solchen Schritt nicht ohne vorheriges Einvernehmen mit Rom, Paris und Berlin machen werde, entscheidend wird dabei aber doch immer Paris bleiben. Während Rom früher, als das Thema noch nicht spruchreif war, den Gedanken stets scharf ablehnte, hat es auf den französischen Vorschlag nicht mit einem unbedingten Nein geantwortet. Es ist nicht zu leugnen: Frankreich hat sich politisch im Donautal bereits eingenistet. Ob es sich dort wirtschaftlich halten können und insbesondere, ob es Deutschland daraus ausschließen kann — das ist eine Frage, die erst die Zukunft beantworten wird.

## IG. SCHMERZ: Deutschlands Donauerbe

### I.

Es mag in Anbetracht der tatsächlichen Verhältnisse, der allgemeinen qualvollen Zerrissenheit und Unsicherheit vermessen, wenn nicht gar phantastisch scheinen, von einem Donauerbe Deutschlands zu sprechen. In einem der finstersten Augenblicke dieses wirtschaftlichen Weltkrieges, dessen Zentrum wieder einmal Deutschland ist; in einem Zeitpunkte, in dem auf allen Gebieten gesellschaftlichen Seins und Handelns sich eine Entscheidung anbahnt, deren Form, Inhalt und Umfang man vielleicht ahnen, nicht aber mit Bestimmtheit voraussagen kann; — inmitten eines Umbruchs, der begleitet von alles zersetzender Skepsis und zielloser Hoffnung bereits weit über das Aufnahmevermögen des Einzelnen hinausgewachsen ist und jede Subjekt-Objekt-Beziehung unaufhörlich wandelt und erschüttert, eine so nachdrückliche Zielsetzung vorzunehmen, scheint fast sinnloser Optimismus — der Höhepunkt heute denkbarer Verantwortungslosigkeit. Alle Einwände, die von dieser Seite her erfolgen können, sind berechtigt, wenn man sich restlos an jene Machtverhältnisse hält, deren Tatsächlichkeit — wir wissen es seit jenem ebenso bitteren wie kostbaren Erlebnis der Zollunion — von überzeugendem Zwange sein können. Trotz der Kraßheit dieses Zwanges ist jedoch nicht diese Tatsächlichkeit wesentlich, sondern jene Erscheinungen, die sich außerhalb ihres Machtbereiches, vielfach sogar im Gegensatz zu ihr herausgebildet haben und immer weiter bilden. Die unaufhaltsame Verlagerung des Schwergewichtes von der nur politischen und der nur wirtschaftlichen auf die um so vieles beziehungsreichere soziale Ebene hat die Unzahl der Probleme, mit denen sich die innere, die äußere und die Wirtschaftspolitik der Staaten im Donaauraum vom ersten Tage an abmühte, bis zu einer an die Wurzeln ihres staatlichen Eigendaseins selbst rührenden Problematik gesteigert. Die Konflikte, in die man oft gegen seinen Willen, zuweilen trotz subjektiv bester Absicht verstrickt wird, die Erschütterungen, die sich in der verschiedensten Form, immer aber aus der gleichen Ursache ergeben, sind die notwendige Folge dieser Problematik.

Es wäre falsch und bedeutete nur eine indirekte Anerkennung einer zwar „vertraglich“ geregelten, in einem höheren Sinne aber natürlichem Rechtsempfinden widersprechenden Machtlagerung, wollte man lediglich die Zersplitterung des Donaauraumes in sechs Staatsgebilde als Beweis für solches Unvermögen heranziehen. Diese Zersplitterung war eine geschichtliche Notwendigkeit; darüber muß man sich Rechenschaft geben, wenn man nicht durch falsches Ressentiment neue Formungsversuche von vornherein zur Unfruchtbarkeit verdammen und damit wertvolle Kräfte brachlegen will. Man müßte die Geschichte des Hauses Habsburg seit der Niederlegung der deutschen Kaiserkrone, wenn nicht seit Maria Theresia, einer ein-



gehenden Prüfung unterziehen, und man müßte andererseits das unterirdische, seinen jeweiligen Trägern vielleicht selbst nicht im vollen Umfange bewußte und immer gegenwärtige Fortwirken der französischen Revolution bis in das erste Drittel dieses Jahrhunderts untersuchen, um sich über Notwendigkeit dieser Zersplitterung des Donaupraumes in jeder Hinsicht klar zu werden. Wir erleben gegenwärtig den Abschluß dieser revolutionär-neugliedernden Entwicklung: sie hat sich im Anfang mit Mächten verbunden, die ihr im tiefsten wesensfremd sind. Diese Tatsache widerspricht sicherlich allen Zweckmäßigkeitserwägungen, denen die Verbindung, vor allem mit Frankreich und seinem Kapital in der Hauptsache entsprungen ist; sie widerspricht auch den tatsächlichen Machtverhältnissen, die in der Zertrümmerung der Zollunion und den darauffolgenden finanzwirtschaftlichen Katastrophen sich bereits übergipfelt haben. — Durch sie sind die wesentlicheren sozialen Tatsachen in den Vordergrund getreten, die mit Nachdruck das Ziel anzeigen, an dem man unverhofft, nicht aber ohne eigenes Verschulden angelangt ist. Ein Zwiespalt, der weder durch Zweckmäßigkeitserwägungen noch durch Energieaufwendungen polizeilicher Herkunft überbrückt oder gar beseitigt werden kann. Jene Erkenntnis entspricht vor allem der sozialstrukturellen Gliederung des zerstückten Donaupraumes. In der durch die Verhältnisse erzwungenen Zusammendrängung ihrer Kräfte auf das Nächstliegende — im Augenblick ist es der Währungsschutz, morgen schon kann es ein Anderes sein — finden sie nur immer neue Unruhequellen, während sie über den allzu eng umgrenzten Bezirk des Nationalstaates suchend hinaussehen nach neuen Möglichkeiten, dem in Bewegung geratenen sozialen Element nicht mehr nur vorübergehende Ableitung, sondern endgültige zukunftsgerichtete Bindung zu gewähren.

## II.

Zweckmäßigkeitserwägungen können eine solche Bindung sozialrevolutionärer Kräfte ebensowenig bieten, wie die jetzige Machtverteilung, die sich nicht etwa organisch, sondern bestenfalls juristisch begründen läßt — wobei der Begriff juristisch im Sinne Goethes zu verstehen ist: „Vom Rechte, das mit uns geboren ist, von dem ist leider! nie die Frage.“ „Mit uns“: das sind nunmehr nicht etwa nur die Opfer und Leidtragenden jener juristischen Formeln, die als Verträge gelten und unbedingten Anspruch auf Geltung erheben; „mit uns“: das sind bereits die Völker, die glaubten und glauben durften, Nutznießer dieser Formeln zu sein und die nun erkennen müssen, daß Recht und Gesetz, daß das Leben und die Verträge, die ihm seine Bahn vorzeichnen wollten, immer deutlicher auseinanderklaffen. In den zwölf Jahren, die seit Beginn der neuen Ordnung vergangen sind, hat die Freiheit, die man mit so großen Opfern und gewiß auch mit viel echtem und reinem Willen erkämpfte, sich in einen engen und dumpfen Käfig verwandelt, der darum nicht wohnlicher wird, weil seine Stäbe aus Gold geschmiedet sind. Vielmehr ist es

dieses französische Gold, das die Völker so maßlos reizt, in ihnen das Empfinden immer wach und immer schärfer werden läßt, neuerlich versklavt zu sein. Wer die Möglichkeit besitzt, in die Seelen dieser Völker hineinzuhorchen, in die Seelen des Bauern und des Arbeiters, des kleinen Handwerkers und des kleinen Kaufmanns, des kleinen und des mittleren Beamten und des Studenten — vor allem des Studenten, der in der Mehrzahl der Fälle aus diesen Schichten stammt und in seinem noch unverbildeten Denken ihr Fühlen und Wollen am klarsten zum Ausdruck bringt, der weiß auch, wie tief und wie allgemein das Gefühl ist, wieder versklavt zu sein und nicht befreit — Objekt zu sein, während man doch darum litt und kämpfte, endlich Subjekt zu sein. Und wer beobachtet, wie hilflos die Staaten als Machtorganisationen auf dieses Empfinden der Masse reagieren, wie sie ängstlich bemüht sind, die so fragwürdig gewordene Geltung des Bestehenden immer von neuem nachzuweisen, der weiß auch, wie weit die allgemeine Labilität bereits gediehen ist. Das von einem führenden Politiker geprägte Wort vom „vorrevolutionären“ Stadium, in dem man sich befinde, hat allgemeinere Gültigkeit, als man zu glauben geneigt ist. Wer wollte die Stichflammen unterschätzen, die da und dort von Zeit zu Zeit emporschlagen und ein Bild von unüberbietbarer Dürsterkeit enthüllen? Nicht darauf kommt es an, ob der Pendel nach links oder nach rechts ausschlägt, sondern darauf, daß er nicht ruhen kann, daß eine Schwerpunktsverschiebung eingetreten ist, die ihn ruhelos hinüber und herüber schwingen läßt.

Diese Bewegung inmitten eines vom Starrkrampf befallenen Systems hat etwas Unheimliches. Daß sie sich zuweilen an unmittelbare Äußerlichkeiten klammert, ist selbstverständlich; ebenso, daß der Staat als Machtorganisation seinen Beharrungswillen, das heißt: den Beharrungswillen des Bestehenden mit aller Wucht in die Wagschale wirft und damit sicherlich Augenblickserfolge erringt. Aber er darf sich mit diesen Erfolgen nicht bescheiden. Er muß vielmehr mit den Mitteln, die ihm außerhalb des Bereiches der reinen Machtorganisation verblieben sind, versuchen, jene Bewegung in schöpferische Bahnen zu lenken. Es erweist sich jedoch, daß diese Mittel ihrer Herkunft, ihres Umfanges und ihres Zieles wegen zu sehr beschränkt sind, daß sie bestenfalls zu Konzessionen begrenzter Dauer und vorübergehender Wirkung ausreichen, daß ihr Gewicht nicht groß genug ist, um den Pendel wieder in die Ruhelage zurückzubringen und ihn darin verharren zu lassen. Und sieht man näher hin, so ergibt sich nicht nur eine grundsätzliche Gleichförmigkeit der einzelnen Bewegungen, sondern auch eine so weitgehende Übereinstimmung der „sozialen Therapie“, daß die Behauptung einer vorliegenden Schicksalsgemeinschaft ohne Rücksicht auf den Standort des Einzelstaates im gegenwärtigen Machtgefüge Europas ohne weiteres erwiesen ist.

### III.

Damit aber ist der Standort selbst in hohem Maße fragwürdig geworden. Das



nationale Erlebnis gehört der Geschichte an, es ist aus ihr nicht mehr wegzudenken. Nun aber zittern die Völker und ihre Staaten einem sozialen Erlebnis entgegen, das sich immer deutlicher aus der verwirrenden Vielfalt der wirtschaftlichen Geschehnisse herauschält, ohne doch schon so endgültig umrissen zu sein, daß sich ein unmittelbares und klares Verhältnis ergäbe. Man bangt vielmehr vor Widersprüchen, für die das erfahrungsmäßige Wissen keine Lösung mehr bietet. Man fühlt mit zunehmender Deutlichkeit, daß im engen Raume des Einzelstaates eine solche Lösung nicht gefunden werden kann, daß diese Lösung nur in einer neuen Gemeinsamkeit liegen kann, die das nationale Erlebnis unangetastet läßt, das soziale Erlebnis der (nahen?) Zukunft jedoch auf breiterer Grundlage und in weiterem Rahmen aus einem Krisenfaktor in ein schöpferisches Element verwandelt, das heißt: die schöpferische Kraft der sozialen Basis endgültig und ungehindert zur Entfaltung bringt.

Der Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion schien diesen Raum zu eröffnen; daher die weitgehende Zustimmung, die er donauabwärts fand. Seine Vernichtung hat die Begrenztheit der nationalstaatlichen Räume nur noch drückender fühlbar, ihre Verbundenheit untereinander und mit der deutschen „Herzlandschaft“ nicht nur handelsstatistisch deutlicher gemacht. Die Ziffern der Handelsstatistik — die hier als bekannt vorausgesetzt werden dürfen — sind ja nichts als der verkehrswirtschaftliche Ausdruck einer Verbundenheit, die sich weit über das Wirtschaftliche hinauserstreckt und bei der hohen Intensität des Miterlebens und Miterleidens, das sich in dem Schwanken dieser Ziffern darstellt, einen den geltenden politischen Formeln durchaus widersprechenden Ausdruck findet. Der Widerstand der an die Vertragstradition gebundenen Kräfte gegen diese Erscheinung wird trotz äußerlich zunehmender Härte immer unsicherer, weil er sich zu den unübersehbaren sozialen Tatsachen in schroffen Gegensatz stellt. Deren Druck kann man weder durch eine homunkulidenhafte Neubelebung des habsburgischen Gedankens noch durch eine Donauföderationspropaganda entgehen, die unter so völlig veränderten Verhältnissen vom Artikel 222 des Vertrages von Saint Germain ausgeht und mit ihrem komplizierten System von Vorzugszöllen, Kontingenten und Meistbegünstigung an der Oberfläche der bereits so weit fortgeschrittenen sozialen Verschiebungen haften bleibt. Diese Wiederholung der Geschichte der Zollunion unter umgekehrten Vorzeichen hat keinen anderen Zweck als den, der organischen Gestaltung des mitteleuropäischen Raumes einen diplomatischen Riegel in „europäischem“ Sinne vorzuschieben. Ein System aber, das sich nur noch taktisch behaupten kann, ist verbraucht; es hat die ihm zugedachte Mission nicht nur nicht erfüllen können, es verhindert auch in seiner anspruchsvollen Starrheit das Freiwerden neuer schöpferischer Kräfte, die aus den Tiefen der Völker emporsteigen und die infolge ungenügenden Raumes in jenen Bewegungen münden, die man mit einem ebenso unzulänglichen wie mißverständlichen Worte als „Radikalismus“ bezeichnet. In der Tat sind doch diese Bewegungen — befreit man sie von den

ihnen im Anfang notwendig anhaftenden Schlacken — nichts anderes als Erscheinungen nationaler Selbstbesinnung auf sozialer Grundlage — ein Vorgang, dem der Franzose als der Vertreter eines sozial so klar gegliederten und national übersättigten Volkskörpers verständnislos, daher auch mißtrauisch gegenübersteht. Der Kreis französischer Machtgeltung schrumpft aber überall auf die in ihrem Banne, wenn nicht in ihrem Dienste stehende Schicht zusammen, ist demnach zur materiellen Interessengemeinschaft mit einer Minderheit herabgesunken, der auch das nationale Erlebnis nur eine mehr oder weniger hochstellige Zahl in ihrer allerdings sehr umfassenden Rechnung bedeutet; in gleichem Maß als jene Selbstbesinnung um sich greift, schrumpft auch der Kreis französischer Kulturgeltung ein. Auf das Gebiet der Politik übertragen, bedeutet diese Erscheinung wachsenden inneren Widerstand gegen eine Ideologie, mit der der nationale Instinkt, um sich durchzusetzen, einmal eine Zweckmäßigkeitsverbindung einging; jetzt aber sucht man sie zu lösen, da sie ihren unmittelbaren Zweck erfüllt hat und zur endgültigen Formung der neuen Gebilde nichts wesentliches mehr beitragen kann; vielmehr muß diese Formung aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln folgen.

#### IV.

In dieser zwiespältigen Lage befindet sich heute der gesamte Donauraum. Das französische Vertragssystem hat, das darf als Zwischenbilanz noch einmal festgestellt werden, nicht raumbildend gewirkt, es hat vielmehr die einzelnen nationalstaatlichen Räume zu wirtschaftlichen Kerkern herabgewürdigt, in denen nunmehr ein nur zu verständliches, wenn auch in der Jähe des Ausdrucks vielfach irregeleitetes Ressentiment herrscht. Die Spannung, die über diesem ganzen Raume lagert und sich aus den unscheinbarsten Anlässen zeitweise bis zur Unerträglichkeit steigert, ist nichts anderes als eine Folge dieses Ressentiments. Es ist bei der Enge der örtlichen Verhältnisse und unter dem Drucke, den jene fremde und überlebte Ideologie um so hartnäckiger ausübt, je größerem Widerstand sie begegnet, gezwungen, sich auf Umwegen geltend zu machen — wenn es nicht wieder aus Nützlichkeitserwägungen bewußt fehlgeleitet wird. Eine Überbrückung jenes Zwiespalts aber ist weder auf solchen Umwegen noch viel weniger durch solche Fehlleitungen zu erreichen. Sie ist nur zu erreichen durch einen Vorgang, der die konkreten und die metaphysischen, die realen und die irrationalen Voraussetzungen in gleichem Maße umfängt — der in ihnen, in ihrer Gemeinsamkeit, das Fundament des neu zu errichtenden und neu einzurichtenden Baues erblickt. Nur wenn die Handelsstatistik als der zahlenmäßige Ausdruck einer sozialen und die soziale als der reale Ausdruck einer nationalen, landschaftlich bedingten Gegebenheit anerkannt wird und nur, wenn man dieser Gegebenheit ihr Recht auf Autonomie im besten und eigentlichsten Sinne zuerkennt, nur dann kann jener Zwiespalt überwunden, nicht nur über-



brückt werden — nur dann kann aus dem Widerstreit der Elemente der große schöpferische Akt im Sinne des griechischen Philosophen werden.

## V.

Die Enge der einzelstaatlichen Verhältnisse macht die Vielfalt der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Geschehnisse in der fast elementaren Plötzlichkeit, mit der sie die Gesamtheit und den Einzelnen überfielen und überfallen, subjektiv wohl unübersichtlich. Die Tatsache jedoch, daß diese Enge auch selbständige Entschlüsse geradezu verbietet, hat das Gefühl für Unabhängigkeit in hohem Maße verstärkt. Damit aber ist jene Ideologie französischer Herkunft zu einer tributären Machtgröße geworden, deren herrischer Geltungsanspruch immer mehr als drückende Bevormundung empfunden wird. Auf der Höhe seiner Macht muß Frankreich erfahren, daß es im Südosten Europas als „Boß“ gewertet wird, dessen Einfluß nicht weiter reicht, als die unmittelbar greifbaren Realitäten seiner Macht. Der Einsatz dieser Realitäten ist aber in jedem Einzelfalle zu offenkundig bedingt (man denke etwa an die Anleihen an die Donaustaaten), als daß er den Anspruch auf ausschließliche Führung, den Frankreich erhebt, überzeugend rechtfertigen könnte. Der „Zweiseelenkampf“, in dem aus Anlaß der Zollunion die Staaten des Donauraumes sich befanden, dieser tief wirkende Widerspruch zwischen „Politik“ und „Wirtschaft“ hat auf der sozialen Ebene zu verheerend gewirkt, um nicht die durch sorgfältig ineinandergreifende Anleihe- und Bündnisverträge gestützte Hegemonie Frankreichs geistig weitgehend zu erschüttern. Mag auch die Tagespolitik der einzelnen Staaten immer noch in den ausgetretenen Bahnen wandeln, die bis vor kurzem so bequem schienen — ihr Schwanken zwischen den Erscheinungen, ihr Hin- und Hergerissensein zwischen Ansprüchen, deren jeder mindestens gleiche Bewertung fordert, darf als endgültiger Beweis für den Mangel an Gestaltungskraft dieser Hegemonie gelten. Die europäische Idee französischer Prägung ist durch die immer weitergehende Zersplitterung in kleine und kleinste Einheiten widerlegt; denn sie läßt den in einem größeren Zusammenhange berechtigten autarkischen Gedanken zur negativen Selbstschutzwaffe auch der kleinsten Einheit werden: sie glaubt, ihre letzten Verteidigungsmöglichkeiten nur noch in der Isolierung zu finden, ohne sich dessen bewußt zu sein, daß solche Isolierung mit Autarkie nichts zu tun hat.

Hier setzt die Aufgabe ein, die Natur und Geschichte Deutschland vorbehalten haben. Daraus einen Gegensatz zu Frankreich abzuleiten, ist ebenso sinnlos wie es sinnlos ist, die deutsch-französische Verständigung als „Voraussetzung“ für die Formung auch dieses Raumes zu dekretieren. Es ist die Aufgabe Deutschlands, diesen Raum zu formen, nicht etwa, weil es seinen Hegemonieanspruch dem Frankreichs entgegensetzen will, sondern weil sich hier geopolitische Tatsachen auswirken, die nicht mehr umgangen werden können. Wenn oben die Zertrümmerung der Zollunion auch als kostbares Erlebnis bezeichnet wurde, so deshalb, weil die ganze

Entwicklung seit jenem Maitage gerade die geopolitischen Tatsachen mit unwiderlegbarer Deutlichkeit hat hervortreten lassen. Daß diese Erscheinung die unsagbar harte Form tiefgehender sozialer Erschütterungen angenommen hat, entspricht durchaus der Logik eines Geschehens, dessen Ablauf durch das Bestreben Frankreichs gefördert, nicht gehemmt wird, sich ganz Europa bis an die Westküste des Schwarzen Meeres hörig zu machen. Die Gleichförmigkeit dieses Geschehens im ganzen Gebiete zwischen Rhein und Donau — gleichgültig, ob die soziale Erschütterung von freigesetzten Arbeitermassen oder von überschuldeten Bauern ausgeht — ist von zwingender Gewalt, ohne Anspruch auf irgendeine Hegemonie zu gewähren.

Deutschland, das in nicht ganz zwei Generationen alle Höhen und Tiefen des Souveränitätsgedankens durchgemessen hat, sollte heute ein tiefes und waches Empfinden für den Unabhängigkeitswillen der Völker in diesem Raum besitzen. Gerade Deutschland, in dem der Umbruch der Epochen sich mit beispielloser Wucht vollzieht, kann die vielfachen Ausstrahlungen dieses Umbruchs am besten ermessen. Andererseits wird den Miterleidenden dieses Umbruchs die enge Verbundenheit ihres politischen und wirtschaftlichen, ihres nationalen und sozialen Schicksals mit dem Schicksal Deutschlands in dem Maße augenfälliger, in dem die Losgebundenheit der Elemente eine Katastrophe heraufzubeschwören droht und wo jeder Versuch, sie mit den überkommenen Mitteln zu meistern, einem Sprung ins Dunkel gleicht, den man am besten mit geschlossenen Augen ausführt.

Einzig Deutschland kann den Völkern im Donaauraum die Mittel bieten, durch Verwirklichung dieser Verbundenheit zunächst auf wirtschaftlichem Gebiete ihre nationale Unabhängigkeit wieder zugewinnen, weil einzig Deutschland das soziale Element in seine natürliche Bahn überzuleiten vermag. Dies ist der tiefste Sinn der wirtschaftlichen Erschütterungen bis hinunter an die Donaumündung. Das hat nichts mit „imperialistischen Hegemoniebestrebungen“ irgend welcher Art zu tun. Es ist nichts anderes als die immer dringendere Notwendigkeit, endlich den mitteleuropäischen Raum zu gestalten, wenn er nicht in hoffnungsloser Verzweiflung das willkommene Erbe jenes Ostens werden soll, der mit verschränkten Armen hier seine Früchte reifen sieht. Auch hier bewahrheitet sich der Satz, daß Frankreich der beste Verbündete der dritten Internationale ist, weil es sich um der Verewigung seiner Machtstellung willen gegen eine Entwicklung stemmt, die von der Natur selbst gewollt ist und die auch durch die drastischsten Mittel auf die Dauer nicht verhindert werden kann, sondern dann eben nur andere Wege gehen wird: Wege, die weder den Interessen Frankreichs noch Deutschlands, weder den Interessen Europas noch Mitteleuropas entsprechen. „Deutschlands Donauerbe“ — ist demnach keine programmatische Forderung noch etwa imperialistische Zielsetzung, sondern die Umschreibung einer Realität, mit der man sich abfinden, die man gestalten muß, wenn nicht unvergleichlich mehr verlorengehen soll, als eine Ideologie von gestern.



## ALBRECHT HAUSHOFER:

## Berichterstattung aus der atlantischen Welt

Am zwölften Jahrestag des Kapp-Putsches hat sich das Deutsche Reich zum zweitenmal seinen Präsidenten gewählt; mit 49,6% der Stimmen ist Hindenburgs Amt zwar noch nicht erneuert; aber es ist mit einiger Sicherheit zu erwarten, daß



der zweite Wahlgang am 10. April die Entscheidung des 13. März bestätigt. Wir haben uns hier nicht damit zu beschäftigen, welche Parteien Erfolg gehabt haben, welche nicht. Das bleibe der Tagespresse vorbehalten. Wenn wir uns trotzdem so gründlich, wie es im Rahmen unseres Berichtes möglich ist, mit der Reichspräsidentenwahl befassen wollen, so deshalb, weil ihr Ergebnis Erkenntnisse von Dauerwert vermitteln kann — Erkenntnisse, die manchem freilich nur eine Bestätigung bereits erprobten Wissens bedeuten werden.

Zwei Kartenskizzen sollen zur Erläuterung dienen. Auf der ersten ist das Verhältnis der für Hindenburg abgegebenen Stimmen zu den Stimmen der übrigen Bewerber nach Wahlkreisen graphisch dargestellt; auf der zweiten ist der Versuch gemacht, die Wahlkreise zu geographisch begründeten größeren Einheiten zusammenzufassen. Schon aus der Zeichnung nach Wahlkreisen geht hervor, daß Süd-

deutschland eine geschlossene absolute Mehrheit für Hindenburg abgibt. Das Bild für Westdeutschland ist schon weniger klar. Hier müssen die Zahlenwerte zu Hilfe genommen werden. Da ergibt sich, daß in Hessen-Nassau nur 6000 Stimmen an einer absoluten Mehrheit für Hindenburg fehlen, zu deren Ausgleich bereits der Überschuß des Freistaats Hessen genügt. Größer ist der Fehlbetrag im Wahlkreis Düsseldorf-Ost (22); doch steht auch hierfür im benachbarten Köln-Aachen eine vielfache Überschußreserve zur Verfügung. Faßt man also Rheinland, Westfalen, Hessen-Nassau und Oberhessen zu einem westdeutschen Gesamtgebiet zusammen, das dem süddeutschen (aus Bayern, Württemberg, Baden und Südhessen) an Fläche nachsteht, an Bevölkerung ungefähr gleichkommt, so hat auch hier Hindenburg die absolute Mehrheit. — Im Nordseegebiet hat der Wahlkreis Weser-Ems gleichfalls eine absolute Hindenburg-Mehrheit. Weiter ostwärts ändert sich das Verhältnis. Südhannover-Braunschweig kommt noch nahe an die absolute Majorität heran; der Wahlkreis Magdeburg gibt Hindenburg noch eine knappe Mehrheit über die vereinigten Gruppen der Rechten; Osthannover führt Hitler bereits nahe an Hindenburg heran. Der städtische Wahlkreis Hamburg (34) hat noch einmal eine absolute Hindenburg-Mehrheit. Faßt man dieses nordwestdeutsche Gebiet zusammen, das man als Niedersachsen bezeichnen kann, — die Vertreter eines territorial größeren Niedersachsen mögen diese verhältnismäßig enge Auffassung tadeln —, so ergibt sich keine absolute Mehrheit für Hindenburg. Allerdings fehlen wiederum nur wenige tausend Stimmen. Stark verschiedene Ergebnisse hat Mitteldeutschland gebracht, wenn wir darunter Sachsen, Thüringen und den Wahlkreis Halle-Merseburg verstehen. Zusammengefaßt ergibt sich hier — wie auch in den drei schlesischen Wahlkreisen als Einheit — keine absolute Mehrheit für Hindenburg, wohl aber ein Überwiegen seiner Stimmen gegenüber denen der vereinigten Rechten. Die relative Hitler-Mehrheit in Chemnitz-Zwickau (30) wird durch die absoluten Hindenburg-Mehrheiten in Leipzig und Dresden aufgehoben.

Geht man über die Elbe nach Nordosten, so ändert sich das Bild. Abgesehen von Hamburg, Schlesien und den beiden Groß-Berliner Wahlkreisen Berlin und Potsdam II erreicht Hindenburg nirgends im preußischen Nordosten die vereinigten Wahlziffern von Hitler und Düsterberg. In Pommern und Schleswig-Holstein wird er von Hitler allein überflügelt.

So ergibt sich das Bild der Wahl auf die Karte übertragen:

Deutschland westlich der Weser und südlich des Mains: absolute Mehrheit für Hindenburg.

Deutschland östlich der Elbe (außer Schlesien, Berlin und Hamburg): die Opposition der Rechten schon ohne die Kommunisten stärker als Hindenburg.

Übergangsgebiet zwischen Weser und Elbe sowie Schlesien und Berlin: Kommunisten geben den Ausschlag gegen Hindenburg.

Dies das Bild der Tatsachen. Man wird in dieser Verteilung der Stimmen mehr

sehen dürfen als einen Zufall der Parteientwicklung. Tiefgreifende historische und wirtschaftliche Unterschiede werden hier sichtbar. Bei der zunehmenden Spannung innerhalb des deutschen Volkes muß mit allem Ernst gesagt werden, daß die gezeigte Anordnung vielleicht rascher als man glauben möchte, zu einer Gefährdung der territorialen Einheit werden kann. Der Gegensatz zwischen dem Südwesten und dem Nordosten, zwischen katholischem und evangelischem Flügel des deutschen Volkes, zwischen städtereichem und städtearmem Land, zwischen Kleinbesitz und Großbesitz hat einen räumlich klaren Ausdruck gefunden: es wäre sinnlos, die Augen vor dem Ernst dieser Tatsache zu schließen!

Auch in anderen Ländern werden Entscheidungen, die nach außen nichts anderes sind als Ausfluß der Partei- und Personalpolitik, verständlicher, wenn man versucht, die räumliche Grundlage zu finden: das gilt nicht nur von der französischen Wahl, auf deren Bedeutung wir bereits im letzten Bericht hingewiesen haben, sondern auch von der amerikanischen Präsidentenwahl, mit deren Vorbereitungen in beiden Lagern jetzt begonnen wird. Es würde aller Regel widersprechen, wenn sich Hoover nicht wenigstens die republikanische Nomination sichern könnte. Die Aussichten für die Präsidentschaft selbst sind freilich unsicher genug: so wird es nötig, auch der Nomination der demokratischen Partei Beachtung zu schenken. Hier äußert sich deutlich die regionale Verschiedenheit in den Grundlagen der beiden amerikanischen Parteien. Die Republikaner verfügen über den geschlosseneren Anhang im Gesamtbereich der Union. Ihr Schwergewicht liegt im Osten und in den Mittelstaaten; der Nordwesten ist „progressiv“, die radikalen Farmer dieser Gebiete haben der republikanischen Partei schon häufig Schwierigkeiten bereitet. Die demokratische Partei dagegen setzt sich aus zwei durchaus verschiedenen Gruppen zusammen: die eine verwaltet das Erbe des „alten Südens“: im allgemeinen wählen die Staaten des Südostens demokratisch; nur ungewöhnliche Verhältnisse (z. B. bei der Wahl Hoovers) bringen dort republikanische Mehrheiten. Die andere Hälfte der Demokraten hat ihren Schwerpunkt in den großen Hafenstädten des Ostens (wo z. B. die Stadt Boston innerhalb des im allgemeinen republikanischen Massachussetts ein Zentrum der Demokraten ist); sie stützt sich dort (also vornehmlich in New York, aber auch in den benachbarten Küstenstaaten und in dem westlich anschließenden Industriegürtel von Ohio, Indiana und Illinois) auf die Schichten der jüngeren Einwanderung im Gegensatz zum Alt-Amerikanertum. Zwischen diesen beiden Gruppen, der konservativ-protestantischen des Südens und der radikalen, religiös gemischten, vielfach katholischen des Ostens, eine Einheit zustandezubringen ist schwierig. Auch die demokratische Nomination dieses Jahres scheint unter dem Unstern dieses Gegensatzes zu stehen. Das Eigenartige ist, daß er sich an zwei Persönlichkeiten der New Yorker Politik darstellt: an der bekannten des Ex-Gouverneurs Smith, dem katholischen Halb-Iren, auf der einen Seite, an dem jetzigen Gouverneur Franklin Roosevelt, dem Sproß einer der ältesten amerika-



nischen Familien auf der anderen. Der Ausgang ist noch ungewiß; immerhin verdienen beide Bewerber vor allem in ihren Äußerungen zur auswärtigen Politik auch neben Hoover Beachtung. Bis vor kurzem hat Roosevelt versucht, auch in der heiklen Völkerbundfrage die Tradition von Wilson aufrechtzuerhalten; nunmehr hat er — angesichts der ostasiatischen Entwicklung — die Erklärung abgegeben, daß er seine positive Einstellung zum Völkerbund revidiere; die Einrichtung von Genf habe sich allzusehr von dem entfernt, was Wilson gewollt habe.

Über die wirtschaftliche Lage der Vereinigten Staaten ist — nachdem wir das Programm der Kreditausweitung in großem Stile bereits erwähnt haben — nichts Neues zu berichten. Immerhin sei gesagt, daß auch vorsichtige Beurteiler der Konjunktur in Amerika zu dem Glauben gelangt sind, daß der Tiefstand nun erreicht sei. Von einer Minderung der Arbeitslosigkeit ist allerdings nicht die Rede.

Ein besonderes Wort der Erklärung verlangen die Berichte, die von südamerikanischer Arbeitslosigkeit nach Europa gelangen. Im Gegensatz zu Nordamerika und Europa, wo für eine Reihe von Millionen Menschen tatsächlich keine Arbeit vorhanden ist, hat Südamerika keine strukturelle Arbeitslosigkeit. Im Gegenteil: weite Landstrecken harren noch des erschließenden Menschen. Trotzdem sitzen in Buenos Aires und in anderen großen Städten Hunderttausende ohne Arbeit. Die La Plata-Gebiete Argentiniens haben Arbeitslose — die entlegeneren Teile, vor allem der Süden Argentiniens, rufen nach arbeitenden Händen. Hier also handelt es sich um die Tatsache, daß Arbeitsmöglichkeit vorhanden ist, aber nicht ausgenutzt wird. Die Gründe liegen in der extremen Verstädterung mancher Kolonialländer (nicht nur Südamerika, auch Australien gehört z. B. hierher); daneben in der besonderen sozialen Verfassung der Latifundienwirtschaft. Zum Teil gehört auch die mangelnde Verkehrserschließung hierher; so darf man es als Zeichen wirtschaftlichen und politischen Weitblicks anerkennen, daß die chilenische Regierung des Präsidenten Montero ihre Genehmigung zum Bau einer neuen Andenbahn erteilt hat. Diese soll von Antofagasta nach dem argentinischen Salta über das Gebirge gehen. Einen Sinn wird auch diese Bahn freilich erst gewinnen, wenn die Grenzen Chiles weniger dicht für allen wirtschaftlichen Verkehr geschlossen sind als gegenwärtig. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind in Chile größer als in den anderen südamerikanischen Staaten; scharfe Maßnahmen zur Erfassung der Devisen, zur Abdrosselung der Einfuhr bis zu einem kaum gemilderten Außenhandelsmoratorium hemmen den wirtschaftlichen Austausch. Sie haben im chilenischen Westpatagonien zu ganz eigenartigen Zuständen geführt. Das nutzbare Weideland des chilenischen Westpatagonien liegt in den großen Tälern östlich der Kordillere; es ist offen nur gegen Argentinien. Die Verbindungen mit dem übrigen Chile sind mühsam; das ganze Land lebt in engem Austausch mit dem argentinischen Patagonien. Nun darf das argentinische Getreide nicht mehr über die Grenze. Das chilenische Gebiet muß über die Kordillere und das Meer hinweg aus dem mittleren Chile versorgt werden!

Daß auch in Südamerika der Wunsch lebendig wird, die Nachteile der Abkapselung durch größere Zusammenschlüsse auszugleichen, ist nach diesem einen Beispiel verständlich. Der Vorschlag einer gesamt-südamerikanischen Zollunion ging im vorigen Jahr von einem inzwischen gestürzten chilenischen Außenminister aus. Er wurde als Utopie abgelehnt. Inzwischen ist Uruguay mit dem begrenzteren Vorschlag einer Wirtschaftsunion der La Plata-Staaten mit Brasilien hervorgetreten. Auch hier sind die Schwierigkeiten schon auf wirtschaftlichem Gebiet groß; die politischen dürften kaum überwindbar sein, zumal sich die Wirtschaftslage Argentiniens nicht wesentlich verschlechtert hat und Brasilien wenigstens in einzelnen Zweigen seiner Wirtschaft die Scheinblüte fortschreitender Inflation erlebt. Die Liquidierung der verfehlten Kaffeewertung ist noch immer nicht erreicht. Gegenüber der Notlage der Kaffeestaaten entwickelt sich der brasilianische Süden, vor allem Rio Grande do Sul, das Heimatland des jetzigen Präsidenten, im Sinne wachsender Festigkeit, freilich auch wachsenden Eigenwillens gegenüber dem Bund.

Die Verhältnisse des kolonialen Südafrika sind wesentlich stabiler als die Südamerikas. Das Gleichbleiben der Goldproduktion und der Goldausfuhr ist dafür entscheidend (während die Diamantenminen geschlossen worden sind). Die Frage, ob der Goldstandard des südafrikanischen Pfundes aufrechtzuerhalten sei, ist in den letzten Wochen zur zentralen Frage der südafrikanischen Politik geworden; die Regierung Hertzog hält an der Goldparität fest; die englandfreundliche Partei des Generals Smuts tritt für engeren Anschluß an das englische Pfund ein. Sie erkennt in der Goldfrage die Möglichkeit, das Interesse der burischen Farmer gegen deren eigene Partei auszuspielen. Im Zusammenhang damit gewinnt von der Gegenseite der Wunsch nach Abschaffung des englischen Generalgouverneurs Bedeutung; in Verbindung mit den gleichzeitigen Vorgängen in Irland ein für den staatsrechtlichen Zusammenhang des Empire bedeutsamer Vorgang.

Beschlüsse, die in ihrer Wirkung auf lange Sicht nur dem Bau des großen Indusdammes verglichen werden können, hat die ägyptische Regierung Sidky Paschas gefaßt. Das im Jahr 1929 mit England bzw. dem Sudan geschlossene Nilwasserabkommen sah vor, daß die Wasser des Blauen Nils dem Sudan verbleiben, daß der Weiße Nil für Ägypten genutzt werden soll. Dieses Abkommen fand heftigsten Widerstand des ägyptischen Nationalismus. Aus leicht verständlichen Gründen: der Bau großer Stauanlagen am Blauen und Weißen Nil gibt die Kontrolle über die Wasserversorgung Ägyptens dem jeweiligen Beherrscher des Sudan in die Hand. Nun wird aus der Annahme des Nilabkommens die praktische Folgerung gezogen: die Speicherung des Wassers des Weißen Nils durch den nunmehr beschlossenen Bau eines großen Staudammes bei Dschebel Aulia im Sudan soll eine Erweiterung der Anbauflächen in Ägypten (hauptsächlich im Delta) um rund 50% bringen. Das ist eine erstaunliche Landreserve für ein so dicht bevölkertes Gebiet! Darüber hinaus wird für die Zukunft noch eine Erweiterung der Nilwirtschaft geplant. Es ist be-

kannt, daß der aus der zentralafrikanischen Seeregion kommende Obere Nil den größten Teil seines Wassers in die Sumpfgebiete des Sudd führt, wo sie bis auf 10% verdunsten. Nun haben luftphotogrammetrische Aufnahmen des unwegsamen Gebietes gezeigt, daß es möglich ist, in einem verhältnismäßig kurzen Kanal einen Teil der oberen Nilgewässer an dem Gebiet des Sudd vorbei in das Einzugsgebiet des Sobat zu lenken, der heute die Hauptmenge des Weißen Nilwassers liefert. Gelingt es, auch die Wasser des Oberen Nil für Ägypten dienstbar zu machen, so läßt sich weiterer kulturfähiger Boden durch Bewässerung nutzbar machen. Die Durchführung all dieser Pläne hat finanzielle Ordnung zur Voraussetzung: Die Regierung Sidky Pascha hält nach innen die finanzielle und politische Stabilität in Ägypten aufrecht.

Die englischen Besitzungen im Bereich des östlichen Mittelmeers haben der englischen Regierung in letzter Zeit Schwierigkeiten gemacht: in Zypern ist die Ruhe wiederhergestellt; in Malta hat man einen Ausgleich mit der katholischen Geistlichkeit und dem hinter ihr stehenden Italienertum gefunden, nicht ohne daß man den bisherigen Gouverneur Lord Strickland noch nachträglich fallen ließ. In Palästina wird nach einer Lösung gesucht, die es England ermöglicht, ähnlich wie im Irak, die sichtbare Herrschaft zu einer unsichtbaren zu wandeln. Die vielgewandte Tätigkeit des Ex-Khediye Abbas Hilmi bleibt hier zu beachten; die lauten Stimmen einer großen Presse dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die letzte Entscheidung über die Zukunft Palästinas bereits gefallen ist: das Land wird nicht jüdisch werden, sondern arabisch bleiben. Die neuen englisch-persischen Verhandlungen über die Weiterführung der Flugroute nach Indien leiten mit einem nur kurzfristigen Erfolg der Engländer (unter Vorbereitung des Rückzugs auf die arabische Seite des Persischen Golfs) bereits in den indo-pazifischen Bereich.

Das politische Gewicht Englands wird im Laufe der nächsten Monate an zwei Stellen wirksam werden: in Lausanne und in Ottawa. MacDonald wird England in der Reparationsfrage, der stellvertretende Ministerpräsident Baldwin wird zusammen mit dem Dominionminister Thomas die Empirekonferenz in Ottawa zu leiten haben. Deren Aufgabe hat der Kriegsminister Lord Hailsham vor kurzem knapp formuliert: „Die Konferenz von Ottawa kann nur dann ein Erfolg sein, wenn jeder Teilnehmer entschlossen ist, die Lebensinteressen seines eigenen Gebietes zu schützen, und entschlossen ist, die Interessen des übrigen Empire denen jeder fremden Nation vorzuziehen.“ Ein Programm, das einfacher klingt, als es ist. Bis zum Zusammentreten der Konferenz von Ottawa versucht England, den Dominions die Vorteile des engeren Zusammenwirkens klar zu machen: die Glieder des Britischen Reichs werden den neuen Zollschranken nicht unterworfen. Demgegenüber verzeichnen wir es als eine der sonderbaren Zwiespältigkeiten und Unklarheiten, an denen unsere Zeit so reich ist, wenn sich nunmehr England nach Zerstörung eines großen Teils der deutschen Ausfuhr nach England darüber beschwert, daß Deutschland die Einfuhr englischer Kohle sperre. (Ob diese Maßregel von deutscher Seite



klug war angesichts des französischen Entgegenkommens für England in der gleichen Sache, steht auf einem anderen Blatt.) Einen eigenen Fall im Rahmen der Reichskonferenz wird das Irland De Valeras bieten. Die Ankündigung, daß sich die neue irische Regierung nicht mehr an den Eid auf den König gebunden fühle, betrachtet man in England mit Gelassenheit. Man gibt den Iren zu verstehen, daß sie auf den englischen Markt angewiesen seien. Wenn sie den Vertrag mit England brechen sollten und sich damit außerhalb des Empire stellen — dann würden sie sich eben von den englischen Märkten ausgeschlossen finden. Nur so kann die Meinung der „Times“ verstanden werden, welche schreiben: „England wird das künftige Vorgehen der Iren mehr mit uninteressierter Neugier als mit jener Ängstlichkeit betrachten, die an manchen Stellen in Irland gefühlt zu werden scheint. England wird auf Kontinuität und gesunden Menschenverstand hoffen, aber England wird sich zu trösten wissen, wenn diese Hoffnung enttäuscht werden sollte; denn es brauchte nicht unbedingt ein einseitiger Nachteil für England zu sein, wenn De Valera sich am Ende doch entschließen sollte, auch im Amt die Politik zu verfolgen, mit der er in der Opposition gelegentlich gedroht hat: die Politik, das irische Abkommen wegzuschnitzeln und die Erfüllung der irischen Verpflichtungen zu verweigern. Das würde die Lage wenigstens klären, und die Verhandlungen am Empirehandel, die mit großer Schnelligkeit praktische Form annehmen, würden vereinfacht, wenn sie auf die Teile des Empire beschränkt würden, die ernstlich seine Konsolidierung wünschen.“ Das ist deutlich! Ein Irland, das den Eid verweigert und die Zahlungen einstellt, würde in Ottawa vor verschlossenen Türen stehen. Weitaus der größte Teil der irischen Ausfuhr geht nach England...

Leider vertreten die „Times“ ihre überlegene Weisheit auch auf Gebieten, auf denen sie weniger sachverständig sind. Tardieus Donaupläne haben in England ein zwiespältiges Echo gefunden. Man verschließt die Augen dagegen, daß, wie Frankreich die deutsch-österreichische Zollunion zum Scheitern brachte, so umgekehrt eine französische Lösung im Donaugebiet von Deutschland und Italien nicht ertragen werden kann. Wenn die „Times“ der Meinung sind, „daß kein ernstlicher Einwand gegen eine Zollunion der beiden am meisten betroffenen Donaustaaten Österreich und Ungarn gefunden werden kann“, so müssen wir widersprechen. Von allen politischen Gründen abgesehen, besteht eine ganz wesentliche Hinderung: daß nämlich damit für Österreich mehr geschadet als genützt wäre. Auf ein menschlich-allzumenschliches Beispiel übertragen: wenn man einen Menschen blind und einen anderen lahm geschlagen hat, so ist es ein zweifelhafter Gewinn für beide, wenn man sie aneinander bindet.

Immerhin, wir begrüßen selbst die Schritte der französischen Regierung Tardieu als einen Fortschritt — weil wir davon überzeugt sind, daß sie so, wie sie von Frankreich gewollt wurden, nicht durchgeführt werden können, und weil sie doch auf der anderen Seite der Welt zu erkennen geben, wie unhaltbar die durch die

Friedensverträge geschaffenen Zustände der europäischen Mitte sind. Freilich: um das Problem Deutschland wird man dabei nicht herumkommen. Wenn man von verantwortlichen Stellen im Deutschen Reich erwarten darf, daß sie — nach den Erfahrungen des vorigen Frühjahrs — die französische Finanzmacht im Südosten nicht unterschätzen (die eben abgeschlossene 600-Mill.-Anleihe für die Tschechoslowakei gibt einen neuen Hinweis!) — so verbreitet sich doch in Europa die Erkenntnis, daß mit finanzpolitischen Mitteln allein dem europäischen Südosten nicht zu helfen ist. Die Agrarstaaten des Südostens brauchen Absatz; finden können sie ihn nur in Deutschland! — Während man verhandelt, vergrößern sich die Schwierigkeiten weiter: Griechenland steht vor der Einstellung seiner Zahlungen auf die auswärtige Schuld; Bulgarien hat neue Austauschbeschränkungen beschlossen. In Südslawien ist das Parlament zusammengetreten, das nur aus Vertretern der Regierungspartei besteht. Wenn aus diesem Kreis scharfe Kritik geübt wird — wo jeder Abgeordnete nach einer sinnreichen Bestimmung nach dem Willen des Listenführers, des Generals und Ministerpräsidenten Zivkovich seines Mandates verlustig gehen kann —, dann ist das ein ernstes Zeichen. Vor drei Jahren hat man das Parlament unterdrückt, weil es die Einheit Südslawiens gefährdet habe. Heute hört man die gleichen Klagen, um derenwillen Raditsch erschossen wurde, aus dem Munde derer, die von der Belgrader Zentrale den Kroaten als Vertreter aufgenötigt wurden. In Ungarn steht aller Voraussicht nach die Bildung einer Konzentrationsregierung bevor. Der Anteil ungarischer Politiker an dem Vorstoß Tardieus darf nicht übersehen werden. Schon dadurch erklärt sich auch die kritisch-vorsichtige Haltung von Prag.

Der Memelkonflikt ist durch die Ernennung eines litauischen Direktoriums erneut verschärft. Wir fragen uns, wie lange man glaubt, sich eine juristische Behandlung der Memelfrage erlauben zu können. Weiter im Nordosten sind die Unionspläne von Estland und Lettland bis jetzt nicht weiter gefördert worden — so natürlich sie an sich wären —; in Finnland ist ein Putsch der äußersten Rechten rasch zusammengebrochen. Er war gegen links gerichtet; trotzdem sah ihn Moskau nicht ungern. Die Sowjetpropaganda hat auch an anderen Stellen Europas Enttäuschungen erlebt: in Spanien kommt die anarchistische Bewegung nicht vorwärts, während die Regierung ihre antiklerikale Politik fortsetzt und Ende März ein Gesetz zur Agrarreform herausgebracht hat, das vor allem die Besitzstruktur von Andalusien und Estremadura wesentlich ändern wird. Schließlich hat auch die Entwicklung in Deutschland nicht den Erwartungen entsprochen. Das außenpolitische Interesse der Sowjets liegt mit vollem Recht zur Zeit fast ausschließlich im Fernen Osten.

**KARL HAUSHOFER:****Bericht über den indopazifischen Raum**

Selten wird ein Handbuch voll praktischer Fälle zur Ausdeutung für Kenner und Laien so bereitwillig aufgeschlagen wie eben jetzt im Fernen Osten — für Vorkämpfer pazifischer Geopolitik wie für Nachzügler der politischen Erdkunde.

Wer immer noch nicht glaubte, daß die Vereinigten Staaten in Fortsetzung ihrer Westwärtsbewegung „nach dem Gesetz, nach dem sie angetreten“ die pazifische als ihre künftige Gesichtsseite betrachten, dem sagen sie es durch die 202 Kriegsschiffe und 57 Hilfsfahrzeuge, die augenblicklich zu pazifischen Flottenübungen unterwegs sind, während den Atlantik drei Kreuzer in Werftstellung und eine Handvoll kleiner Fahrzeuge behüten, die eben gerade zur Bekämpfung des bewaffneten Alkoholschmuggels ausreichen! (Vgl. auch die geopolitischen Karten der „New York Times“ vom 10., 17., 28. Januar und 7. und 17. Februar 1932, oder K. K. Kawakami in „Liberty“ vom 10. 1. 32 und Graf Ishii über Stimson's „staatsmännische Haltung“ in den Fern-Ost-Fragen!)

Wer immer noch nicht glaubte, daß eine zwiespältige Seele in der Brust des japanischen Inselreichs wohnen, dem muß es wohl durch den Kontrast des mandchurischen Erfolgs und des so spät korrigierten Shanghaier Fehlschlags klar werden.

Wer immer noch nicht daran glaubte, daß die Sowjetbünde innerhalb ihrer selbstgewählten eurasiatischen Gesamtsendung ihr asiatisches Gesicht ernster nehmen als ihr europäisches, den überzeugen vielleicht die schnellen Truppen- und Kriegsgerätsendungen und Versammlungen um Wladiwostok, Tschita bis Irkutsk, und das viel größere Entgegenkommen Japans gegenüber russischen Eisenbahn-Benützungs-Bedenken und sonstigen Fragen als gegenüber der ganzen, uneinigen Internationalität von Shanghai und Genf.

(Vgl. Sato, Matsudaira, Yoshizawa, Ishii, Kawakami u. a.)

Falls endlich noch Harmlose glauben sollten, daß die europäischen Verhältnisse die Abrüstungsmöglichkeiten diktieren, der erkundige sich bei dem Japaner Matsui und den Kolonialmächten danach, ob nicht die Waffenträgerzahlen der Sowjets und Chinas in Wahrheit als Maßstäbe dienen, trotz allen übersteigerten, der Nichtannahme ja sicheren Russenanträgen im Westen und den schönen Worten Stimson's.

Seltsam ist dabei, wie oft die Raffgier der Gegenwart die eigene Zukunft bei mangelnder geopolitischer Fernsicht gefährdet, wenn Japan z. B. in der Mandschurei die nordasiatische Ordnungszelle der Zukunft schafft, die sich dereinst mit 60 oder 100 Millionen chinesischen Blutes sicher nicht mehr von den Inselleuten beherrschen lassen wird; oder wenn es sein Bestes zur Bolschewisierung des Yangtsebeckens, zur Verewigung des Boykotts seiner Waren in China tut, indem es die besten Truppen Nankings, Kantons und Fongs aufreibt, angeblich, um China zu helfen, „sein Haus in Ordnung zu bringen“.



Wie groß diese Gefahr auch für die Japaner — wie für die kapitalistische Weltordnung überhaupt — ist, zeigt am besten ein kontrollierbarer USAmerikanischer Missionsbericht (North China Herald, S. 207, 9. 2. 32), der zwar Shanghai selbst jetzt noch für relativ sicher hält, weil dort die nationale anti-japanische Empörung alle sozialen Regungen noch weit überwiege, aber die rote Binnenbewegung für stärker erklärt als jemals zuvor.

Die Wuhanstädte könnten genommen werden, sobald es der KPC. passe. Das Hantal nächst Hankau und das Kantal in Südkiangsi um Kanchow, das Gebiet der Hungseen, die Grenzdistrikte von Hupe und Kiangsi und Hupe und Hunan, Süd-hunan, Südostkiangsi und Ostkiangsi (um Juikin und Jutu) seien absolut in kommunistischer Hand, und deren Weizen werde voll aufblühen, sobald irgendwelche Friedensverhandlungen auftauchten und man die verhandelnden chinesischen Bevollmächtigten „weicher Knie“ beschuldigen könne. Weitere kommunistische Zentren seien am Poyangsee, in Westfukien, an der Kiangsi-Chekiang-Grenze, in Kwangtung; vielfach hätten sich die Reste der Regierungstruppen fluchtartig zurückgezogen oder seien zu den roten Truppen übergegangen.

Nach den Kämpfen in Shanghai aber würde sicher auch dort, im weiteren Umbereich der problematischen 51/2-Millionen-Stadt, mit einer Million arbeitsloser, aufs höchste gereizter Menschen zu rechnen sein, die nichts mehr zu verlieren hätten und alles zu gewinnen hofften. Wir können hier nur wiederholen, was wir an anderer Stelle schon gesagt haben, daß wir es für den größten ethischen, geopolitischen und wehrtechnischen Fehler Japans halten, daß es — von dem Betätigungsdrang der eigenen Marine überrannt — den mandschurischen Erfolg durch das Berühren der labilen Verhältnisse von Shanghai mit seinem frontalen Anrennen aufs höchste gefährdete.

Daß auf die Dauer in der Mandschurei seiner volkspolitischen Ausdehnung gleichfalls schwer überschreitbare Grenzen gezogen sind, könnte Japan — neben allen klugen Reden von Yoshizawa, Inukai, Matsui, Washio, Kawakami — (trotz dem sichtlichen Entgegenkommen aller derer, die in der Mandschurei etwas zu verlieren haben) aus den chinesischen Siedlungsrückschlägen schon in Shensi (North China Herald, 1932, S. 166) wissen, wie auch aus den eigenen, grausamen Fehlschlägen auf den Nordinseln erfahren haben. Dafür müssen wir — zur Steuer geopolitischer Dauerwahrheiten — einige Einzelbeispiele aus jüngster Zeit geben, um zu erklären, warum wir für Japan keinen Siedlungserfolg festlandeinwärts auf die Dauer für möglich halten. Nur einen Raumpuffer und einen Rohstoffrückhalt auf begrenzte Zeit wird es dort erreichen können.

Wie schwierige Verhältnisse entstehen, wenn engräumige, auf intensive Bewässerungskultur eingestellte Hackbausiedler — von der Not gedrängt — in weiträumige Steppenlandschaften mit gelegentlichem Regenfall von nur 40 mm ausweichen müssen, das beweisen die beständigen Rückschläge der — im Vergleich mit

den Japanern — viel zäheren chinesischen Siedler in Landschaften, die mitunter optimistische Weltreisende wie Tafel, Sven Hedin u. a. in Nordwestchina mit seinen unsicheren Verhältnissen als Kolonialgebiete für sie empfahlen. Immer wieder traten dort Kulturzusammenbrüche ein!

Tatsächlich verschieben sich eben die Gegebenheiten der Bewässerungskultur in Mittel- und Ostasien fortwährend um weite Strecken. Wie gefährdet erst recht reine Reiswirtschaft ist, die weit über ihre Optima hinaus in den japanischen Inselkränzen immer wieder nach Norden vorgetrieben wird, auch versuchsweise im Hokkaido, das beweisen 1931 die Ernterückschläge in Nordhondo. Es ist der schlimmste Rückschlag seit 1869, der obendrein nach einer Rekordernte im Vorjahr mit starkem Preissturz, also doppelt hart empfunden wird.

Es handelt sich um den Hokkaido und die beiden Nordgaue von Akita und Yamagata; dort müssen 5581 Familien, hier, in Aomori, 5200 mit Reis auf öffentliche Kosten durchgehalten werden, weitere 47 000 Familien im Hokkaido und 30 000 in Aomori empfangen ihre Mindestverpflegung indirekt durch Einstellung in öffentliche Arbeiten, beim Wegebau. Man ersieht aus dem ganzen Hilfsapparat, wie sehr auch dort, wesentlich nördlich des 38. Grads, [bei dem nach Lautensach der Reisbau aufhören soll], Reis die eigentliche Grundlage der Volksernährung ist.

Mit welchen katastrophalen Rückschlägen die Fehlernte einzelne Landesteile traf, bezeugt etwa das Dorf Uranodate, Kreis Kamikita, Gau Aomori, wo von 852 chobu (zu 0,99 ha — also rund 850 ha) statt 17 408 koku (1,8 Hl.) nur 4019 koku geerntet wurden, was reichlich die Hälfte der 7550 Dorfeinwohner zum Hungern verdammt. In Nishi-Oguni waren von rund 30 000 Yen Gemeindeumlagen nur 10 000 hereinzubringen: ein Drittel! Lauter Zeugnisse für die Gefahr des zu weit nach Norden vorgetriebenen Reisbaues, von dem aber, als von ihrer Hauptbegleitpflanze, die Rasse nicht läßt, die dadurch eben mit der Reisinordgrenze eine Naturschranke findet!

Vorläufig freilich ist die herrschende Schicht der Inselrasse weit davon entfernt, Naturschranken gegenüber kontinentalen und nordischen Nachbarn anzuerkennen, zumal ihr, wie G. Bronson Rea scharf, fast höhnisch den Angelsachsen auf den Kopf zusagte (29. 1. 32 Panpacific Club, Tokyo; Transpacific, 4. 2. 32) der Ausweg in alle mehr kongenialen Siedlungsräume verbaut wurde — wobei er Parallelen zwischen Deutschland und Japan zog und vor der Wiederholung des Unsinn von 1914 warnte.

Eher noch sieht man, nachdem nun die Waffenehre gerettet ist, den wehrtechnischen Mißgriff vor Shanghai ein, der sofort eine andere Wendung nahm, als man nach einem Monat (28. 1. bis 28. 2.) leidvollen, menschenfressenden Großstadtkampfs die Spitzen der ankommenden 11. und 14. Division über Wusung und Liuhö umfassend ansetzte, die chinesischen Landverbindungen bedrohte und durch diesen Druck den Rückzug erzwang. Wieviel Leid und Zerstörung aber hätte

ein geopolitisch und wehrtechnisch besserer Truppenansatz erspart, den schon der Alte Fritz mit seiner Mahnung nahegelegt hatte, „Ortskämpfe zu evitieren“, die im Falle Shanghai mehr als 27 000 Mann Japaner gefesselt und blühende Städte, wie Kiangwan mit etwa 150 000 Einwohnern, wie das unglückliche Chapei in leichen-erfüllte Brandstätten verwandelt hatten.

Jämmerlich war dabei die Zuschauerrolle von 4660 Briten, 2600 USAmerikanern, 2090 Franzosen, 760 Italienern und mehr als 2000 Mann des Shanghai Volunteer Corps und einer internationalen Flotte, die sich Sapajous grimmige Hohn- und Spottbilder hinter den Spiegel stecken mögen und bei der Heimkehr dem Völkerbund und dem USA.-Außenamt überreichen können. North China S.N. 21. 2. 32!

Hält man sorgfältig abwägend und prüfend zusammen, was führende Japaner über ihre nächsten Absichten in der Mandschurei ausgesprochen haben, so Ministerpräsident Inukai, Außenminister Yoshizawa, der Außenamtsbevollmächtigte in Shanghai, Matsuoka, Sato und Matsudaira in Genf, General Matsui unterwegs zur Abrüstungstagung, Washio, Tsang Shin-yi als neuer Kanzler der Mandschurei unter dem Prinzpräsidenten Pu-Yi, Vertraute von General Honjo — so erkennt man ebenso deutlich eine starke japanische Linie, wonach man die mandschurische Frage völlig getrennt von Shanghai und anderen chinesischen Fragen zu behandeln vorhat, wie ein schwächeres chinesisches (Yen) und USAmerikanisches Bestreben, diese Trennung um keinen Preis zuzugeben, neben einer abwartenden Haltung der Sowjets und der Genfer Ohnmacht.

Gerade jetzt — wo der Interessenaufmarsch für die Abschlüsse der Fernostwirren sich zu entschleiern beginnt — ist es doppelt nötig, über dem Pressegeheul des Tages die leitenden geopolitischen Linien nicht zu verlieren. Eine Trennung des mandschurischen Fragenkreises vom chinesischen wäre tatsächlich ein großer Erfolg Japans für den Augenblick. Auf eigenen Füßen würde die Mandschurei unbedingt stehen können, namentlich, wenn sie durch Jehol und das Bargagebiet im Westen einen harmonischen landschaftlichen Abschluß erreichte. Aber dieses werdende Reich von mehr als  $1\frac{1}{4}$  Mill. qkm, mit mächtigen Naturanlagen zur völligen Selbstversorgung von rund 100 Mill., mit der Fähigkeit, wichtige Stapelgüter als Überschüsse an den Weltmarkt abzuführen und dafür Gold zu horten, hat eine eingeborene Wucht, zur Selbstbestimmung durchzudringen; diese nach Pausen der Brache immer wieder politisch ungemein zeugungskräftige Landschaft hat im Laufe der geschichtlichen Bewegung die Keime zur Bildung der nordkoreanischen Frühreiche gestellt, dreimal China überrannt, und ist viermal das Kern- und Ursprungsland großer übernationaler Reiche gewesen. Das werden, wie es China dreimal, der skytho-sarmatische Wandergürtel mindestens zweimal erfuhr, auch Japan und die Sowjets erleben. Ein solcher Machtkern sucht dann auch seine Küsten und Ströme zurückzugewinnen; schwerlich wird irgend etwas an der Tatsache zu ändern sein, daß mindestens 80% der Bewohner der Mandschurei volkspolitisch



dem chinesischen Volkstum angehören und durch Überschiebung auf einen rauheren, aber kerngesunden, leicht im wirtschaftsgeographischen Gleichgewicht zu haltenden Boden Erneuerung und Verjüngung erfahren, wie ja auch gewiß der Sibirjak eine bessere Sorte Russe ist.

China hat zwei Fünftel seiner Geschichte in politisch getrennten oder lose gefügten föderalistischen Zuständen erlebt und nur drei Fünftel in mehr zusammengefaßten Reichsbildungen; alles wird für die Chinesen jetzt darauf ankommen, wie sie die kulturpolitischen Zusammenhänge zu wahren wissen, wenn die politischen zerreißen. Auf diesem Felde dürften namentlich die zweitklassigen Produkte USAmerikanischer, materialistischer Universitätsweisheit, die den Kern östlicher Kultur verloren und westlicher nicht gewonnen haben, eine Gewissenserforschung mit sich vornehmen, Eugen Chen, Sun Fo und andere Kuo-Min-Tang-Leuchten nicht ausgenommen. Es gehen längs der chinesischen Mauer, zwischen Hwangho, Yangtse und Kwangländern gefährliche natürliche Trennungszonen durch den chinesischen Volksboden!

Die südlichste dieser Scheidezonen ist zwar von den beiden uralten Schwellen und Paßlandschaften durch Hunan über Changsha und die künftige Hankau-Kanton-Bahn und die stark kommunistisch beeinflusste Tiefenlinie durch Kiangsi überbrückt. Aber gerade hier macht sich die gründlichste Zersetzung geltend. Shanghai und seine Umgebung vollends ist — im Gegensatz zur natürlichen Standfestigkeit der Mandschurei — der am meisten labile, fallsüchtige, überreizte Verstädterungsgau der Erde, in dem unvermittelt fast alle Interessengegensätze des indo-pazifischen Bereiches aufeinanderprallen und nur sehr teilweise ausgeglichen werden.

Diese Spannungen müssen im Auge behalten werden, wenn man die wesentlichsten dieser Linien verfolgen will, die augenblicklich programmäßig enthüllt werden.

Als nächstes Fernziel der japanischen Linie wird in Washington wie Moskau durchaus richtig die Vorkämpferstellung bei der Aufwerfung eines Seitenstücks zur USAmerikanischen Monroe-Doktrin für den Fernen Osten durchgeföhlt; eine äußere Voraussetzung dafür ist die unheilbare Bloßstellung der internationalen Fernwirkungen von Völkerbund, Neunmächtevertrag und USA.-Phraseologie, wofür der beste Ansatzhebel zweifellos in Shanghai zu treffen war; eine andere innerostasiatische ist die Zerstörung der Fiktion (Matsudairas „Chaos“) eines chinesischen Einheitsstaates nach westlichem demokratischem Muster, so schmerzlich sie die chinesische Nationaleitelkeit und das berechnete kulturpolitische Hochgefühl trifft, dessen Grundlagen aber Jungchina von innen heraus zerbrochen hat. Im Gegensatz zu dem einen ungenutzt verstrichenen „Rettungs“-Jahrzehnt Koreas zwischen 1894 und 1904 war Jungchina ein Spielraum von zwei Jahrzehnten zur Erneuerung seines politischen Machtbaues (1911—1931) vergönnt. Die Spanne wurde zu einer parteipolitischen wie militaristischen Zersetzungsarbeit mißbraucht, wie sie weltgeschichtlich in ähnlichem Umfang nur die anderen drei Zerrungsräume der

Alten Welt: Mitteleuropa, Naher Osten und Indien zu verschiedenen Zeiten erlebt haben, der deutsche Volksboden sie sich gegenwärtig gestattet. Nun steigt der chinesischen Volkheit gegenüber das bis an die Zähne gerüstete, bis jetzt nicht, wie England, durch sinnlose Einmischung in Festlandkriege in seinen Grundfesten erschütterte ostasiatische Inselreich ins Binnenland hinaus, eine Schwächeperiode der anderen Weltmächte vorbeugend ausnutzend bis ans bittere Ende, und den Monsunländern seine Führerschaft aufzwingend — wenn es mit Gewalt allein — trotz Briand — möglich ist.

Gelingt Japan die Durchführung einer solchen Führerrolle auch nur der Mandschurei gegenüber, selbst wenn es formal keinen Fußbreit Landes neu erwirbt (Erklärungen von Inukai, Yoshizawa — „Far Eastern Review“ I, 1932, S. 9 —, Sato, Kawakami, früher Shidehara — also von allen verantwortlichen Seiten!), wohl aber seine Eisenbahnvorherrschaft zu erhalten weiß, seine „Verträge“ aufrechterhält und eine auf Japans Hilfe angewiesene Selbstbestimmungsregierung in Changchun, mit drei mächtigen Verkehrsschlagadern zur Japansee: dann wird ein Anrühren dieser Stellung durch USA. wie SSSR. zu einer lebensgefährlichen Angelegenheit (George E. Sokolsky, Herbert Adams Gibbon, G. Bronson Rea: „Keep out of it!“), die sich der verwegenste Politiker in Washington und Moskau zweimal überlegen mag, vom europäisch-südamerikanischen Areopag in Genf oder Haag ganz zu schweigen.

Für England ist seine jämmerliche Zwischenlage die Erfüllung der Vorhersage, die Lord Kitchener mir gegenüber im Januar 1909 in Kalkutta machte: daß ein Krieg zwischen Dreibund und Dreiverband zugunsten der Amerikaner und Japaner geführt werden würde und Europa dabei seine pazifische Stellung bis zur dritten Linie verlieren müsse. USA. hat sich mit der Zerstörung Mitteleuropas dem Los der Westmächte verbunden. Bei einem Zusammenstoß seiner pazifischen Übungsflotte mit der japanischen („The most efficient war machine“) in westpazifischen Gewässern ist eine vernichtende Niederlage der transpazifischen Eindringlinge durchaus möglich. Dann stünde der Weg zu einer explosiven südostasiatischen Entwicklung offen, bei der die Sowjets in Zentralasien auf ihre Rechnung kämen und durch eine geschickte asiatische Politik den Monsunländern ferngehalten werden könnten.

Wir finden deshalb, daß die „New York Times“ durchaus recht taten, ihren Lesern in 17 Nummern die Konfliktstellen des Ostens mit dem Westen anschaulich vorzuführen (Zeichnungen vom 14. 2. 1932, XX. 3 — nach ähnlichen vom 7. 2., dann — über die Ohnmacht des zerrissenen Europa vom gleichen Tag — und ostasiatischen vom 7. und 17. 1. 32). Es scheinen dabei sogar sehr wesentliche weitere Reibungsflächen zu fehlen, so wenn nur Japan, China, Afghanistan, Persien, Arabien und Türkei als Länder vorgeführt werden, „die Eingriffen von außen her feindlich gegenüberstehen“ (das tun die SSSR. auch!); wenn nur Philippinen, Indochina, Java, Sumatra, Malaya, Ceylon und Indien bezeichnet werden, „als unterworfen

Räume, in denen Unabhängigkeitsbewegungen existieren“, und nur Irak, Transjordanien, Ägypten und Syrien als „widerspenstige Mandatgebiete“.

Sind sich die Vorkämpfer der westmächtlichen Vergewaltigungssysteme klar, daß bei einem vollständigen Fehlschlag der Abrüstungstagung und einem weiteren Scheintriumph der Lügenbauten von 1919 auch in Mitteleuropa Millionen einen vernichtenden Schlag gegen ihr Raubsystem begrüßen würden — wo immer er fiele? Sind sie sich klar, daß auch die Vereinigten Staaten von Amerika von allen klar Sehenden für ihr jetziges Unglück genau so verantwortlich gemacht werden, weil sie es herbeiführten, ob sie sich nun von den letzten Unterschriften fernhielten oder nicht?

Im östlichen Zerrungsfeld der Alten Welt scheinen die USA.-Staatsmänner diese Mitverantwortung zu empfinden und zur Einsicht zu kommen, daß die Vernichtung ihres Prestiges z. B. in China ein wesentlicher Teil der Voraussetzung für eine Lagenbesserung aller Unterdrückten ist und von Japan mit Gewalt und List schon bis zu einem hohen Grad herbeigeführt wurde. Im Westen Eurasiens fehlt diese Einsicht, da man noch sichtbar das goldene Kalb anbetet, das sich ja aber trotzdem doch nicht zu einem wirklichen Von-sich-Geben goldener Abfälle aus seinem Fraß entschließt. Insofern denken Indien, China und ihre ozeanischen Räuber folgerichtiger; aber die Zwickmühle im Fernen Osten fügt es, daß zum Atemholen Indiens ein japanischer Erfolg und ein Rückschlag in China nötig ist; könnten sich die Angelsachsen dagegen einigen, so wären freilich die Selbstbestimmungsaussichten Südasiens wieder auf lange vertagt. Aber die indische und japanische Politik sündigt auf die Uneinigkeit der Goldhorter diesseits und jenseits des Atlantikgrabens und ihrer größten Schuldner und findet sich bis jetzt darin bewährt. Schade, sehr schade, daß ein deutscher Vertreter zusammen mit dem Ausschuß eines so unheiligen und uneinigen Verbandes in so zweifelhafter Sendung ausfuhr und nun mithilft, den Haß auf breitere Schultern zu verteilen, ohne eine Spur des Vorteils zu erhaschen, den die anderen immer noch einheimsen. Hat Deutschland am Teufelsdank für seine Rittertat von Shimonoseki zugunsten der weißen Rasse noch nicht genug? Sein Anteil an der Flammenhitze der heißen Kastanien mit verbrannten Pfoten wird sicher ganz außer Verhältnis zu seinem Anteil an der Verteilung der allenfalls aus der Glut zu rettenden, zweifelhaften Früchte stehen!

In einer Weltenstunde, in der Frankreichs Ministerpräsident ohne Korrektur den festen Entschluß verkündet, die Mitteleuropäer auch weiterhin als Heloten ohne Wehrrecht zu behandeln, sollte sich kein Vertreter von ihnen an der Seite der kolonialen Ausbeuter befinden, um durch seine Mitunterschrift längst überholte Lügen dem Weltgelächter erneut preiszugeben und eine Gemeinhaftung der weißen Rasse vorzutäuschen, die von London, Paris und Washington aus zerschlagen worden ist. Mögen die Scherben reinlich vor diesen Türen liegenbleiben — Deutschland hat vor der eignen Tür genug zu kehren!



## SPÄNE

### Anabasen

Der geopolitische Ruhm der Väter der Königinhofer Handschrift läßt die Nachfahren nicht schlafen! Eduard Benes: „Der Aufstand der Nationen“. (Berlin, Bruno Cassirer, 1928) und T. G. Masaryk: „Die Weltrevolution“. (Berlin, Erich Reiss, 1925), streben, von ihrem Standpunkt mit Recht, nach dem Ruhm Xenophons mit der „Anabasis“ der Legionäre.

Mit Unrecht sagt Richard Bahr in einem höchst lesenswerten Aufsatz über „Das Sudetendeutschum“ (D.A.Z. 16. 1. 32): „Die (1918 via Rußland-Sibirien) heimziehenden Legionäre haben zwar die sibirische Bahn (und General Jeannin!) zu ihrer Verfügung, aber sie lassen sich Zeit (zum Kampf an der Westfront). Diese von Masaryk und Benes mit prahlerischer Rührseligkeit beschriebene Anabasis der Legionäre ist einer der größten Schwindel der Weltgeschichte.“ — Erstens gibt es noch viel gröbere; und zweitens wäre es doch so nett und tolerant z. B. von der Kgl. Persischen Hofbücherei 401 v. Chr. gewesen, wenn sie seinerzeit — wie heute die deutschen Buchhändler — Verbreitung, Verlag und Risiko der feindlichen Legende, nämlich der Xenophonischen Anabasis, übernommen, und sie etwa in einer Serie mit des Ktesias keineswegs so verlogener Indica herausgebracht hätten. Es wäre sicher ein bestseller der Antike geworden! — Aber ist es nicht immer noch besser, sich eine ruhmvolle Vergangenheit hinzuzulügen, als auf sie zu spucken, wenn man sie hat?

★

### Französische Abrüstungsmethoden!

Bekanntlich ist Herr Léon Blum ein großer Weltfriedens- und Abrüstungsapostel, der auch als Kronzeuge für die wahrhaft friedliche Gesinnung der Franzosen gern von den deutschen Kreisen angerufen wird, die Deutschland für noch nicht genug entwaffnet halten und den Kampf gegen das zweierlei Recht in der Rüstungsfrage gelegentlich sabotieren.

Léon Blum hat soeben auch noch ein Buch erscheinen lassen „Les Problèmes de la Paix“, worin man seine Friedenssehnsucht nachlesen kann, — selbstverständlich unter der Bedingung, daß alle „Friedensgarantien“ (d. h. Militärbündnisse und einseitige Entwaffnung) und sonstigen Vorteile aus dem Versailler Vertrag für Frankreich aufrechterhalten bleiben.

Dabei hat er allerdings ein kleines Pech, nämlich einen Sohn, einen tüchtigen jungen Ingenieur; er ist so tüchtig, daß ihn sogar der jugoslawische Staat brauchen kann. Herr Léon Blum junior richtet nämlich, während der Alte in Weltfrieden macht, in Zemun (Semlin) gegenüber Belgrad eine neue militärische Flugzeugmotoren-Fabrik ein, in der künftig die 650 PS-Hispano-Suiza-Motoren für die neuen Jagd- und schweren Bombenflugzeuge der jugoslawischen Fliegertruppe hergestellt werden, natürlich aus Material, das Frankreich liefert. Das nennt man Arbeitsverteilung, der eine rüstet ab, der andere auf, und die französische Rüstungsindustrie wird sich für solche sorgfältige Wahrnehmung ihrer Interessen auch erkenntlich zu erweisen wissen.

K. B.

★

### Autarkie? ... Autarkie!

Stanley Baldwin, Lord-President des Geheimen Rates, Führer der in der Schutzzollfrage siegreichen Konservativen, ist ein Mann von Humor. Auf der Tagung der Worcestershire Association gab er eine hübsche Geschichte zum besten:

„Ich habe einmal einen Farmer aus Worcestershire gefragt, was er für seinen Hopfen brauche. Er hat mir geantwortet: Schutzzoll. Ich will, daß der fremde Hopfen ausgesperrt wird. Auf meine Frage, was er unter dem ‚fremden‘ verstehe, hat er geantwortet: den von Hereford.“

Der Geist der Autarkie in der Größenordnung der Grafschaft.

★

## Amerika lernt

Mit der „Wirtschaftsgeographie Europas“ von W. O. Blanchard und S. S. Visher rechnet William van Royen von den USA. aus etwas mitleidlos ab! „In diesen Tagen internationaler Wirtschaftswirren und Verflechtungen scheint es dem wissenschaftlichen Arbeiter und halbwegs intelligenten Bürger eingebläut zu werden, daß für ein Ding, wie nationale Wirtschaft, nichts mehr übriggeblieben ist.“ — Sollte er da nicht den Balken im eigenen autarkischen Auge der USA. übersehen haben? „Politisch gesprochen, mögen wir Bürger dieses oder jenes Landes sein; vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt werden wir mehr und mehr Weltbürger...“ Sollte man die „Geographical Review“, auf deren S. 171 dies und noch viel Bemerkenswerteres steht, nicht unentgeltlich in Eselshaut gebunden (wegen der größeren Haltbarkeit) an den u.s.-amerikanischen Kongreß verteilen? — — Es würde sich für jeden europäischen Außenfonds lohnen!

Das Kapitel über Ungarn trägt die Aufschrift: „Die ungarische Ebene!“ — „Aber die Autoren haben versäumt, zu erklären, daß ‚Ungarn‘ und die ‚ungarische Ebene‘ zwei Worte sind, die nicht ganz synonym sind.“ Da ist sehr schonend ausgedrückt, was Graf P. Teleki und andere deutlicher sagt!

Trotzdem sind wir froh, wenn man in den USA. überhaupt etwas über europäische Wirtschaftsgeographie liest. Oh, daß doch einiges davon bei den Lesern hängen bliebe!

★

## Neubau des Reiches

Zu Beginn einer kurzen Faschingszeit fanden wir freudigbewegt in der Frkf. Ztg. v. 16. 1. 32, S. 4 folgendes Lob der bayrischen Monarchisten: „Wer glaubt, daß sich jene seßhaften und soliden Männer und Frauen, die in schmerzlich bewegten Erinnerungen nach der ruhigen, sicheren und wohlhabenden Zeit des Königtums, eines würdig repräsentierenden Hofes, freundlicher, behäbig-bürgerlicher Hoheiten und eines stolzen, die Gesellschaft illuminierenden Offizierkorps verlangen, aus ihren abendlichen Konventikeln in

die höchst gefährliche Ungewißheit politischer Umwälzungen stürzen werden? Ist es auch nur denkbar, daß irgendeine verantwortliche Persönlichkeit der Bayerischen Volkspartei heute eine Trennung Bayerns vom Reiche betriebe?“ Im Anschluß folgt in langem Zitat das Lob eines „sehr beachtenswerten Artikels“ „des Regensburger Anzeigers, des Organs des Ministerpräsidenten Held!“

Selten sind uns die warmherzigen gegenseitigen Gefühle Frankfurts und Münchens wie ganz Altbayerns so leuchtend entgegengetreten („Das deutsche Volk einig in seinen Stämmen“). — „Wozu der Lärm, was steht dem Herrn zu Diensten“, läßt ein noch größerer, dieses Jahr besonders gefeierter Frankfurter (Faust I, 958) den Teufel frisch nach dem Schwitzkasten sagen. Wozu dann vorher all der Lärm? — — wenn jetzt gegenüber Beelzebub das früher so schwarz gemalte partikularistische Teufelchen so harmlos erscheint?

★

## Friedensengel zwischen den Fronten

Als in Chapei etwa 8000 Tote aus der Zivilbevölkerung herumlagen und die Heere des Fernen Ostens an einzelnen Stellen 20 km zwischen einander legten, weil sie es vor Leichengeruch in dem brennenden und verwüsteten Hinterland der 5 $\frac{1}{2}$ -Millionen-Stadt Groß-Shanghai nicht mehr aushalten konnten, da hatte man für Dr. Maude Roydens Friedensarmee (Manch. Guardian, 4. 3. 32) 800 Männlein und Weiblein beisammen, die sich mit nach beiden Seiten dargebotenen Wangen zwischen die kämpfenden Heere werfen wollten, und plante sogar, sie zu einer dauernden Einrichtung zu machen.

Wir erinnern uns an Wellingtons Wort angesichts eines aus England gepreßten, zu seiner Verstärkung gesandten Rekrutentransports im Halbinselkrieg: „Ich weiß nicht, welchen Eindruck diese Truppen auf den Feind machen werden, aber jedenfalls erschrecken sie mich.“

Hier aber handelt es sich um einen doppelseitig, janusköpfig abschreckenden Eindruck, und so ist es begreiflich, wenn Sir Eric Drummond Bedenken trug, eine solche per-

manente Friedensarmee dem Völkerbund vorzuschlagen, zumal ja bereits am Vorabend die Völkerbundskommission ihre ausgleichende Tätigkeit mit einem Lunch beim Kaiser von Japan und einer anschließenden Reihe von Dinern in Tokyo begonnen hatte, also durchaus an der richtigen Stelle weit vom Schuß mit ihren Ausgleichsversuchen angefangen hatte.

Bis sie nach Chapei und Umgebung kommt, können die Toten längst begraben sein, kann Paul Boncour ihnen im perikleischen Stil die Leichenrede halten.

Damit hat der Völkerbund mit gallischer Klarheit und angelsächsischem Cant seine Schuldigkeit getan und kann über den Territoriaausgleichsfall China—Japan zur Tagesordnung oder zur Memelfrage übergehen.

\*

### Bodenwuchs im Klassenbewußtsein

*Soweit wir hineinblicken können, haben wir den Schwarzwälder F. J. Furtwängler immer für die boden-treueste und erdwürdigste Erscheinung unter den uns bekannten Vorfachtern der freien und weltanschaulich gebundenen Gewerkschaften gehalten. Wie ein solcher ganzer Mann den letzten und tiefsten Grund gemeinsamer Not in Mitteleuropa sieht — auf den wohl gemeinsam alle treten könnten, die diese Not wenden wollen —, das zeigen die folgenden Stellen aus dem Aufsatz „Vor Lausanne“ in der Zeitschrift „Die Arbeit“, Hsg. Th. Leipert, IX. Jahrg., Heft I, Januar 1932, S. 31—39. Wir wollen sie denen vor Augen bringen, die sie sonst nicht sehen — ohne deshalb gleich für „Genossen“ gehalten zu werden. Der Herausgeber.*

Mit der Verpflichtung, die in den zerstörten Gebieten verursachten Schäden zu ersetzen, willigte Deutschland 1918 in den Vorfrieden. Auf die Anerkennung dieses Versprechens einigten sich auch die Arbeiter aller kriegführenden Länder. Außerdem hatte der Gegner die Macht, seine Erfüllung zu erzwingen.

Wie die Urheber des Versailler Diktats diese Abrede mißachteten und brachen, ist bekannt: Mit dem von Deutschland erpreßten Geständnis, der Urheber und Schuldige am Kriege zu sein, rechtfertigten sie es, daß sie ihre Forderungen ausdehnten auf Kriegskosten verschiedenster Art, Renten und Pensionen des Militärs, Kosten der Besetzung

deutschen Gebiets. Vorweggenommen wurden die Werte der deutschen Kolonien, deutsche Reichsgebiete mit ihrem Staatseigentum, privates deutsches Eigentum in aller Welt — allein schon eine Kriegssentschädigung, deren Ausmaß kein Vorbild hat. Clémenceau gab offen zu, daß sich als Gesamtzahlung phantastische, unmögliche Summen ergeben würden — eine Begrenzung derselben werde aber nur dann vorgenommen, wenn es dem Sieger zur Verhinderung eines vorzeitigen Zusammenbruchs des Lastträgers zweckmäßig erscheine. Der Auffindung dieser Zusammenbruchsgrenze galten die Bemühungen des letzten Jahrzehnts. Man nennt dies die „Geschichte der Reparationen“.

Die wiederholten Angebote der deutschen Gewerkschaften, durch Arbeit und Sachlieferungen das zerstörte Land aufzubauen, wurden seinerzeit stets zurückgewiesen. Geld wollte man, immer wieder Geld — eine Rente auf unabsehbare Zeit, wie sie unterjochte Länder dem Eroberer abwerfen...

Wozu verwendet Frankreich seit vollendetem Wiederaufbau die deutschen Zahlungen?

Einmal zur Bezahlung seiner Schulden an Amerika. Weiter zur Ansammlung von Gold und Kapital, das es wie kaum ein zweites Land seiner Weltpolitik planmäßig dienstbar macht. Mit dem Mittel der angehäuften Goldreserven drückt es nach Bedarf auf London, Wien, Budapest, selbst New York. Außer seinem eigenen furchtbaren Militärapparat finanziert es mit Darlehen die Armeen seiner Verbündeten rund um Deutschland von der Ostsee bis ans Mittelmeer. In Rumänien, Großserbien, Polen, der Tschechei seufzen die Völker unter der aufgezwungenen Militärlast. Das Ganze heißt „Politik der Sicherheit“ gegen befürchtete deutsche Revanche.

Die These von der „Sicherheit“ ist daher nichts als die Konsequenz aus dem politischen System von Versailles, das mit ungeheurem militärischem Aufwand und einem ganz Europa zerklüftenden Bündnissystem für alle Zeiten konserviert werden soll. Diesem Sicherheitsbedürfnis liegt die Überzeugung zugrunde, daß ein Kulturvolk nicht freiwillig in der Fron verbleibt, sondern unter ständiger Waffendrohung leben muß. Aber die Sicherheit, die auf diesem Wege geschaffen wird, ist trügerisch. Die französische Politik kann — wenn anders sie aus dem Charakter und der Geschichte des eigenen Volkes zu lernen



bereit ist — unmöglich damit rechnen, daß das deutsche Volk sich mit dem in Versailles geschaffenen politischen System auf die Dauer abfindet. Die Unfreiheit Deutschlands ist eine gefährliche Grundlage der französischen Sicherheit und des europäischen Friedens...

Der Wille zur Erfüllung wurde bis zur äußersten Grenze getrieben. Der Versuch ist gescheitert, mußte, auch ohne Weltkrise, scheitern, denn wenn es wirklich gelungen wäre, den phantastischen Produktenüberschuß aus der deutschen Arbeit herauszuholen und auf die Märkte zu werfen, wäre ein Zollkrieg der ganzen Welt gegen Deutschland die Folge gewesen. Die Weltkrise beschleunigte diesen Prozeß, und mit Recht konstatiert Leipart im „Vorwärts“ (31. Dezember 1931): „Die technische Voraussetzung für die Zahlung der Reparationen nach der letzten Regelung im Neuen Plan war eine andere wirtschaftliche Welt als die, in der wir heute leben. In einer Weltwirtschaft, in der ein Land nach dem anderen sich vom Golde löst und unübersteigliche Zollmauern errichtet, in einer wirtschaftlichen Welt, deren tragende Grundlage, der Kredit, erschüttert ist, nicht zuletzt deshalb, weil der Zwang der Reparationen die politische Friedlosigkeit in Deutschland bis zum heimlichen Bürgerkrieg steigert und das Vertrauen in die Stabilität der deutschen Verhältnisse und die Regenerationskräfte der deutschen Wirtschaft untergräbt — in einer so veränderten Welt werden die Reparationen zu einer ständigen Ursache der Zerrüttung der öffentlichen Finanzen, zu einem chronischen Hemmnis wirtschaftlicher Entwicklung.“...

Es gibt Leute, die glauben, eins der beachtlichsten Unterscheidungsmerkmale zwischen Hitlers Nationalsozialisten und sozialistischen Gewerkschaften sei die größere Tributwilligkeit der letzteren, ohne die — so münzte man das Schlagwort — unsere „Einheitsfront mit Hitler“ fertig wäre. Diese haben von unserer Denkart und unseren Beweggründen wenig Ahnung. Es wäre jammervoll, wenn in einem Unterwerfungswillen unser Unterschied zu den Nationalsozialisten oder gar ein besonderes Kennzeichen republikanischer Gesinnungstüchtigkeit läge. Und ebenso kläglich wäre es, in unserer Abwehr eine „Umstellung“ zu erblicken oder einen klein-schlauen „taktischen Dreh“, mit dem wir hinter denen hertrotten, die „das alles schon immer gesagt haben“. Wir sind von Anfang einen anderen Weg gegangen

und haben, am Wendepunkt angelangt, daraus die ganz selbstverständliche Folgerung zu ziehen.

Wir waren es, die zu einer Zeit, als die Welt, noch in Kriegsstimmung, jederzeit bereit war, Reparationen von uns zu erzwingen oder ihre Erzwingung zustimmend zu dulden, sich für den tatsächlichen Wiederaufbau, der im Vorfrieden versprochen war, erklärten. Wiederaufbau, nicht Tributrenten, haben wir anerkannt.

Wir sind es, denen, nachdem diese Wiederaufbaugrenze erreicht, ja überschritten ist, das Recht und die Pflicht zufallen, mit der größten Entschiedenheit und ohne auf die Tonstärke des Nachbarn zu horchen, zu erklären: Schluß mit den Reparationen!...

Unsere Haltung schreibt uns keine „augenblickliche Taktik“ vor, sondern der ureigenste Beweggrund unseres bisherigen Handelns. Wir lassen dem Rechtsradikalismus gern den Ruhm, eine Forderung auch zu ungeeigneter Zeit „immer schon“ gestellt zu haben, für deren Geltendmachung wir unter Opfern auf den gegebenen geschichtlichen Zeitpunkt hinarbeiteten. Was wir von jedem Deutschen vor den Türen der wiederbeginnenden Verhandlungen einzig verlangen dürfen, ist, daß er unserer Abwehr nicht verächtliche Motive unterstellt, um am Feuer eines Kampfes, der nur Sinn hat, wenn er Volkskampf ist, irgendeine Parteisuppe zu wärmen.

Der französische Professor Vermeil in seinem großen Werk über die Verfassung von Weimar hält gegen Deutschland eine Politik für möglich: „die in diesem Lande die inneren Zwiespältigkeiten aus der wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Verfassung erhält — so viel als nötig ist, daß es seine Kraft nicht wiedererlangt.“

Wir werden diese Meinung von Deutschland nicht rechtfertigen, indem wir irgend jemand verdächtigen oder beschimpfen, der bereit ist, zur Bildung eines einheitlichen Willens in dieser für das ganze Volk entscheidenden Sache beizutragen. Parteikampf auf Ruinen kann unser Wille nicht sein. Bei anderen Gelegenheiten, in anderen Dingen mag der innere Gegner sich uns zum Kampfe stellen, wir werden ihm nicht ausweichen. In dem Kampf aber, der uns jetzt bevorsteht, muß das Volk sprechen. Den geschlossenen Willen eines Volkes kann keine Macht der Welt auf die Dauer niederdrücken.

## KARL HAUSHOFER:

## Shanghai.

## Die wehrgeographische Problematik der Großstadt im Kriegsgetriebe



Der flammende, durchkämpfte und durchblutete Raum von Groß-Shanghai wirft seinen Widerschein viel weiter als über die gelbe Erde und über die braungelben Fluten des „blauen“ Stroms. Als 1931 der ausgezeichnete Bericht des Richters Feetham \*) die ganze Gefahrlage des Großstadtbereichs von Shanghai — soweit sie schon aus eigenen inneren flüssigen Zuständen hervorging — beleuchtet hatte, da kam der Kolonialpresse dort bei dem Gedanken an die geringe Standfestigkeit ihres Grundes die Erinnerung an die furchtbare Zerstörung Smyrnas von 1922. Dennoch sahen ihre klugen Köpfe nicht voraus, daß Shanghai schon ein Jahr später das Los von Smyrna in weit größerem Maßstab bevorstehen könnte, und zwar als Folge des größten ethischen,

geopolitischen und wehrtechnischen Fehlers, den die sonst so zielbewußte japanische Politik als Folge unzeitgemäßen Heldendrangs ihrer Marine gemacht hat.

„Es war mehr als ein Verbrechen: es war ein Fehler“, sagte der hellste politische Kopf Frankreichs von einem viel geringeren Verstoß. Gleichviel, ob man von den erhabenen Worten der Bergpredigt von der Seligkeit der Friedfertigen ausgehe oder von machiavellistischen Betrachtungen über das Vermeiden unnötiger Feindschaften und Grausamkeiten, wie der daraus kommenden Vorwürfe, oder von der wehrtechnischen Erkenntnis, daß es kein sichereres Mittel gibt, die Überlegenheit einer besser ausgebildeten Truppe über weniger gut ausgebildete, aber zahlreichere Scharen aufzuheben, als daß man sie in Orts- und Waldgefechte verstricken läßt (was schon den Alten Fritz zum Rat an seine Offiziere bewog, Ortsgefechte „zu evitieren“): der fast frontale Angriff auf den am schwierigsten aufgebauten menschlichen Ameisenhaufen der Erde mit 3¼ Mill. Menschen im engeren,

\*) Hon. Mr. Justice Feetham: Report to the Shanghai Municipal Council. Shanghai 1931.

51½ im weiteren Umkreis, im denkbar ungünstigsten Gelände mit seinem labilen Gleichgewicht von rund 58 000 Fremden aller Rassen, schwimmend in 3¼ Mill. Chinesen, wird — so geschickt die Mandschurei eskamotiert worden war — in der Weltgeschichte als die Handlung eines Amokläufers erscheinen und fortleben.

Durch diesen Vorgang ist zum erstenmal innerhalb eines sich seit vier Monaten mit allen äußeren Erscheinungen des Kriegs ohne dessen Namen abwickelnden Stücks Zeitgeschichte für das Weltgefühl die Schranke überschritten worden, diesseits deren Gewalttaten noch in Schamtüchlein internationalen Rechts gewickelt werden konnten. Er ist voll von Lehren über den naturfremden und schutzlosen Zustand der Großstädte im Kriegsgetriebe überhaupt, und das wird Shanghai sein schwer erkaufte Lehrbeispielrecht für alle kommenden Zeiten geben.

Zunächst beweist der mittelchinesische „Sanktionszustand“ noch packender als die Mandschurei die Unfähigkeit rein papierener rechtswissenschaftlicher Staatsauffassung, der Dynamik des kampfumtobten Großstadtgebiets auch nur beizukommen. Gewiß kann man feststellen, daß der Welthafen mit seiner weiteren Umgebung unter vier grundverschiedenen Verwaltungssystemen stand: internationale Siedlung, französische Siedlung (die sicherste und am straffsten zusammengefaßte, zur Zeit auch unberührte), chinesische Stadtsiedlung, unmittelbar unter dem Verwaltungsyüan, und endlich provinzial regierte chinesische Außensiedlungen. Aber schon liegen drei Glieder dieses Systems unmittelbar im Kampffeld. Nur die von Japan wie China geübte Rücksicht auf die noch verschleierte französische Stellung schützt die auf drei Viertel ihrer Umgebung von der französischen Konzession eingeschlossene alte Chinesenstadt mit dem südlich davon gelegenen Fabrikgelände und Arsenal. Aber sehr mit Recht sagt Feetham (II, S. 19), daß die einzigen naturentlehnten Grenzen innerhalb dieser Einteilung der Whangpoofluß mit seiner Wasserfront und die Schmutzwasserrinnen des Soochow und Siccawei sind; alle übrigen Scheidelinien seien nur gedachte Linien auf Karten und in normalen Zeiten frei für Verkehr nach außen und innen, in unnormalen aber Gegenstand unzähliger Zwischenfälle. Nur zwischen französischer Siedlung und Altchinesenstadt und zwischen internationaler Niederlassung und Chapei sind Stahltore aufgerichtet worden, die im Notfall geschlossen werden können. Von allen gemischten Baugliedern der Riesenstadt ist das am meisten umkämpfte Chapei das heterogenste.

Das Vorstadtkampffeld umfaßte Ende Februar etwa einen Raum von 15 km Breite zwischen Soochowflüßchen und Wusungforts am Yangtse und 13—14 km Tiefe zwischen der Ostwindung des Whangpoo einerseits und der Eisenbahngabelung Nanking—Hangchow östlich von Chenju, der Straße über Tachang und dem Woosungflüßchen andererseits. Aber dieser Raum war bedeckt mit modernen Fabriken und dichtgedrängten chinesischen Siedlungen, so verstädtert wie Lichterfelde oder Wilmersdorf, mit Freiplätzen, wie dem Hongkew-Park, den Schieß-



ständen, dem Rennplatz dazwischen, also vollkommen unübersichtlich. Eine genaue Karte weckt Platzangst-Gefühle. Auch das geplante Zentrum des neuen Groß-Shanghai lag darin. Das ganze Gelände ist flach und hat einen von Wasserläufen durchzogenen, tiefen, fruchtbaren, bei Regen unergründlichen Boden; die nächste Höhe, die den Namen Hügel verdient, ist 36 km entfernt.

Schätzen wir die Zahlen noch so niedrig, so sind heute schon etwa eine halbe Million Menschen obdachlos und etwa 600 Bauten europäischen Stils, 50—60 000 chinesischen Stils zerstört — ohne daß der Jurist bisher Kriegszustand festgestellt hätte.

Auch die geojuristische Methode dürfte angesichts dieser Fragestellung Schwierigkeiten haben; aber immerhin ist der geojuristisch geschulte Rechtskundige um eine Nuance weniger hilflos.

Wie bewältigt die Statistik das Problem? Sie gibt wertvolles Zahlenmaterial, wenn auch leider niemand sagen kann, wieviel Menschen in dem weiteren Kampfraum wohnen und wie viele hineingewirbelt werden können.

Chinesische Aufnahmen schätzen den unmittelbaren Groß-Shanghai-Bereich auf  $5\frac{1}{2}$  Millionen, deren Nahrungsmittelzufuhr von Norden und Osten her schwierig wird, wenn auch der rechtlich unmögliche, aber tatsächlich bestehende Zustand eines beständigen Nachrichtenverkehrs zwischen allen Parteien manche Härten mildert. Er trat auch helfend ein, als der italienische Kreuzer Libia von einem chinesischen Geschoß getroffen wurde und der Kommandant erklärte, er werde im Wiederholungsfall zurückschießen, worauf die entsetzten Angelsachsen ihn und die Chinesen wieder beruhigten, oder als man der chinesischen Artillerie einen Wink geben konnte, die beständige Gefährdung der britischen „Suffolk“ statt der Japaner einzustellen.

Auch, daß ein japanischer Admiral den britischen Kreuzer „Berwick“ ersuchen durfte, sich bis 3 Uhr von seinem Ankerplatz hinwegzubeben, da er sonst in seiner Schußlinie läge; daß ein deutsches Generalkonsulat fluchtartig geräumt werden mußte, weil es den Japanern gefiel, im Frieden ihr Hauptquartier nebenan zu legen und eine Vorstadtschlacht von einer internationalen Niederlassung aus mindestens stark zu beeinflussen, gehört zu den Dingen, die nicht wahrscheinlich gewesen wären, ehe Britannien durch den Nordseekrieg zwar ein großes deutsches Reich, aber auch sein eigenes zerstörte. Es erinnert daran, daß schon 1909 um Neujahr Lord Kitchener meinte, England und Deutschland würden einen Krieg zu beiderseitigem Schaden und zum Nutzen der Japaner und U.S. Amerikaner führen, die er beide wenig liebte, und ihren Unfrieden mit dem Verlust ihrer pazifischen Machtstellung bezahlen.

Nun kommt England an die Reihe, diese Einbuße an Weltgeltung in Shanghai in einer politischen Zwickmühle ohnegleichen einsehen zu müssen, gleichviel, ob es zu den japanischen Zugriffen schweigt oder sich der Gefahr aussetzt, bei einem

Vorgehen Schulter an Schulter mit dem U.S.Amerikaner Stimson der Hauptleidtragende zu werden.

Alles dies steht an den Flammenwänden von Chapei geschrieben! Aber noch viel mehr! Sie verraten, daß wir wieder Zeiten entgegengehen und schon ziemlich weit auf dem Wege zu ihnen vorangekommen sind, in denen man sich des stolzen Barbarenwortes Alarichs gegenüber den Intellektuellen der sterbenden Großstadt der Antike, Roms, erinnern muß: „Je dichter das Gras ist, desto leichter das Mähen“, wenn es sich dabei eben nur mehr um Gras, um dünngewurzelte Heloten, Proletarier, Fellachen, Kulis handelt, oder wie man den Massenmenschen frei nach Spengler oder den Rassenpuristen sonst nennen wolle. Nur zeigt das Beispiel von Shanghai, daß die Leute, die man vom Abendland aus bis vor kurzem als „Kulis“ von obenher abzutun gewohnt war, sich selbst für eine ihnen aufgezwungene und halb entfremdete Großstadt zu wehren wissen, der sie sonst allgemein wenig Liebe entgegenbringen. Wie würden sie sich erst wehren, wenn der Angriff nationale Herz- und Kernräume träfe und das ganze Hinterland wider den Angreifer aufstünde!

Denn die 5 1/2-Millionen-Stadt (im weiteren Umfang) war ja noch am 17. 11. 1843 — als nördlichster der fünf Freiverkehrshäfen — eine Stadt von etwa 270 000 Menschen (Friede von Nanking: 29. 8. 1842 als Abschluß des Opiumkrieges) und seit dieser Zeit ein beständiger Reibungsgegenstand, bei dem im Grunde immer der auf zu engem Boden rasch wachsende Volksdruck chinesischer Menschen die Ursache des Unfriedens war, und die Hemmung die zu langsame Einsicht der Fremdbehörden in die Dynamik des Ortes. Das begann schon 1846, steigerte sich 1853 durch Einschleusen der U.S.Amerikaner, erlebte eine Krise am 7. 9. 1853, als die Altstadt von dem chinesischen Kampfbund der „Kleinen Schwerter“ genommen wurde und als sich deshalb eine Welle von Flüchtlingen in die Fremdviertel warf, sie auf etwa 25 000 E. emporschnellen ließ, die sich in jäh ansteigender Kurve nun auf fast 1 Million gesteigert haben. 1855 verzogen sich diese Scharen wieder; aber schon im Juni 1860 nahmen die „Taiping“ Soochow und griffen Shanghai im August 1860 zum erstenmal und im Januar 1862 zum zweitenmal an, auf denselben Fluren, auf denen auch heute der Kampf tobt. Im August 1862 folgte der dritte Taiping-Angriff, und erst im Dezember 1863 gewann Gordons Heer Soochow von den Taiping zurück. Fast vier Jahre hatte damals schon die schnell reich werdende Handelsstadt unterm Schwert gelebt wie heute. 1865 folgte die Arsenalgründung: die Industrialisierung rüstete zum ersten Einbruch, aber erst 1889 entstand die erste moderne Textilfabrik. 1894 mußte Japan noch erklären, daß es Shanghai als außerhalb des Kriegsschauplatzes betrachte, und Ähnliches versprochen bei den sogenannten Boxerunruhen die großen chinesischen Vizekönige des Yangtsetals. Das hinderte nicht, daß von 1900 bis 1902, wie später wieder 1913 und 1927, fremde Truppen der Mächte in Shanghai „zur



Aufrechterhaltung der Ordnung“ landeten: ein Vorgang, auf den sich natürlich jetzt die Japaner berufen!

Aber noch 1913 traute sich der Konsularkörper die Kraft zu, bei Zusammenstößen zwischen Peking-Regierungsgruppen und Kiangsu-Aufständischen nicht nur die Niederlassungen, sondern auch Chapei bis Soochow als neutral zu erklären; das wagt heute offenbar niemand von außerhalb Ostasien mehr!

Am 20. April 1928 erst traten die ersten chinesischen Teilnehmer in den Rat von Shanghai ein und konnten am 1. Juni die Parks betreten, zu denen bis dahin Hunden und Landeskindern der Zugang verboten war; am 2. Mai 1930 stieg die Zahl der einheimischen Vertreter im Rat von drei auf fünf; freilich nicht, ohne daß sich die landsässigen Kräfte in vielfachen Unruhen gegen ihre langjährige Unterwerfung zur Wehr gesetzt hätten: 1851, 1853, 1854 (Schlacht an den muddy flats), 1860—1864, 1874, 1897, 1900, 1905, 1910, 1911, 1913, 1918 (erster chinesisch-japanischer Volkszusammenstoß!), 1919 (antijapanischer Boykott), 1924, 1925 (10000 chinesische Soldaten interniert!), 1925 (soziale und antibritische Unruhen), 1927 (3000 Internierte!). Auch diese geschichtliche Zahlenreihe ist, wie die Volkszunahme, eine scharf ansteigende Kurve, die gewiß im Verein mit anderen Linien der Entwicklung von Shanghai Übergipfelungen im Stil von 1932 ahnen ließ und Anhaltspunkte zur Prognose bot. Aus einer solchen Vorahnung floß ja auch Richter Feethams zu späte Berufung 1930.

Aber eine solche Vorausschau war freilich nur möglich, wenn man aufmerksam, in Synthese vieler Einzelwissenschaften mit vorwiegend naturwissenschaftlicher Beobachtungsunterlage, aber geisteswissenschaftlicher Kritik, alle Anzeichen zusammenhielt, die weltüber deutlich genug aufgetaucht waren. Großstädte hatten im Weltkrieg entweder durch Umgehung von außen her aus dem Kriegsgetriebe herauspräpariert werden müssen oder sie waren dem Sieger wie dem Besiegten zur ähnlichen Verlegenheit geworden. Nur als Erzeuger von Wehrgut oder als Etappenstützen hatten sie sich materiell nützlich erwiesen, wenn auch oft, wie Brüssel, Bukarest, Lemberg, zum Verderben, zur inneren Auflockerung derer, die sie innehatten. Wo sie selber, wie Mülhausen, Lille, Warschau, Saloniki, Smyrna, in Kampffronten gerieten, waren sie, bei kraftverzehrenden Eigenschaften ohne Nutzen für die Wehrverhältnisse, höchst gefährdet; je größer, industrialisierter und volkreicher sie waren, desto mehr. Wo ein Rest von Vernunft über primitiverem Geschehen waltete, da schied man sie beiderseits fast konventionell aus (Lemberg, Warschau, Bukarest); und wir halten es für den größten geopolitischen Fehler Japans in der sonst — wenigstens nach Machiavell — klug geführten chinesisch-mandschurischen Aktion, daß es sich — wahrscheinlich im wilden Wettstreit zwischen Landheer und Marine fortgerissen — an diese geopolitische Erfahrung nicht kehrte. Nun werden Japan und Shanghai beide dafür Lehrgeld zu zahlen haben!



## ALBRECHT HAUSHOFER:

## Literaturbericht aus der atlantischen Welt

**James W. Angell, The Recovery of Germany.** New Haven 1929. Yale University Press. 425 S.

Ein im Jahr 1929 geschriebenes amerikanisches Buch (veröffentlicht im Auftrag des Council on Foreign Relations) mit dem Titel „Deutschlands Wiederaufstieg“ im Jahr 1932 zu lesen und zu besprechen, gewährt einen eigenen Reiz. Denn unter dem Wiederaufstieg Deutschlands werden die Jahre 1924 bis 1929 verstanden... Es wäre billig, zu spoten. Der Verfasser ist ein Nationalökonom von Ruf; und jede Seite seines Buches verrät den gediegenen Arbeiter und gewissenhaften Beobachter. Um so aufschlußreicher ist das Ergebnis. Angell beginnt mit einer kurzen Schilderung der Entwicklung von 1914–1924. Die Wirkung der Inflation wird richtig erkannt. Dann kommt die Ära des Dawes-Plans. Zuerst eine Übersicht, dann methodisch fortschreitend eine Untersuchung der Grundstoffindustrie, der verarbeitenden, der Kapital- und Geldversorgung. Kartelle, Staatswirtschaft, Soziallasten, Lohn- und Agrarpolitik werden gebührend behandelt. Die Titel der drei letzten Kapitel seien wörtlich angeführt: Außenhandel und Zahlungsbilanz; Nationale Last und nationale Stärke; Der Young-Plan und Deutschlands Zukunft (daran schließt sich ein übersichtlicher und gediegener Zahlenapparat). Und das Ergebnis? Klare und scharfe Einsicht in allen Einzelfragen, auch den größten — nur die Schlußfolgerung fehlt! Wir haben nicht den Raum, das an vielen Beispielen zu belegen. Eines möge genügen: S. 304/05 steht folgendes: „Wie wurde der ungünstigen Handelsbilanz begegnet, wie konnten bei dieser ungünstigen Handelsbilanz Reparationen bezahlt werden? Die Erklärung ist einfach: Durch die Einfuhr fremden Kapitals. Wäre das Vertrauen zu Deutschland draußen nicht wiedergekehrt, hätte dieses Vertrauen es Deutschland nicht möglich gemacht, seine Wertpapiere zu verkaufen und auf andere Weise fremdes Geld zu pumpen, dann hätte es vermutlich die Reparationszahlungen nicht fortsetzen können und wäre sicherlich heute ein viel ärmeres und wirtschaftlich schwächeres Land. Seine bemerkenswerten industriellen

Wiederherstellung wäre von Anfang an erstickt worden... Auf der anderen Seite bilden der Dienst für das auswärtige Kapital, die Reparationszahlungen und vor allem das chronische Defizit der Handelsbilanz eine schwere jährliche Last, die natürlich durch weiteres Pumpen im Ausland getragen wird. Außerdem ist ein großer Teil des auswärtigen Kapitals auf kurze Frist geliehen und kann auf kurze Frist oder sofort zurückgerufen werden. Es bildet daher eine dauernde schwere Drohung für die finanzielle Stabilität des Landes. Das einzige Dauerheilmittel für diese Lage ist offenbar die Vermehrung der Fertigwarenausfuhr im Verhältnis zur Einfuhr...“ Ist die Lage nicht klar genug gezeichnet? Angell sieht die Agrarnot, die wachsende Verschuldung, die Abwehr des Auslandes gegen deutsche Ausfuhrsteigerung — und dennoch: sein Buch endet mit kaum gemildertem Optimismus, mit einer Apologie des geliehenen Wohlstandes, der sich vervielfachen werde... Voraussagen der Wissenschaft!

**Sidney B. Fay. Der Ursprung des Weltkrieges.** Berlin 1930. Scherl. 2 Bde. 383 und 433 S.

Das Werk von Fay — in englischer Sprache bereits 1928 erschienen — ist das amerikanische Standwerk zur Kriegsschuldfrage. Von ruhiger, objektiver Wissenschaftlichkeit bei gleichmäßiger kritischer Verwendung aller verfügbaren Quellen ist es geeignet, eine vorläufige Basis für die weitere Aussprache über ein Thema zu geben, das weit mehr als nur historische Bedeutung hat.

**Moeller van den Bruck, Der preußische Stil.** 3. Aufl. Breslau 1931. W. G. Korn. 202 S.

—, **Das Recht der jungen Völker.** Berlin 1932. Verlag Der Nahe Osten. 220 S.

In einer Zeit, in der Moeller van den Brucks „Drittes Reich“ zum Schlagwort geworden ist, wird es manchem ein Bedürfnis sein, zu den Quellen zu steigen. Hans Schwarz hat sich ein Verdienst erworben, indem er dem herben Mythos vom „Preußischen Stil“ zu einer neuen Auflage verholfen hat. „Das Recht der jungen Völker“ ist in seiner Gesamtheit so lebendig — ganz

gleichgültig, ob man alles oder auch nur das Wesentliche darin bejaht —, daß man auch manche „allzu zeitbedingte“ Stelle ruhig hätte stehenlassen können, die Hans Schwarz fürsorglich ausgemerzt hat.

**Hans Freyer, Revolution von rechts.** Jena 1931. Eugen Diederichs. 72 S.

Bücher, die sich an den Glauben und nicht an die Erkenntnis wenden, entziehen sich der Kritik schon deshalb, weil sie die wichtigsten Grundbegriffe meist in sehr eigenwilliger Weise verwenden. Um Kritik zu üben, muß dann erst untersucht werden, was der jeweilige Verfasser unter „Volk“, „Nation“, „Revolution“ und „Gesellschaft“ versteht. Ein Vergleich der vorliegenden Schrift z. B. mit Rosenstocks „Geschichte der Revolution“ vermag zu zeigen, daß man in dem gleichen Deutsch zwei völlig verschiedene Sprachen reden kann. Wir geben aus Freyers gehaltvollem Buch nur einige Proben der Schlußzusammenfassung mit den Fragezeichen, die wir nicht unterdrücken können: „Auch die politische Bewegung der Gegenwart ist nichts anderes als eine geheime Umschichtung im Material des Menschentums.“ Ist das nicht alle menschliche Geschichte? — „Nur deshalb ist das neunzehnte Jahrhundert vorbei, weil es Menschen gibt, die zwanzigstes Jahrhundert sind.“ Sollte das Tiefsinn sein? — „Nur deshalb ist das Prinzip der industriellen Gesellschaft ungültig geworden, weil es Menschen gibt, die durch ihr gesellschaftliches Interesse nicht mehr definiert sind.“ Die hat es immer gegeben; sie waren immer eine Minderheit und werden es leider bleiben. — „Einige neue Tatsachen in bezug auf den Menschen sind gültig geworden. Man kann auch nicht besitzen und doch nicht begehren.“ Ist das wirklich so neu? Wer in Zeit und Raum der Menschheitsgeschichte ausgreift, mag sich wundern, daß hier altes Erbgut an Weisheit als Neuigkeit unseres Jahrhunderts gepriesen wird. — „Man kann auch ohne Ressentiment revolutionär sein.“ Kann man es wirklich? Alle geschichtlichen Tatsachen sprechen dagegen! Freilich: niemand bekennt sich gern zu sei-

ner Form des Ressentiments... Auch wir sehen die „Revolution von rechts“; nur fehlt ihr die Klarheit des Ziels.

**André Siegfried, Das heutige Frankreich.** Stuttgart 1931. Deutsche Verlags-Anstalt. 166 S.

André Siegfried, der zwei ausgezeichnete Bücher über die Vereinigten Staaten und über England geschrieben hat, wendet sich wieder seiner Heimat zu. Mit einer ungewöhnlichen Fähigkeit zu charakterisieren, schildert er das heutige Frankreich, das inmitten einer veränderten Welt ein Land des bürgerlichen Kleinbesitzes geblieben ist („Ein Bürger ist jemand, der Vorräte hat!“). Nur 27 Seiten sind den „Grundzügen des französischen Charakters“ gewidmet — sie geben alles Wesentliche zum Verständnis der unbeirrbaren politischen Haltung der Franzosen. Was weiter folgt, ist eine kritische Analyse der französischen Innenpolitik (der Außenpolitik nur, wie sie von innen gesehen und behandelt wird); den Schluß bildet ein Vergleich französischer und angelsächsischer Demokratie. Das kleine Buch — bemerkenswert gut übersetzt — bietet viel.

**Robert R. Kuczynski, The Balance of Births and Deaths.** Vol. II. Eastern and Southern Europe. Washington 1931. Brookings Institution. 170 S.

Nach einem ersten Band, der Nordwesteuropa (Skandinavien, Finnland, Deutsches Reich, Großbritannien und Irland, Niederlande, Belgien, Frankreich und Schweiz) als Einheit behandelt hatte, wird hier ein Abriss der wichtigsten bevölkerungspolitischen Daten für Süd- und Osteuropa gegeben, worin Mitteleuropa ohne das Deutsche Reich einbezogen wird. Die Darstellung ist von angelsächsischer Knappheit und Einfachheit. Die Anmerkungen und Tabellen bilden den größeren Teil des Buches und sind vom Text getrennt. Die Gesamtdarstellung ist von verblüffender Eindringlichkeit. Die Grundlagen der Bevölkerungsentwicklung muß kennen, wer den Ablauf der politischen Geschichte eines Raumes verstehen will!

*Die diesem Heft beiliegenden Prospekte des Verlages Korn über das Werk von Schinkel, Polen, Preußen und Deutschland, sowie des Industrie-Verlages Spaeth & Linde empfehlen wir dem Interesse unserer Leser.*